



Magdeburger Statistik

Quartalsbericht 4/2011

Themen	Seite
Aktuelle Themen	3
Vorwort	3
Der Magdeburger Weihnachtsmarkt-Warenkorb	4
Zwillingssgeburten erreichen neuen Höchststand	5
Schülerzahlen in den allgemeinbildenden Schulen erreichen neues 5-Jahreshoch - Kommunale berufsbildende Schulen wieder mit Verlusten	6
Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im 4. Quartal 2011	7
Die Alterszusammensetzung der Stadt Magdeburg	8
Magdeburg im Städtevergleich - Personal und Gebühren	10
Tabellen	13
Sonderbericht	25
Sonderbericht zum Arbeitsmarkt	25
Wissenschaftlicher Beitrag	38
Private Haushalte - Einkommen, Ausgaben, Ausstattung	38



Impressum:

Magdeburger Statistik, Quartalsbericht 4/2011

Herausgeberin:

Landeshauptstadt Magdeburg

Amt für Statistik

Postanschrift: 39090 Magdeburg

Hausanschrift: Julius-Bremer-Straße 10, 39104 Magdeburg

Tel. 0391 540 2808, Fax 0391 540 2807

<http://www.magdeburg.de>

E-Mail: statistik@magdeburg.de

Titelbild: Urheberrechte - Landeshauptstadt Magdeburg

Vorwort

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dem Ihnen vorliegenden Quartalsbericht für die Monate Oktober, November und Dezember schließen wir unsere statistischen Veröffentlichungen für das Jahr 2011 ab. Dabei hält das 4. Quartal einige interessante Themen für unsere Leser bereit. Zum einen haben wir im Zuge des Magdeburger Weihnachtsmarktes einen Warenkorb ins Leben gerufen, mit dessen Hilfe wir einen Preisindex für kommende Jahre analysieren möchten. So soll es möglich sein, Preissteigerungen oder Preissenkungen valide messen zu können. Unser Weihnachtsmarkt-Warenkorb beinhaltet die elementaren Güter, die auf dem Weihnachtsmarkt konsumiert werden. Dazu gehören neben dem obligatorischen Glühwein auch Güter wie der Grünkohl, die gebrannten Mandeln, Schmalzkuchen und der Eierpunsch. Diese Untersuchung werden wir auch in den folgenden Jahren durchführen.

Ein weiteres interessantes Thema, unter dem Aspekt des demografischen Wandels, sind die Altersstrukturen der Landeshauptstadt in den Stadtteilen. Hierfür greifen wir erstmalig das Billeter-Maß, den Greying-Index und den Aging-Index. So lässt sich zum Beispiel mit dem Billeter-Maß zeigen, wie das Verhältnis zwischen vor- und nachreproduktiven Generationen ausfällt. Somit erhält man Informationen über das Reproduktionspotenzial einer Bevölkerung. Für die Magdeburger Stadtteile zeigt sich, dass insbesondere die Alte Neustadt, Stadtfeld Ost und Buckau die besten demografischen Entwicklungspotenziale aufweisen.

Für unseren „Wissenschaftlichen Beitrag“ konnten wir dieses Mal eine Arbeit von Claudia Finke und Kristina Kott vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden gewinnen. In diesem Artikel untersuchen sie die privaten Haushalte hinsichtlich ihrer Einkommen, Ausgaben und Ausstattungen. So zeigen die beiden Autoren, dass sich das Haushaltsbruttoeinkommen zwischen den Jahren 2003 und 2008 positiv entwickelt hat. Dies gilt sowohl für die alten, als auch für die neuen Bundesländer. Beim Haushaltsnettoeinkommen kommt man allerdings zur Erkenntnis, dass sich die Schere zwischen den alten und neuen Bundesländern weiter geöffnet hat.

Wie immer freuen wir uns über Ihre Anregungen zu unserem Quartalsbericht über statistik@magdeburg.de. Viel Spaß mit der Ihnen vorliegenden Lektüre.

Mit allerbesten Grüßen

Ihr Tim Hoppe



Leiter des Amtes für Statistik

Der Magdeburger Weihnachtsmarkt-Warenkorb

Warenkörbe sind zur Erstellung von Verbraucherpreis-Indizes, aber auch zur Berechnung der Inflationsrate die elementare Voraussetzung. So nutzt das Statistische Bundesamt in Wiesbaden zur Ermittlung ihres Verbraucherpreisindex einen Warenkorb, der Güter aus Bereichen, wie z. B. Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, Bekleidung und Schuhe, Wohnung, Wasser, Gas, Brennstoffe oder Gesundheit und Pflege, enthält. Dabei muss gewährleistet werden, dass sämtliche Waren und Dienstleistungen repräsentiert werden, die für die Konsumwelt in Deutschland relevant sind. Entsprechend müssen Warenkörbe auch über die zeitliche Entwicklung aktualisiert werden.

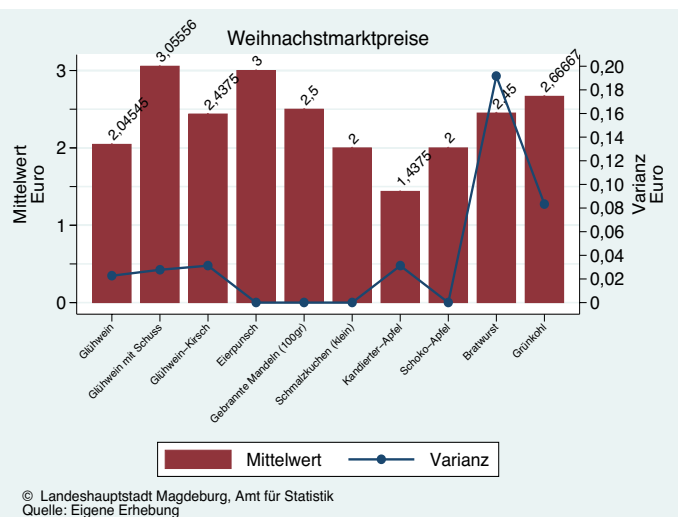
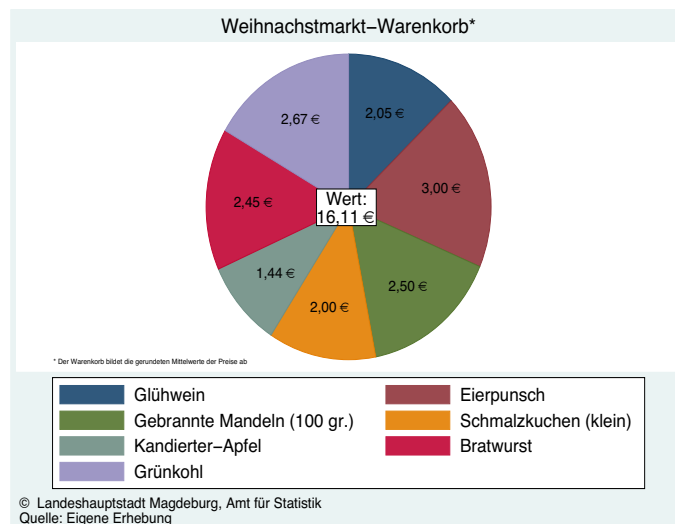
Das Amt für Statistik führt für das Jahr 2011 erstmalig den Weihnachtsmarkt-Warenkorb ein. Mithilfe dieses Warenkorbes wird für eine spezielle Zeit und sehr spezielle Güter ein Preisindex erhoben, der für die kommenden Jahre weitergeführt werden soll. Grundlage hierfür ist eine Vollerhebung der Daten auf dem Weihnachtsmarkt der Landeshauptstadt. Die dort angebotenen Güter, die wir für unseren Weihnachtsmarkt-Warenkorb ausgewählt haben, weisen dabei erhebliche Vorteile für ein Warenkorb-Modell auf. Zum einem ändert sich die Qualität der Güter über die Zeit nur geringfügig. Als Beispiel sei hier die „Thüringer Rostbratwurst“ genannt, die vom Rezept her strengen Auflagen unterliegt. Auch ist davon auszugehen, dass Glühweine sich geschmacklich kaum ändern. Auf der anderen Seite wird es kaum zu Veränderungen in der Zusammensetzung der Güter im Weihnachtsmarkt-Warenkorb kommen. Auch in 5 Jahren werden Grünkohl, gebrannte Mandeln oder Eierpunsch angeboten. Die im Weihnachtsmarkt-Warenkorb befindlichen Güter können Sie der blauen Box entnehmen.

Die Güter des Magdeburger Weihnachtsmarkt-Warenkorbs

Die folgenden Güter beinhaltet der Magdeburger Weihnachtsmarkt-Warenkorb mit jeweils einer Einheit:

1. Glühwein
2. Glühwein mit Schuss
3. Glühwein-Kirsch
4. Eierpunsch
5. Gebrannte Mandeln (100 gr.)
6. Schmalzkuchen (klein)
7. Kandierter-Apfel
8. Schoko-Apfel
9. Bratwurst
10. Grünkohl

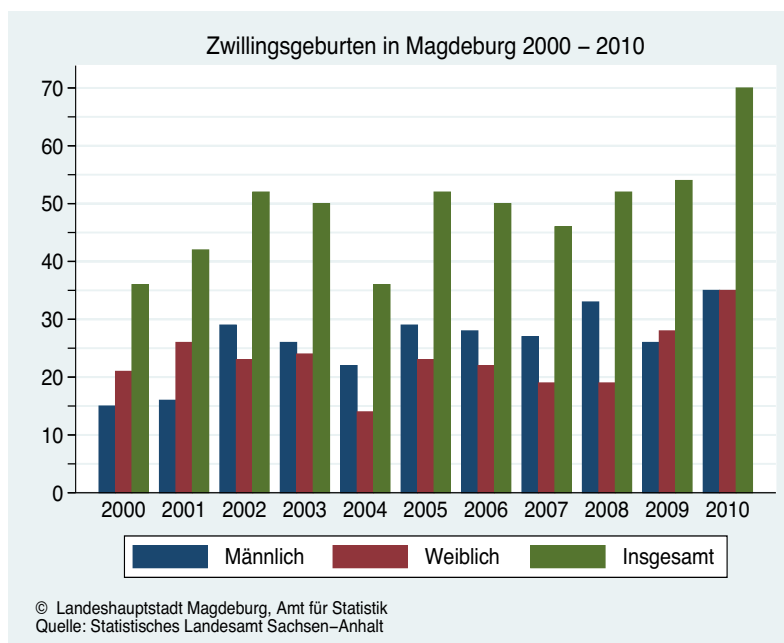
Geht man davon aus, dass eine Familie bei einem Besuch des Weihnachtsmarktes unseren Warenkorb konsumiert, so muss hierfür unter Berücksichtigung der Mittelwerte der einzelnen Güter ein Betrag von 16,11 € ausgegeben werden. Dabei nimmt der Eierpunsch mit ca. 18 % den größten Anteil ein, gefolgt von einer Portion Grünkohl (16,5 %) und einer Portion 100 gr. gebrannte Mandeln (15,5 %). Der Glühwein rangiert mit einem relativen Wert von fast 13 % nur auf der 5. Position. Unsere zukünftigen Erhebungen der kommenden Jahre werden dann zeigen, inwieweit sich der Wert des Warenkorbes, aber auch die wertmäßige Verteilung über die Güter, verändert.



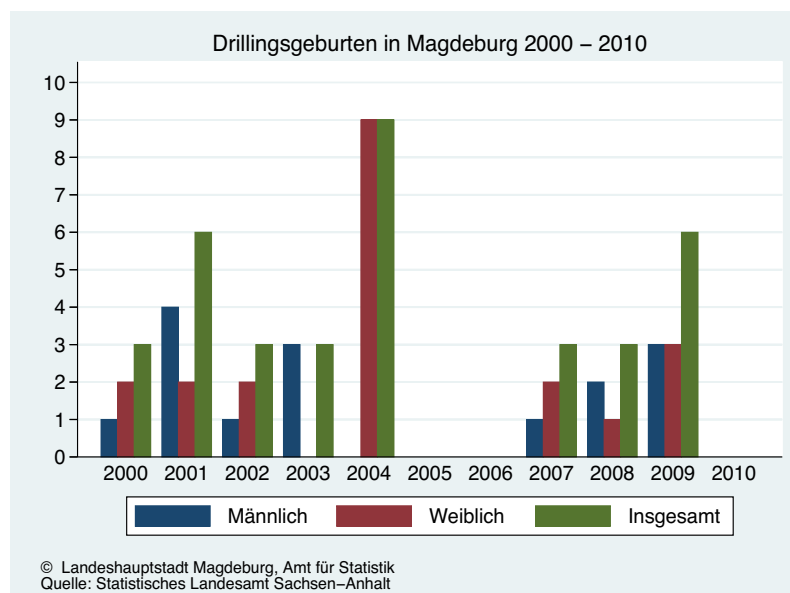
Weiterhin veranschaulicht die danebenstehende Grafik die Mittelwerte der Preise von auf dem Magdeburger Weihnachtsmarkt angebotenen Gütern sowie die dazugehörige Varianz. Die Varianz stellt ein Maß der Streuung von Daten dar. Ist die Varianz Null, so lagen in unserem Beispiel keine Preisunterschiede vor. Neben unseren Gütern aus dem Warenkorb beinhaltet die Abbildung weitere Güter, wie zusätzliche Glühweinangebote, als auch den Schokoapfel. Am meisten musste ein Besucher des Weihnachtsmarktes für einen Glühwein mit Schuss zahlen. Hierfür wurden im Mittelwert 3,05 € verlangt. Am wenigsten musste man im Mittelwert für den kandierten Apfel zahlen (1,44 €). Auffällig ist, dass die Varianzwerte in der Mehrheit nah bei Null liegen. Für 4 Güter konnten wir keinerlei Preisunterschiede auf dem Weihnachtsmarkt finden. Die höchste Varianz weist die Bratwurst auf. Allerdings muss hier darauf hingewiesen werden, dass die Bratwürste von Ihrer Art die höchste Heterogenität aufweisen. So beinhaltet diese Gruppe normale Bratwürste, aber auch „Thüringer Rostbratwürste“.

Zwillingsgeburten erreichen neuen Höchststand

Laut den Auswertungen des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt wurden im Jahr 2010 so viele Zwillingsgeburten in der Landeshauptstadt Magdeburg verzeichnet, wie schon seit vielen Jahren nicht mehr. Mit 35 Zwillingsgeburten lag diese Zahl deutlich über dem Mittelwert der Geburten für die Jahre 2000 - 2009. Betrachtet man den gesamten Zeitraum zwischen den Jahren 2000-2010, so ist eine positive Korrelation zu beobachten, die signifikant ist ($r_s = -0,7051$, $p < 0,05$). Im Mittelwert lag die Zahl der männlichen Zwillingsgeborenen dabei um fast 3 Neugeborene höher im Vergleich zu den weiblichen Zwillingsgeborenen. Betrachtet man die Daten mit Hilfe des Mann-Whitney-U-Test, so zeigt sich, dass dieser Unterschied schwach signifikant ist (einseitiger Mann-Whitney-U-Test, $p < 0,1$) und somit davon gesprochen werden kann, dass für die Jahre 2000 - 2010 männliche Zwillingsgeborene in den Zwillingsgeburten häufiger auftreten.



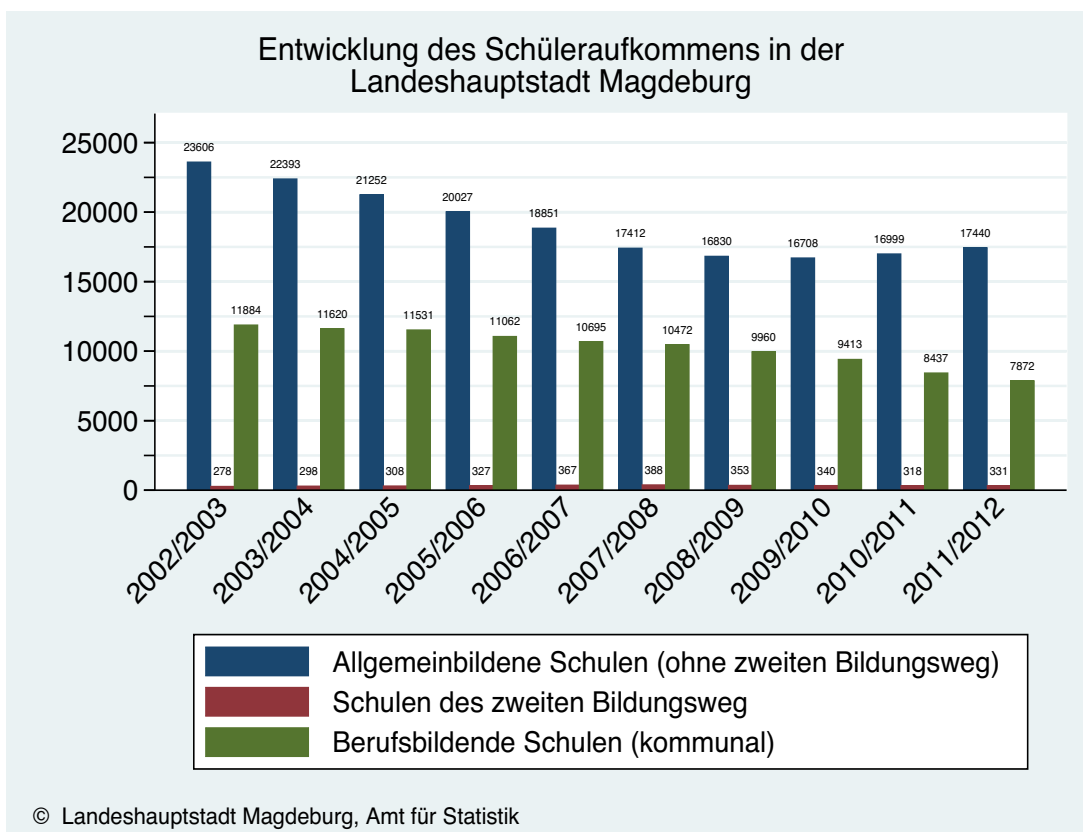
Dagegen konnte im Jahr 2010 keine Mehrlingsgeburt verzeichnet werden, bei der 3 bzw. mehr Kinder das Licht erblickten. Der Höchststand hier wurde dabei im Jahr 2004 erreicht. Bemerkenswert dabei war, dass in diesem Jahr ausschließlich Mädchen bei diesen Geburten geboren wurden. Im Jahr 2003 wurden dagegen nur Jungs in einer Mehrlingsgeburt verzeichnet. In den Jahren 2004 und 2005 gab es, wie im Jahr 2010, keine entsprechende Geburt.



Vergleicht man die Stichproben der Mehrlingsgeburten mit 3 bzw. mehr Kindern hinsichtlich des Genderaspektes, so lässt sich kein signifikanter Unterschied erkennen. Der einseitige Mann-Whitney-U-Test liefert hierfür einen Wert von $p = 0,436$.

Schülerzahlen in den allgemeinbildenden Schulen erreichen neues 5 Jahreshoch - Kommunale berufsbildende Schulen wieder mit Verlusten

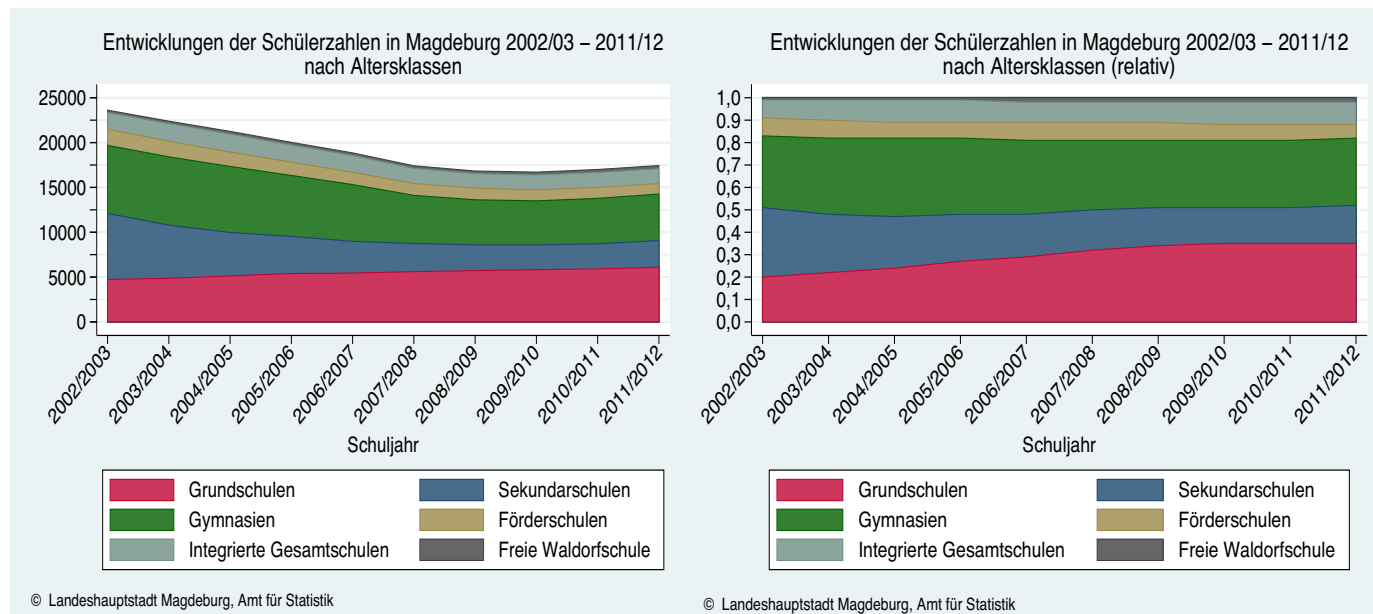
Das Schuljahr 2011/2012 setzt die positiven Entwicklungen der letzten Jahre bei den Schülerzahlen fort. Waren im vorangegangenen Schuljahr 16 999 Schüler in den allgemeinbildenden Schulen zu verzeichnen so erhöhte sich diese Zahl um 441 Schüler auf 17 440 Schüler. Betrachtet man die letzten 5 Jahre, so stellt der Wert für das Schuljahr 2011/2012 einen neuen Jahreshöchststand dar. Allerdings kann in keiner Weise von einem robusten Trend gesprochen werden, denn der Spearman Rangkorrelationskoeffizient zeigt für die letzten 10 Jahre einen deutlich signifikant negativen Wert auf ($r_s = -0,842$, $p < 0,01$). Für die letzten 5 Jahre ist der Spearman Rangkorrelationskoeffizient zwar positiv aber nicht signifikant ($r_s = 0,300$, $p = 0,6238$).



Bei den Schulen des zweiten Bildungsweges sind dagegen kaum Veränderungen zu beobachten. Die Zahl der Schüler liegt hier mit 331 Schülern sehr nah an den Zahlen der Vorjahre. Ein anderes Ergebnis zeigt sich allerdings bei den berufsbildenden Schulen. Hier setzt sich der negative Trend der letzten 10 Jahre fort. Konnten im Schuljahr 2010/2011 noch 8 437 Schüler gezählt werden, so lag die Schülerzahl im Schuljahr 2011/2012 um 565 Schüler niedriger und somit bei 7 872. Zum Vergleich: Im Schuljahr 2002/2003 konnten die berufsbildenden Schulen noch 11 884 Schüler aufweisen. Diese Entwicklung lässt sich auch sehr deutlich mit dem Spearman Rangkorrelationskoeffizient darstellen, der für die berufsbildenden Schulen einen höchst signifikant negativen Wert annimmt ($r_s = -0,8788$, $p < 0,001$).

Eine genauere Betrachtung der Schülerzahlen der letzten 10 Jahre der allgemeinbildenden Schulen, differenziert nach den Schulklassen, verdeutlicht, dass insbesondere die Zahl der Grundschüler gestiegen ist. Waren es im Schuljahr 2002/2003 noch 4 732 Schüler, so lag die Zahl 10 Jahre später bei 6 095 Schülern. Dies ist insbesondere unter dem Aspekt anzumerken, da die Gesamtschülerzahl sich über die letzten 10 Jahre verringert hat. Der Anstieg der Zahl bei den Grundschülern lässt sich somit auch in der Grafik des relativen Anteils der Grundschüler an der Gesamtschülerzahl verdeutlichen. Bei den Gymnasien (-2 403 Schüler), den Förderschulen (-641 Schüler), Integrierten Gesamtschulen (-183 Schüler) und der Freien Waldorfschule (-80 Schüler) sind im Vergleich zum Schuljahr 2002/2003 deutlich weniger Schüler zu verzeichnen. Allerdings zeigt der relative Anteil der Schüler dieser Schultypen im Verhältnis zur Gesamtschülerzahl der allgemeinbildenden Schulen keine bemerkenswerten Veränderungen auf. So lag der Anteil der Schüler, die ein Gymnasium besuchten, vor 10 Jahren bei etwa 32 %. Im neuen Schuljahr lag der relative Wert bei ca. 30 %. Ein deutlich anderes Bild ergibt sich dagegen bei den Sekundarschulen. Die Schülerzahlen verringerten sich im Vergleich zur Bestandszahl im Schuljahr 2002/2003 von 7 343 Schülern auf einen Wert von 2 981 Schülern. Diese negative Entwicklung der letzten 10 Jahre lässt sich wiederum deutlich mit

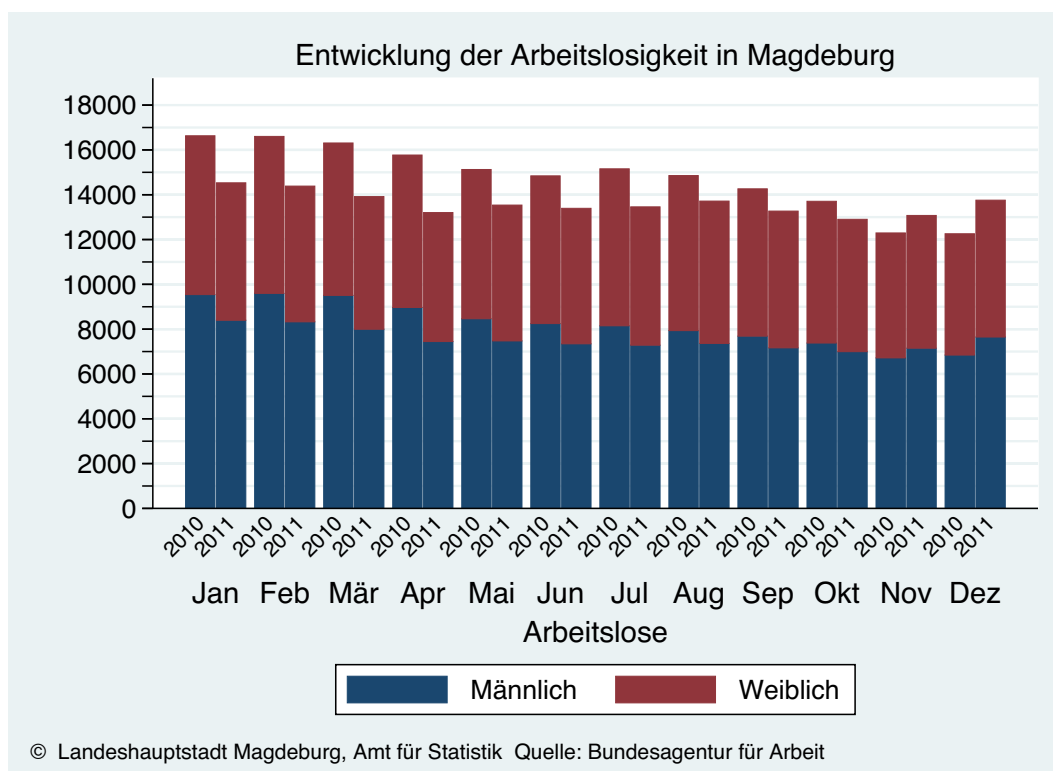
dem Spearman Rangkorrelationskoeffizient darstellen. So ergibt sich für die Sekundarschulen ein signifikant negativer Wert ($r_s = -0,9152$, $p < 0,001$). Dies geht zudem mit einem Verlust des relativen Anteils der Sekundärschüler im Verhältnis zur Gesamtschülerzahl einher.



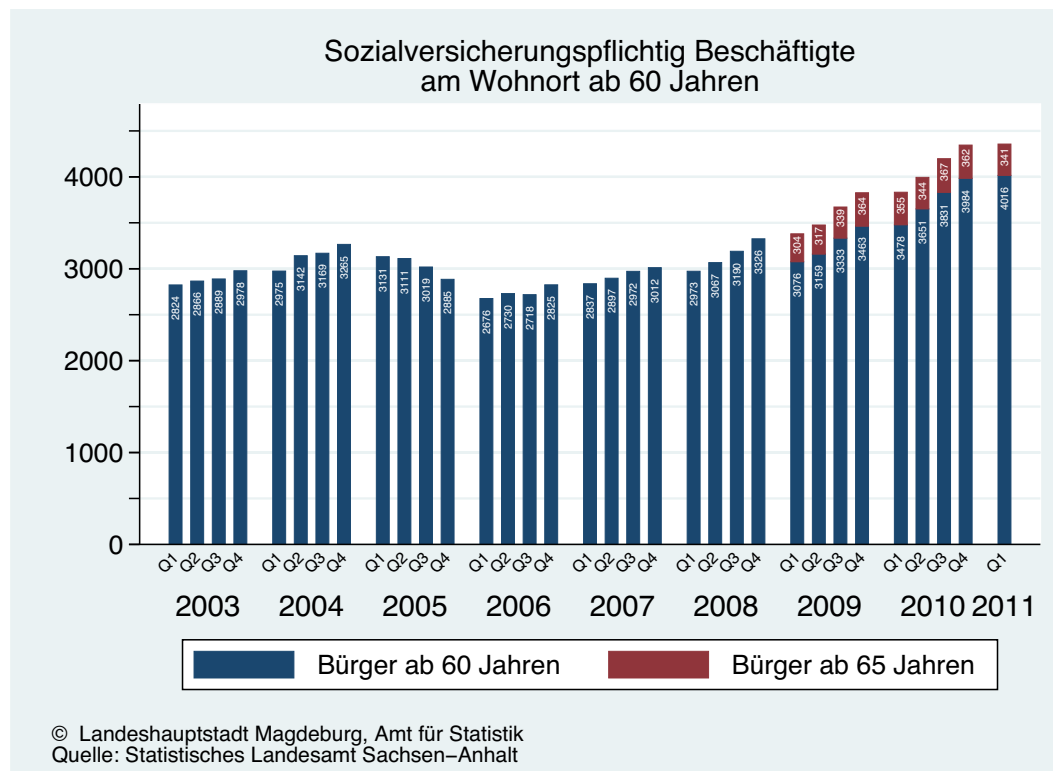
Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im 4. Quartal 2011

Anlässlich der monatlich stattfindenden Pressekonferenzen der Bundesagentur für Arbeit verkündete der Vorstandsvorsitzende Frank-J. Weise: „Der deutsche Arbeitsmarkt hat sich auch zum Jahresende 2011 positiv entwickelt. Damit können wir auf ein gutes Jahr zurückblicken. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich gesunken, Erwerbstätigkeit und sozialversicherungspflichtige Beschäftigung hingegen kräftig gewachsen, und die Nachfrage nach Arbeitskräften war das ganze Jahr über sehr hoch“.

Für die Landeshauptstadt ergibt sich allerdings erstmalig seit geraumer Zeit ein anderes Bild. In den Monaten November und Dezember wurden im Vergleich zum Vorjahr höhere Zahlen an Arbeitslosen verzeichnet. So waren im November 2011, verglichen zum November 2010, 780 Bürger mehr arbeitslos gemeldet. Für den Dezember ergibt sich sogar eine Differenz von 1 500 zusätzlichen Arbeitslosen. Sicherlich ist dieses Ergebnis auch den kalten Temperaturen in den Monaten November und Dezember geschuldet. Überraschend ist aber, dass das Weihnachtsgeschäft sich nicht spürbar positiv auf die Arbeitslosenzahlen ausgewirkt hat. Betrachtet man jedoch den Gesamtverlauf der Arbeitslosenzahl über das Jahr 2011 zum Jahr 2010, so lässt sich deutlich ein positives Fazit ziehen. Dies vermittelt auch der Wilcoxon Vorzeichen Rang Test, der signifikant nied-



rigere Arbeitslosenzahlen für das Jahr 2011 aufzeigt (zweiseitiger Wilcoxon Vorzeichen Rang Test, $p < 0,05$). Verglichen zum Vorquartal ist die Arbeitslosenzahl ebenfalls gestiegen. So wurden im Vergleich zwischen September 2011 und Dezember 2011 allerdings nur 488 Arbeitslose mehr beobachtet. Interessant dabei ist, dass Männer mehr von der Arbeitslosigkeit betroffen waren. Waren zum Ende des 3. Quartals 7165 Männer arbeitslos, so erhöhte sich die Anzahl zum Ende des 4. Quartals um 483 Männer. Bei den Frauen lag der Anstieg im gleichen Zeitraum lediglich bei 5 weiblichen Arbeitslosen. Verglichen zum Vorjahr waren im Dezember 2011 804 Männer und 696 Frauen zusätzlich arbeitslos gemeldet.



Einen wichtigen Aspekt für die Wirtschaft stellt vermehrt die Arbeitskraft von Leuten über 60 Jahre dar. Auch aufgrund der älter werdenden Magdeburger Bevölkerung steigt die absolute Anzahl der über 60 jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Seit dem Jahr 2006 sind nahezu in allen Quartalen Anstiege zu verzeichnen. Dies lässt sich auch mit Hilfe einer Korrelation verdeutlichen (Spearman Korrelationskoeffizienten $r_s = 0,9974$, $p < 0,001$). Mit dem ersten Quartal 2009

ist zudem eine zusätzliche Differenzierung nach sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten mit einem Alter oberhalb von 65 Jahren möglich. Bisher zeigen die Zahlen keinen eindeutigen Trend auf (Spearman Korrelationskoeffizienten $r_s = 0,600$, $p = 0,0876$). Allerdings wird das Amt für Statistik entsprechende Analysen dieser Thematik in den nächsten Jahren wiederholen, um analysieren zu können, welchen Einfluss das erhöhte Rentenalter mit 67 und der Fachkräftemangel haben werden.

Die Alterszusammensetzung der Stadt Magdeburg

Die Alterung einer Bevölkerung lässt sich auf verschiedene Weise darstellen. Neben den gängigen Maßzahlen, wie etwa Durchschnitts- und Medianalter, gibt es weitere Maße, mit deren Hilfe Aussagen über die Altersstruktur einer Bevölkerung getroffen werden können. In diesem Beitrag werden das Billeter-Maß, der Greying-Index und der Aging-Index vorgestellt.

Das Billeter-Maß

$$J = \frac{P_{(0 \text{ bis unter } 15)} - P_{(50 \text{ und älter})}}{P_{(15 \text{ bis unter } 50)}}$$

Das Billeter-Maß J setzt die Differenz der Personen unter 15 Jahren und der Generation 50+ ins Verhältnis zur Gruppe der Personen im Alter von 15 bis unter 50 Jahre. Es ermöglicht zweierlei Rückschlüsse auf die Bevölkerungsstruktur. Zum einen gibt das Vorzeichen Auskunft über das Verhältnis zwischen vor- und nachreproduktiven Generationen und damit über das Reproduktionspotenzial einer Bevölkerung. Ist das

Vorzeichen negativ übersteigt die Zahl der über 50-Jährigen die der unter 15-Jährigen. Bei einem positiven Vorzeichen wäre es umgekehrt. Zum anderen sagt die absolute Größe des Indikators J etwas über das Ausmaß der demografischen Alterung aus – je negativer J ist, desto ungünstiger sind die demografischen Entwicklungschancen.

In Magdeburg lag der Wert für die Gesamtstadt im Jahr 2011 bei -0,73, 2005 waren es noch -0,68. In der nachstehenden Grafik wird die heterogene Ausprägung dieser Maßzahl in den einzelnen Stadtteilen deutlich. Während beispielsweise Kannenstieg und Reform einen stärkeren, negativen Wert aufweisen, ist die Überalterung in den Stadtteilen Buckau und Stadtfeld Ost weniger stark ausgeprägt.

Greying-Index

$$\text{Greying - Index} = \frac{P_{(80 \text{ und älter})}}{P_{(60 \text{ bis unter } 80)}}$$

Während beim Billeter-Maß alle Altersstrukturen berücksichtigt werden, stehen bei dem sogenannten Greying-Index die älteren Bevölkerungsgruppen im Fokus. Hierbei wird die Zahl der Hochbetagten in Relation zu den Personen im Alter von 60 bis unter 80 Jahren gesetzt. So kamen etwa in Magdeburg im Jahr 2011 23 „Hochbetagte“ auf 100 Personen im Alter von 60 bis unter 80. Im Jahr 2005 waren es lediglich 17 Hochalt-rige gegenüber 100 Senioren.

Der Aging-Index

$$GKR = \frac{P_{(80 \text{ und älter})}}{P_{(0 \text{ bis unter } 20)}}$$

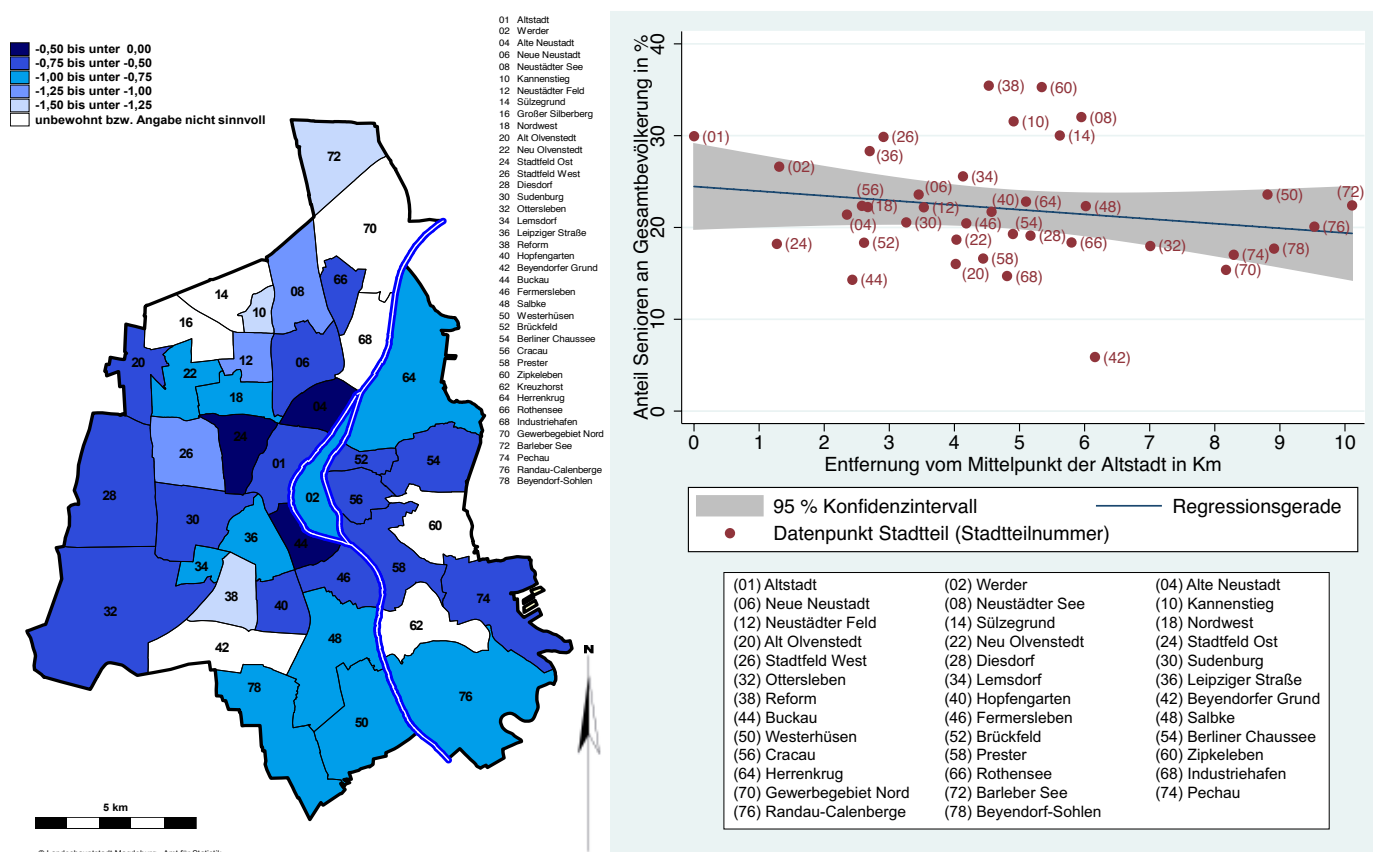
Der Aging-Index, auch als Greis-Kind-Relation bezeichnet, bildet das Verhältnis der Generation 80+ zu den unter 20-Jährigen ab. Wie schon die beiden vorgenannten Maßzahlen weist auch diese auf die veränderten Altersstrukturen in der Magdeburger Bevölkerung hin. Während das Verhältnis „Greis-Kind“ im Jahr 2005 bei 29 zu 100 lag, kamen im Jahr 2011 bereits 40 Hochbetagte auf 100 Personen unter 20 Jahren. Die Abgrenzung der Altersgruppen kann jedoch je nach Untersuchungsziel variieren. Setzt man etwa die Zahl der 65-Jährigen und älter ins Verhältnis zu den unter 20-Jährigen, erhält man für Magdeburg im Jahr 2011 einen Wert von ca. 1,71. Demnach stehen 171 Personen, die mindestens 65 Jahre alt sind, 100 unter 20-Jährigen gegenüber (2005 waren es 142 zu 100).

Die vorgestellten Maßzahlen verraten uns nicht nur, dass die Bevölkerung altert, sondern auch, auf welche maßgeblichen Entwicklungen diese Alterung zurückzuführen ist: Auf weniger „Junge“ einerseits und, dank steigender Lebenserwartung, auf eine wachsende Zahl sehr alter Menschen.

Die auf der nächsten Seite zu findene Grafik kann allerdings die Frage wo in Magdeburg die Senioren, verglichen zur Gesamtbevölkerung, wohnen, nicht beantworten. Aus diesem Grund soll im Folgenden der Anteil der Senioren (Bürger mit einem Alter ab 65) zur Gesamtbevölkerung mit der Distanz zum Mittelpunkt des Stadtteils Altstadt gesetzt werden. Zwar liegt der geografische Mittelpunkt der Landeshauptstadt Magdeburg nicht in diesem Stadtteil, jedoch weist der Stadtteil Altstadt neben einem hohen Anteil an Senioren eine gute Infrastruktur, z. B. in der medizinischen Versorgung oder im kulturellen Bereich, auf. Diese Aspekte sind für Senioren sicherlich sehr entscheidend bei der Wohnortwahl. Aus diesem Grund stellen wir die Hypothese auf, dass Senioren eher einen citynahen Wohnort bevorzugen. Um diese Hypothese zu analysieren greifen wir auf die statistische Methode der einfachen linearen Regression zurück. Im Allgemeinen stellt eine Regression die Beziehung zwischen einer abhängigen Variable und mehrerer unabhängiger Variablen dar. In unserem Fall, der einfachen Regression, stellen wir eine Beziehung zwischen der unabhängigen Variable „Anteil

der Senioren“ und nur einer abhängigen Variable „Entfernung zum Mittelpunkt der Altstadt in Km“. Grafisch wird bei einer einfachen linearen Regression eine Gerade durch eine Punktwolke gelegt, bei der der quadrierte Abstand der Punkte zur Gerade minimiert wird. Die unten stehende rechte Abbildung verdeutlicht die Methode der einfachen linearen Regression für unseren Untersuchungsgegenstand. Die roten Punkte stellen die einzelnen Stadtteile mit Ihrem Anteil der Senioren an der Gesamtbevölkerung im Stadtteil zur Entfernung des Stadtteils vom Altstadtmittelpunkt dar und bilden somit die Punktwolke. Die blaue Regressionsgerade stellt die Beziehung zwischen Seniorenanteil und Entfernung dar. Es lässt sich erkennen, dass mit steigender Entfernung der Anteil der Senioren an der Gesamtbevölkerung fallend ist. Die Ergebnisse der Regressionsanalyse geben hierfür einen Wert von $-0,5054$ aus, was übersetzt in etwa bedeutet, dass mit jedem zusätzlichem Kilometer, mit dem man sich vom Altstadtmittelpunkt entfernt, der Seniorenanteil um $0,5054$ % verringert. Allerdings ist der Signifikanzwert für den ermittelten Koeffizienten $p = 0,247$, so dass nicht von einer signifikant negativen Beziehung zwischen Seniorenanteil an der Gesamtbevölkerung und der Entfernung zum Altstadtmittelpunkt gesprochen werden kann. Der Grund für die fehlende Signifikanz ist den hohen Seniorenanteilen in den Stadtteilen Reform, Kannenstieg und Neustedter See geschuldet.

In unserem Fall hat die Methode der Regression einen Beziehungskoeffizienten geschätzt. Die graue Fläche in der Abbildung stellt das 95 % Konfidenzintervall dar und verdeutlicht, in welchen Bereich der wahre Schätzer der Regression mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 % liegt. Natürlich ist klar, dass die Wohnortwahl von Senioren auch von anderen Faktoren abhängt. Dies würde aber zu einer multiplen linearen Regression führen, die in der Zukunft Bestandteil einer Analyse sein kann.



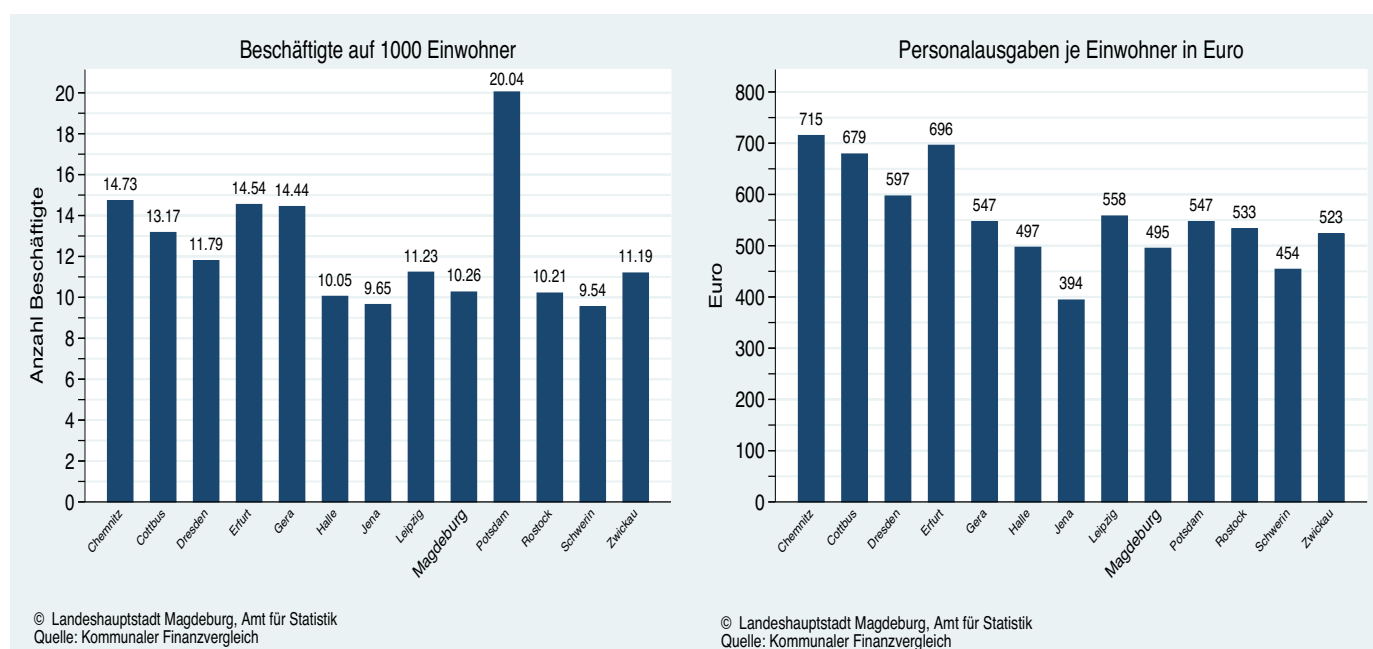
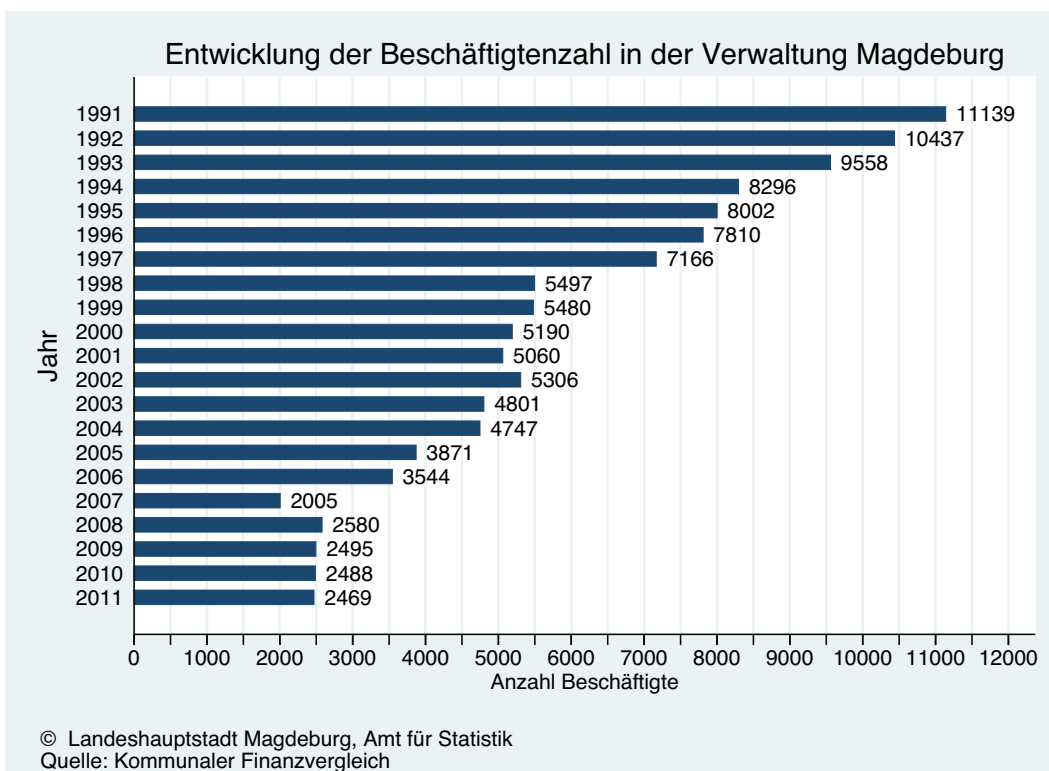
Magdeburg im Städtevergleich - Personal und Gebühren

Die Tätigkeit öffentlicher, zumal kommunaler Verwaltungen bedarf aufgrund ihrer komplexen Aufgaben einer Vielzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern - Beamte, Angestellte und im geringen Maße auch Arbeiter - mit den unterschiedlichsten Qualifikationen. Demzufolge machen die Personalkosten auch einen großen, wenn auch nicht den größten, Anteil an den laufenden Kosten der Verwaltung aus.

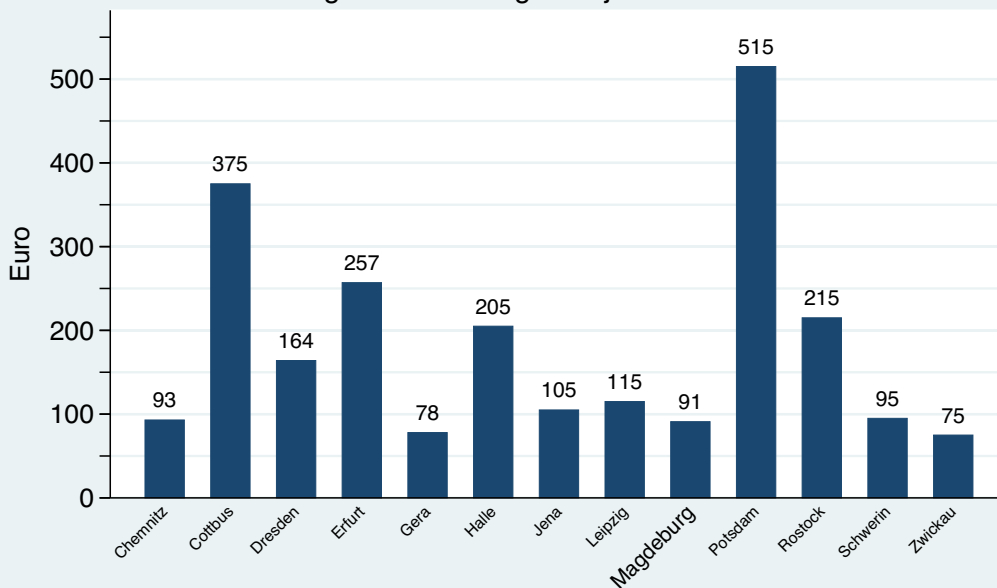
Wegen ihres großen Anteils an den kommunalen Ausgaben wird naturgemäß die Forderung nach Reduzierung der Personalkosten sowohl öffentlich, als auch verwaltungsintern mit Nachdruck erhoben. Ande-

rerseits handelt es sich nicht zuletzt wegen der angespannten Arbeitsmarktsituation um einen sensiblen Bereich. Nicht alle diese Kosten sind unmittelbar abhängig von der Anzahl der städtischen Beschäftigten. Und selbst bei konstanter Stellenzahl können Personalkosten zunehmen. Einerseits werden die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht sofort mit der Endvergütung der ihnen zugewiesenen Stelle entlohnt, sondern mit niedrigeren Bezügen, die alters- bzw. zeitabhängig steigen. Eine ausgewogene Altersstruktur kann hier zur Haushaltsentlastung beitragen. Andererseits beeinflussen auch gesetzliche Vorgaben die Personalkosten wie z. B. Tarifierhöhungen, Vorgaben für die Sozialkassen, etc. Ein weiterer Bestandteil der Personalkosten sind die Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit, etwa die Mitglieder des Stadtrates oder z. B. die Wahlhelfer bei allgemeinen Wahlen.

Die Stadt Magdeburg hat in den letzten Jahren eine positive Entwicklung zu verzeichnen, welche an den folgenden Grafiken ersichtlich ist. Auch im Städtevergleich mit den größten Städten Ostdeutschlands braucht sie sich nicht verstecken. Wobei eine Vergleichbarkeit der Personalkosten nur bedingt gegeben ist, da sie auch in Abhängigkeit zu den Unterschieden der Rechtsform kommunaler Bereiche sowie Um- und Ausgliederungen stehen.



Verwaltungs-, Benutzungsgebühren und Entgelte, zweckgebundene Abgaben je Einwohner in Euro



© Landeshauptstadt Magdeburg, Amt für Statistik
Quelle: Kommunalen Finanzvergleich

Die Versorgung der Bevölkerung mit technischer Infrastruktur obliegt den Kommunen. Hier gab es nach der politischen Wende einen hohen Nachholbedarf an kommunaler Infrastruktur. Um in diesem Bereich einen Teil der Kosten zu decken, werden Verwaltungs-, Benutzungsgebühren, Entgelte und zweckgebundene Abgaben erhoben. Hierfür gibt es als rechtliche Grundlage in den Kommunen die entsprechenden Satzungen.

Das trifft auch auf die Stadt Magdeburg zu. Im Vergleich zu ande-

ren Städten gehört Magdeburg, wie in der Tabelle ersichtlich, zu einer der Städte, die hier die geringsten Einnahmen mit zu verzeichnen hat. Das resultiert u. a. auch daraus, dass die Stadt im Vergleich zu anderen geringere Gebühren und Entgelte erhebt.

Begriffsbestimmungen:

Verwaltungsgebühren - Öffentlich rechtliche Entgelte für die Inanspruchnahme von Verwaltungsleistungen im engeren Sinne (Amtshandlungen), z. B. Passgebühren, Genehmigungsgebühren, Baugenehmigungen, etc.

Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte - Entgelte für die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen und die Inanspruchnahme wirtschaftlicher Dienstleistungen, z. B. Entgelte für die Lieferung von Strom, Wasser, Gas, Fernwärme einschl. Grundgebühren und Zählermiete, für Straßenreinigung, Parkgebühren, Eintrittsgelder zu kulturellen oder sportlichen Veranstaltungen, Kindergartenbeiträge, für Arbeiten zur Unterhaltung von Straßen

Zweckgebundene Abgaben - Kurtaxe, Kurbeiträge oder ähnliche Entgelte zur Finanzierung öffentlicher Anlagen, u. a. Fremdenverkehrsabgabe, -beiträge (soweit zweckgebunden)

Merkmal	Maß- einheit	Dezember 2011	November 2011	Oktober 2011	Dezember 2010	November 2010	Oktober 2010
Bevölkerung (p)							
(eigene Fortschreibung auf der Basis des Einwohnermelderegisters)							
Bevölkerungsstand							
Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung (HW)	Anzahl	231 680	231 779	231 763	230 979	230 921	230 765
dav. männlich	Anzahl	112 762	112 780	112 740	112 285	112 221	112 115
weiblich	Anzahl	118 918	118 999	119 023	118 694	118 700	118 650
dar. Ausländer	Anzahl	8 483	8 501	8 482	8 162	8 120	8 142
männlich	Anzahl	4 468	4 472	4 449	4 272	4 274	4 291
weiblich	Anzahl	4 015	4 029	4 033	3 890	3 846	3 851
Wohnberechtigte Bevölkerung (Haupt-/ Nebenwohnsitz)	Anzahl	236 229	236 300	236 265	235 845	235 797	235 674
dav. männlich	Anzahl	115 452	115 446	115 401	115 100	115 066	114 989
weiblich	Anzahl	120 777	120 854	120 864	120 745	120 731	120 685
dar. Ausländer	Anzahl	8 566	8 583	8 562	8 257	8 248	8 270
männlich	Anzahl	4 510	4 512	4 489	4 325	4 346	4 363
weiblich	Anzahl	4 056	4 071	4 073	3 932	3 902	3 907
Natürliche Bevölkerungsbewegung-Hauptwohnsitz							
Eheschließungen	Anzahl	57	57	54	54	40	69
dar. mit Ausländern	Anzahl	.	6	.	.	4	.
Lebendgeborene	Anzahl	120	184	167	167	138	195
dav. männlich	Anzahl	68	89	91	78	70	102
weiblich	Anzahl	52	95	76	89	68	93
dar. Ausländer	Anzahl	12	4	10	10	11	13
männlich	Anzahl	.	.	6	4	4	6
weiblich	Anzahl	.	.	4	6	7	7
Gestorbene	Anzahl	200	257	201	258	192	217
dav. männlich	Anzahl	111	128	97	111	94	110
weiblich	Anzahl	89	129	104	147	98	107
dar. Ausländer	Anzahl	.	.	.	.	.	.
Wanderungen-Hauptwohnsitz							
Zugezogene Personen	Anzahl	704	995	1 879	658	992	1 800
dav. außerhalb Sachsen-Anhalt	Anzahl	365	531	1 340	305	491	1 207
innerhalb Sachsen-Anhalt	Anzahl	339	464	539	353	501	593
dar. Ausländer	Anzahl	87	136	388	71	126	365
Wohnsitzstatusänderung Nebenwohnsitz in HW	Anzahl	23	24	29	.	4	15
Weggezogene Personen	Anzahl	730	891	1 048	628	760	937
dav. außerhalb Sachsen-Anhalt	Anzahl	466	596	710	376	474	637
innerhalb Sachsen-Anhalt	Anzahl	264	295	338	252	286	300
dar. Ausländer	Anzahl	107	106	149	83	121	132
Wohnsitzstatusänderung HW in Nebenwohnsitz	Anzahl	16	39	49	29	26	61
Wanderungssaldo (einschließlich WS-Änderung)	Anzahl	-19	89	811	.	210	817
Umzüge innerhalb der Stadt Magdeburg	Anzahl	1741	2054	1 870	1 609	1 984	1 899
Bevölkerungssaldo insgesamt	Anzahl	-99	16	777	-88	156	795
Sozialhilfe - Leistungen nach SGB XII und Asylbewerberleistungsgesetz							
(stichtagsbezogen ohne Tagessatzzahlungen an Personen ohne festen Wohnsitz)							
Hilfe zum Lebensunterhalt nach SGB XII (ohne Schuldnerberatung)							
Leistungsempfänger	Fälle	470	459	458	377	326	383
entspricht Gesamtpersonenzahl	Personen	559	536	533	441	459	458
Grundsicherung nach SGB XII							
Leistungsempfänger	Fälle	1 649	1 637	1 616	1 504	1 513	1 507
entspricht Gesamtpersonenzahl	Personen	1 905	1 884	1 859	1 727	1 733	1 733
Grundleistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz							
Leistungsempfänger	Fälle	440	440	321	236	275	280
entspricht Gesamtpersonenzahl	Personen	560	560	543	507	538	541

Merkmal	Maß- einheit	Dezember 2011	November 2011	Oktober 2011	Dezember 2010	November 2010	Oktober 2010
Arbeitsmarkt							
(Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik-Service Ost)							
Arbeitslose - Bestand am Ende des Monats	Personen	13 758	13 075	12 903	12 258 R	12 295 R	13 708 R
dar. Frauen	Personen	6 110	5 925	5 909	5 414 R	5 577 R	6 327 R
Differenz zum Vormonat	Personen	683	172	- 367	- 37	-1 413	- 556
dar. Frauen	Personen	185	16	- 196	- 163	- 750	- 249
Unter den Arbeitslosen sind:							
Jugendliche unter 20 Jahre	Personen	174	159	161	156	165	209
dar. Frauen	Personen	76	78	71	82	90	113
Jugendliche ab 20 bis unter 25 Jahre	Personen	1 072	1 038	1 087	1 179	1 099	1 176
dar. Frauen	Personen	453	470	515	543	546	590
Frauen ab 55 Jahre	Personen	1 184	1 159	1 165	1 091	1 095	1 110
Männer ab 55 Jahre	Personen	1 253	1 201	1 184	1 129	1 087	1 122
Schwerbehinderte	Personen	506	490	492	512	513	559
dar. Frauen	Personen	208	199	199	230	213	232
Ausländer	Personen	907	883	842	755 R	760	845
dar. Frauen	Personen	208	199	199	230	213	232
Arbeitslosenquote 1)	%	11,8	11,2	11,0	10,4	10,4	11,6
Arbeitslosenquote 2)	%	12,6	12,0	11,9	11,2	11,2 R	12,5
Arbeitslosenquote -Männer 3)	%	12,7	11,8	11,6	11,2 R	11,0	12,1
Arbeitslosenquote - Frauen 3)	%	10,8	10,5	10,4	9,5	9,7	11,0 R
Gemeldete Stellen - am Ende des Monats 5)	Personen	1 797	1 890	1 794	1 326	1 431	1 403
Bedarfsgemeinschaften und Leistungsberechtigte nach SGB II							
Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	19 657 4)	19 599 R	19 651 R	20 347 R	20 411 R	20 680 R
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Personen	24 976 4)	24 942 R	25 037 R	26 291 R	26 334 R	26 767 R
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	Personen	7 710 4)	7 715 R	7 721 R	7 824 R	7 841 R	7 967 R
Langzeitarbeitslose	Personen	4 822	4 667	4 544	4 063	4 363	5 071
Anteil der Langzeitarbeitslosen an Arbeitslosen gesamt	%	35,0	35,7	35,2	33,1	35,5	37,0
1) Arbeitslose in %, bezogen auf die Zahl aller zivilen Erwerbspersonen 118 112 Personen (ab Mai 2010), 116 970 Personen (ab Mai 2011)							
2) Arbeitslose in %, bezogen auf die Zahl der abhängigen zivilen Erwerbspersonen 109 318 Personen (ab Mai 2010), 108 822 Personen (ab Mai 2011)							
3) Seit Januar 2009 bezogen auf alle männlichen bzw. weiblichen zivilen Erwerbspersonen							
4) vorläufige Werte, 5) seit Juli 2010 Umstellung der Statistik auf ungeforderte gemeldete Arbeitsstellen							
Gewerbeentwicklung							
Gewerbeanmeldungen	Anzahl	149	170	171	126	190	185
dav. Neuanmeldungen	Anzahl	144	168	164	116	185	181
Übernahmen	Anzahl	5	2	7	10	5	4
Von den Gewerbeanmeldungen entfallen auf:							
Industrie	Anzahl	3	2	-	-	2	4
Handwerk	Anzahl	14	20	10	11	19	22 R
Handel	Anzahl	31	35	39	36	39	46
Reisegewerbe	Anzahl	-	1	4	4	5	2
Sonstige	Anzahl	101	112	118	75	125	111 R
Gewerbeabmeldungen	Anzahl	204	177	143	169	151 R	152
dav. Industrie	Anzahl	-	5	4	-	-	2
Handwerk	Anzahl	27	23	15	22	21	14 R
Handel	Anzahl	51	59	38	55	46	51
Reisegewerbe	Anzahl	-	-	1	1	2	1
Sonstige	Anzahl	126	90	85	91	82 R	84 R
unter den Gewerbeabmeldungen entfallen auf							
Abmeldungen auf dem Amtsweg	Anzahl	36	29	15	1	11	5
Gesellschafteraustritt	Anzahl	1	3	6	2	1	2
wegen Änderung der Rechtsform	Anzahl	8	6	1	4	4	8

Merkmal	Maß- einheit	Dezember 2011	November 2011	Oktober 2011	Dezember 2010	November 2010	Oktober 2010
Bau- und Wohnungswesen							
Anträge auf Baugenehmigungen, Nutzungsveränderungen und Abbrüche einschließlich verfahrensfreie Bauvorhaben im Anzeigeverfahren 1) 2)							
Anträge gesamt	Anzahl	42	72	56	58	54	45
dav. Neubau Mehr-u.Einfamiliengebäude	Anzahl	10	8	14	17	16	17
Geschäfts-u.Bürohäuser	Anzahl	-	2	2	-	-	1
Gastst., Cafes, Bistros, Hotels, Pensionen, Spielotheken	Anzahl	-	1	1	1	-	-
Märkte, Lagerhallen u.ä.	Anzahl	-	-	-	-	-	-
Tankstellen	Anzahl	-	-	-	-	1	-
Gartenlauben, Bungalows, Garagen	Anzahl	6	15	7	7	4	-
Parkhäuser, Tiefgaragen	Anzahl	-	-	-	-	-	-
Parkplätze, Freianlagen, übrige	Anzahl	1	-	2	1	3	6
Modernisierung, Um- und Ausbau	Anzahl	17	35	20	24	18	10
Nutzungsänderungen, Gewerbebetriebe, Arztpraxen	Anzahl	7	8	10	8	12	9
Abbrüche jeglicher Art	Anzahl	1	3	-	-	-	2
Baugenehmigungen, Genehmigungen für Nutzungsveränderungen und Abbrüche einschließlich verfahrensfreie Bauvorhaben im Anzeigeverfahren 1) 2)							
Genehmigungen gesamt	Anzahl	38	83	49	49	75	61
dav. Neubau Mehr-u.Einfamiliengebäude	Anzahl	7	8	14	17	15	28
Geschäfts-u.Bürohäuser	Anzahl	-	-	1	1	-	1
Gastst., Cafes, Bistros, Hotels, Pensionen, Spielotheken	Anzahl	-	-	-	1	-	-
Märkte, Lagerhallen u.ä.	Anzahl	-	-	-	-	-	-
Tankstellen	Anzahl	-	-	-	-	-	-
Gartenlauben, Bungalows, Garagen	Anzahl	11	41	6	2	12	2
Parkhäuser, Tiefgaragen	Anzahl	-	-	-	-	-	-
Parkplätze, Freianlagen, übrige	Anzahl	-	3	3	3	7	1
Modernisierung, Um- und Ausbau	Anzahl	10	17	17	18	28	19
Nutzungsänderungen, Gewerbebetriebe, Arztpraxen	Anzahl	8	13	8	7	13	7
Abbrüche jeglicher Art	Anzahl	2	1	-	-	-	3
1) Die genehmigten Bauanträge stehen nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit den Bauanträgen des gleichen Monats							
2) ohne Werbung und Stellplätze							
Wohngeld - nach dem Wohngeldgesetz							
Wohngeldempfänger	Haushalte	4 786	4 812	4 629	5 510	5 459	5 173
Zahlbetrag (= Wohngeld für den Folgemonat)	EUR	602 093	661 022	585 930	866 651	912 744	829 847

Merkmal	Maß- einheit	Dezember 2011	November 2011	Oktober 2011	Dezember 2010	November 2010	Oktober 2010
Versorgungsleistungen der Städtischen Werke Magdeburg GmbH (Quelle: Städtische Werke Magdeburg GmbH)							
Stromversorgung							
Einspeisung in das Stadtnetz	MWh	92 974	92 743	85 658	102 555	93 523	93 742
darunter Einspeisung sonstiger Marktteilnehmer 1)	MWh	34 608	26 983	31 787	24 644	31 281	35 939
davon: konventionelle Energieträger 1)	MWh	24 895	22 269	26 783	19 853	26 275	30 813
erneuerbare Energien:	MWh	9 713	4 714	5 004	4 792	5 006	5 126
davon Windkraft	MWh	6 591	1 881	2 879	237	1 814	1 804
Photovoltaik	MWh	170	260	638	63	122	329
Deponiegas	MWh	196	206	244	214	238	249
Sonstige erneuerbare Energieträger (Biomasseanlagen = Pflanzenöl als Biomasse)	MWh	2 756	2 367	1 243	4 279	2 832	2 744
Erdgasversorgung	MWh						
Einspeisung in das Stadtnetz	MWh	210 471	194 492	114 927	358 150	191 844	136 459
Wärmeversorgung							
Fernwärmeabgabe der Heizwerke Rothensee und Virchowstraße sowie des Müllheizkraftwerkes Rothensee	MWh	46 826	43 582	26 135	75 532	44 800 R	31 297
Trinkwasserversorgung							
Bezug von der Trinkwasserversorgung Magdeburg GmbH	cbm	946 614	919 848	946 730	929 115	906 947	929 574
Trinkwasserbezug je Einwohner 2)	l/Tag	129	130	129	128	129	128
1) incl. Müllheizkraftwerk 2) Basis wohnberechtigte Bevölkerung, Stand Dezember des Vorjahres (eigene Fortschreibung)							
Müllentsorgung (Quelle: Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb Magdeburg)							
Hausmüll	Mg	4 466	4 835	4 274	4 404	4 800	4 600
Spermmüll	Mg	422 R	498 R	410 R	380	529	526
Bioabfall	Mg	838	1 208	1 122	584	1 152	1 167
Straßenkehricht	Mg	191 R	351 R	284 R	26	321	333
Wertstoffeffassung (Quelle: Städtischer Abfallwirtschaftsbetrieb Magdeburg)							
Papier	t	1 146,58	1 188,84	1 069,62	1 170,80	1 282,50	1 193,64
darunter Verkaufsverpackungen	t	175,54	182,01	163,76	179,25	196,35	182,75
Glas	t	299,18	382,96	252,16	277,60	361,38	324,94
Leichtverpackungen	t	568,52	616,84	560,52	621,36	651,10	619,60
Innerstädtischer Nahverkehr (Quelle: Magdeburger Verkehrsbetriebe GmbH)							
Fahrzeugbestand im Durchschnitt							
Straßenbahnen - Triebwagen	Anzahl	.	107	107	107	107	107
darunter stillgelegt	.	.	-	-	-	-	-
- Beiwagen	Anzahl	.	18	18	20	20	20
darunter stillgelegt	.	.	-	-	-	-	-
Omnibusse (darunter 1 Fernreisebus)	Anzahl	.	56 1)	56 2)	53	53	53
Nutz-Wagen-Kilometer							
Straßenbahnen - Triebwagen	km	.	530 918	500 788	504 315	531 201	523 074
- Beiwagen	km	.	48 561	33 185	41 434	53 213	47 329
Omnibusse	km	.	270 713	259 177	272 771	270 716	272 367
Beförderte Personen	Personen	.	4 854 899	4 572 665	1736 897	5300 423	5291 820
je Tag	Personen	.	161 830	147 505	56 029	176 681	170 704
je Nutz-Wagen-Kilometer	Personen	.	5,71	5,77	2,12	6,20	6,28
1) darunter 3 stillgelegte, 2) darunter 2 stillgelegte							

	Maß- einheit	Dezember 2011	November 2011	Oktober 2011	Dezember 2010	November 2010	Oktober 2010	
Weiße Flotte (Fahrgastschiffahrt und Fähren)								
Fahrgastschiffe der Weißen Flotte: (MS Magdeburg, MS Wolfsburg und MS Sachsen-Anhalt)								
Fahrten:	Linien- und Pendelverkehr	Anzahl	-	-	73	-	-	51
	Charterverkehr	Anzahl	-	-	7	-	-	11
beförderte Personen:	Linien- und Pendelverkehr	Personen	-	-	3 467	-	-	1 967
	Charterverkehr	Personen	-	-	463	-	-	744
gefahrte Strecke:	Linien- und Pendelverkehr	km	-	-	1 394	-	-	1 090
	Charterverkehr	km	-	-	165	-	-	277
Fähre Buckau und Gierfähre Westerhüsen:								
beförderte Personen:	Personen	Personen	-	-	9 083	-	-	3 130
Umschlagleistungen im Hafengelände								
(Quelle: Magdeburger Hafen GmbH)								
Gesamtumschlag	t	185 342	266 678	274 848	217 476	269 003	263 794	
davon: Umschlag aus Schiff	t	96 776	134 497	127 166	102 522	91 668	2 123	
Umschlag in Schiff	t	64 222	92 791	106 852	89 958	134 510	135 266	
Umschlag Schiff/Schiff	t	1 212	3 133	8 176	5 464	4 562	94 068	
Landumschlag	t	23 132	36 257	32 654	18 532	38 263	32 337	
Leistungen der Hafenbahn	t	70 288	82 720	80 155	62 465	85 358	98 238	
Kraftfahrzeugbestand								
Bestand an zugelassenen Fahrzeugen	Anzahl	119 602	119 831	119 876	117 357	117 292	117 108	
auf 100 Einwohner 1)	Anzahl	51,6	51,7	51,7	50,8	50,8	50,7	
dav. Personenkraftwagen	Anzahl	100 619	100 740	100 757	98 988	98 867	98 719	
Last- und Spezialkraftwagen	Anzahl	13 383	13 434	13 433	13 043	13 044	12 996	
Kraftomnibusse	Anzahl	67	65	65	65	65	66	
Zugmaschinen und Traktoren	Anzahl	716	759	750	707	733	725	
Motorräder	Anzahl	4 817	4 833	4 871	4 554	4 583	4 602	
Fabrikneu zugelassene Fahrzeuge	Anzahl	666	698	694	641	706	684	
Außerdem Anhänger	Anzahl	3 988	4 002	4 014	3 968	3 976	3 991	
1) Berechnung auf Basis Bevölkerung Hauptwohnsitz								
Erteilung von Führerscheinen								
Führerscheine / Antragstellungen	Anzahl	.	.	.	.	.	.	
Führerscheine / Aushändigungen	Anzahl	313	401	437	271	417	467	
darunter Ersterteilungen bzw. Erweiterungen	Anzahl	91	134	193	110	152	194	
darunter weibliche Personen	Anzahl	39	47	92	44	71	91	
Begleitendes Fahren ab 17 *	Anzahl	24	24	29	10	22	25	
Fahrgastbeförderungserlaubnisse	Anzahl	4	12	15	18	23	21	
Fahrlehrerlaubnisse	Anzahl	-	-	-	-	-	-	
Internationale Führerscheine	Anzahl	27	35	36	22	41	29	
* Erlass des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr Sachsen-Anhalt								
Einsätze im Rettungsdienst								
insgesamt	Anzahl	4 354	3 926	3 840	4 357	4 091	4 278	
dav. Notarzteinsetzfahrzeuge	Anzahl	771	718	755	856	815	916	
Rettungswagen	Anzahl	2 484	2 366	2 133	2 469	2 254	2 358	
Krankentransportwagen	Anzahl	1 077	820	930	1 017	998	982	
Rettungshubschrauber (durch Leitstelle alarmiert)	Anzahl	22	22	22	15	24	22	

Merkmal	Maß- einheit	Dezember 2011	November 2011	Oktober 2011	Dezember 2010	November 2010	Oktober 2010
Straßenverkehrsunfälle							
(Quelle: Polizeirevier Magdeburg)							
Unfälle insgesamt	Anzahl	791	844 R	807 R	920 R	877 R	799 R
darunter mit Fahrerflucht	Anzahl	204	192 R	176 R	142 R	174 R	174 R
davon sonstige Sachschadensunfälle (sogen. Bagatellunfälle)	Anzahl	682	725 R	688 R	844 R	759 R	667 R
schwerwiegende UF gesamt 1)	Anzahl	109	119 R	119 R	76 R	118 R	132 R
darunter mit Personenschaden	Anzahl	82	97 R	89	40 R	88 R	107 R
unter Alkoholeinfluss	Anzahl	12	17 R	15 R	14 R	15 R	16
dabei verletzte Personen	Personen	89	112 R	102	46 R	107 R	122 R
dar. Kinder	Personen	4	11 R	4	3	8 R	10
getötete Personen (bis 30 Tage nach dem Unfall)	Personen	1	-	-	-	1	3
dar. Kinder	Personen	-	-	-	-	-	-
Beteiligte Verkehrsteilnehmer UF gesamt							
Personenkraftwagen	Anzahl	1 245	1 304 R	1 280 R	1 499 R	1 364 R	1 239 R
Lastkraftwagen	Anzahl	99	140 R	117 R	145 R	163 R	119 R
Motorräder	Anzahl	-	5 R	7 R	-	2	9 R
Mopeds	Anzahl	3	5	7 R	-	5	10
Radfahrer	Anzahl	33	53 R	58 R	7	45 R	66 R
dar. Kinder	Anzahl	1	2 R	4	-	3 R	3
Straßenbahnen	Anzahl	17	13	11	32 R	20 R	16 R
Fußgänger	Personen	20	26	13	13	23 R	16 R
dar. Kinder	Personen	2	7	1	3	6	5 R
1) mit Personenschaden oder schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden (im engeren Sinne)							
Feuerwehr							
Alarmierungen der Berufsfeuerwehr	Anzahl	355	368	478 R	454	408	468
dav. Brandeinsätze	Anzahl	40	38	61	50	50	68
dar. Großfeuer	Anzahl	1	-	-	1	-	-
technische Hilfeleistungen	Anzahl	223	242	284 R	313	272	325
dav. Notstände ("Blaulichteinsätze")	Anzahl	83	78	107	108	89	121
sonstige	Anzahl	140	164	177 R	205	183	204
blinde Alarme	Anzahl	92	88	133 R	91	86	75
dar. böswillige Alarmierungen	Anzahl	4	6	4	7	6	5
Einsätze der Freiwilligen Feuerwehren insgesamt	Anzahl	30	34	32	40	43	49
Krankenhäuser							
Universitätsklinikum Magdeburg A. ö. R.							
Aufgestellte Betten insgesamt	Anzahl	1 136	1 136	1 136	1 120	1 120	1 120
Belegungstage	Anzahl	25 502	28 837	28 787	25 680	29 217	29 894
Bettenauslastungsgrad	%	72,4	84,6	84,5	74,0	87,0	86,1
Fälle	Anzahl	3 644	4 109	3 819	3 659	4 151	4 056
Klinikum Magdeburg gGmbH							
Aufgestellte Betten insgesamt	Anzahl	737	737	737	735	735	735
Belegungstage	Anzahl	18 234	19 984 R	20 641 R	18 241	20 028 R	21 028 R
Bettenauslastungsgrad	%	79,8	90,4	90,4 R	80,1	90,8	92,3
Fälle	Anzahl	2 514	2 697 R	2 628 R	2 449	2 644 R	2 639 R
Pfeiffersche Stiftungen							
Aufgestellte Betten insgesamt	Anzahl	270	270	270	270	270	270
Belegungstage	Anzahl	7 443	6 641	6 471	6 244	5 408	6 913
Bettenauslastungsgrad	%	88,9	81,9	77,3	74,6	66,8	82,6
Fälle	Anzahl	753	846	798	895	703	731

Merkmal	Maß- einheit	Dezember 2011	November 2011	Oktober 2011	Dezember 2010	November 2010	Oktober 2010
Theater, Konzerthalle							
Theater Magdeburg - Musiktheater 1)							
Plätze	Anzahl	8 199	5 377	5 098	9 578	8 847	6 916
Vorstellungen	Anzahl	12	9	8	15	15	13
Besucher	Personen	5 933	3 470	2 328	7 082	5 113	3 415
Auslastung 2)	%	72,4	64,5	45,7	73,9	57,8	49,4
Theater Magdeburg - Ballett 1)							
Plätze	Anzahl	4 128	2 064	3 440	3 440	-	2 064
Vorstellungen	Anzahl	6	3	5	5	-	3
Besucher	Personen	3 743	1 851	2 122	3 427	-	1 976
Auslastung 2)	%	90,7	89,7	61,7	99,6	-	95,7
Theater Magdeburg - Schauspiel 1)							
Plätze	Anzahl	5 500	3 535	2 870	4 833	3 091	2 693
Vorstellungen	Anzahl	39	24	20	37	22	20
Besucher	Personen	4 092	2 820	2 372	3 663	2 399	2 038
Auslastung 2)	%	74,4	79,8	82,6	75,8	77,6	75,7
Theater Magdeburg - Kinder- und Jugendtheater 1)							
Plätze	Anzahl	22 042	2 072	434	21 031	4 920	565
Vorstellungen	Anzahl	36	12	8	35	29	7
Besucher	Personen	21 107	1 958	427	19 094	3 759	560
Auslastung 2)	%	95,8	94,5	98,4	90,8	76,4	99,1
Theater Magdeburg - Konzerte 1)							
Plätze	Anzahl	2 893	1 453	1 534	2 829	1 521	1 723
Vorstellungen	Anzahl	6	3	4	5	4	5
Besucher	Personen	2 650	1 147	1 508	2 527	1 175	1 310
Auslastung 2)	%	91,6	78,9	98,3	89,3	77,2	76,0
Theater Magdeburg - sonstige Veranstaltungen 1)							
Plätze	Anzahl	3 350	1 787	2 361	3 219	3 916	2 085 R
Vorstellungen	Anzahl	28	43	38	34	53	45 R
Besucher	Personen	3 308	1 601	2 042	3 060	3 305	1 887 R
Auslastung 2)	%	98,8	89,6	86,5	95,1	84,2	90,5
Konzerthalle "Georg Philipp Telemann"							
Plätze	Anzahl	349	349	349	349	349	349
Veranstaltungen	Anzahl	14	3	1	9	1	2
Besucher	Personen	3 372	454	300	1 836	300	192
Platzausnutzung 2)	%	69,0	43,3	86,	58,5	86,0	27,5
Gesellschaftshaus "Schinkel-Saal"							
Plätze	Anzahl	165	165	165	165	165	165
Veranstaltungen	Anzahl	3	4	3	3	3	2
Besucher	Personen	289	288	246	399	360	173
Platzausnutzung 2)	%	58,4	43,64	49,7	80,6	72,7	52,4
Gesellschaftshaus "Gartensaal"							
Plätze	Anzahl	176	176	176	176	176	176
Vorstellungen	Anzahl	6	7	6	4	5	8
Besucher	Personen	865	726	996	654	478	893
Platzausnutzung 2)	%	81,9	58,9	94,3	75,3	54,3	63,4
Puppentheater der Stadt Magdeburg 3)							
Vorstellungen	Anzahl	93	77	69	66	41	32
Besucher	Personen	7 543	5 218	4 023	6 451	3 670	3 604
1) einschließlich Veranstaltungen außer Haus 2) Aufführungen mit unterschiedlicher Platzkapazität 3) ab Jan. 2011 einschließlich den einzelnen Spielstätten, der Jugendkunstschule und den Gastspielen sowie weitere außer Haus Veranstaltungen mit unterschiedlichen Platzkapazitäten 4) einschließlich Open Air Domplatz							

Merkmal	Maß- einheit	Dezember 2011	November 2011	Oktober 2011	Dezember 2010	November 2010	Oktober 2010
Tourist-Information Magdeburg (TIM)							
Stadtführungen; Gruppenführungen (Rundfahrten und Rundgänge) Magdeburg und Umland							
Führungen insgesamt	Anzahl	137	119	293	151	91	307
Teilnehmer insgesamt	Personen	2 519	3 229	8 182	2 194	1 535	8 264
Stadtarchiv							
Benutzer	Personen	755	1 071	835	813	1 314	1 015
benutzte Archivalien	Stück	846	1 130	862	788	1 648	879
Stadtbibliothek Magdeburg							
Bestand	Anzahl	358 913	360 441	359 091	354 799	355 881	356 406
Entleihungen	Anzahl	84 563	106 972	97 069	72 159	93 644	90 063
Besucher	Anzahl	26 044	31 849	26 829	24 810	33 808	30 933
Besucher in Magdeburger Museen							
Kulturhistorisches Museum / Naturkundemuseum	Personen	1 745	1 946	2 835	690	907	1.359
Kloster Unser Lieben Frauen	Personen	3 084	1 828	4 559	1 527	1 600	3 648
Lukasklause	Personen	1 013	1 391	1 235	1 247	1 881	1 954
Technikmuseum	Personen	814	1 175	1 141	339	749	2.185
Literaturhaus e. V.							
Besucher	Personen	697	1 126	1 044	963	760 R	1 270 R
Ausstellungen	Anzahl	4	4	4	3	3	3
Sonderveranstaltungen	Anzahl	18	38	20	26	30	35
Städtische Volkshochschule							
Lehrgänge	Anzahl	168	221	214	173	221	219
Unterrichtsstunden	Anzahl	840	1 968	1 493	901	2 127	1 749
Teilnehmer	Personen	2 460	3 187	3 116	2 445	3 101	3 187
Lehrer	Personen	87	113	111	92	123	119
Zoologischer Garten Magdeburg GmbH							
Tageskarten	Anzahl	2 739	3 734	21 155	808	3 258	17 655
Gruson-Gewächshäuser							
Besucher	Personen	2 749	1 561	2 516	2 774	- 1)	- 1)
1) wegen Baumaßnahmen geschlossen							
Kommunale Bäder							
Besucher der 4 kommunalen Hallenbäder	Personen	.	31 763 1,2)	29 452 1,2)	27 307 1)	42 248 1)	38 420 1)
Besucher der 4 den Hallenbädern angeschloss. Saunen	Personen	.	8 032	6 476	7 281 1)	9 032 1)	7 907 1)
Freibäder	Anzahl	3	3	3	3	3	3
Besucher	Personen	-	-	-	-	-	-
Strandbäder	Anzahl	2	2	2	2	2	2
Besucher insgesamt	Personen	-	-	-	-	-	-
davon Barleber See	Personen	-	-	-	-	-	-
Neustädter See	Personen	-	-	-	-	-	-
1) Schwimmhalle Große Diesdorfer Straße wegen Baumaßnahmen geschlossen							
2) Schwimmhalle Nord wegen Baumaßnahmen geschlossen							

Merkmal	Maß- einheit	Dezember 2011	November 2011	Oktober 2011	Dezember 2010	November 2010	Oktober 2010
Witterungsverhältnisse							
(Quelle: gemessen bzw. festgestellt in der Wetterwarte Magdeburg des Deutschen Wetterdienstes, Stationshöhe 79 m NN)							
Lufttemperatur							
Monatsmittel	C°	5,0	4,5	10,2	- 4,1	5,2	8,9
absolutes Maximum	C°	12,8	15,3	26,9	5,9	17,3	20,9
Tag	Datum	02.	03.	01. u. 02.	11.	14.	06.
absolutes Minimum	C°	- 0,7	- 3,5	- 0,9	- 17,2	- 5,9	- 0,1
Tag	Datum	11.	14.	22.	19.	30.	18.
Niederschläge							
Monatsmenge	mm	47,8	0,5	32,6	40,6	87,5	15,6
höchste Tagesmenge	mm	17,6	0,5	10,4	8,4	16,4	7,8
Tage mit mindestens 0,1 mm Niederschlag	Anzahl	25	1	8	23	19	8
mittlere relative Luftfeuchtigkeit	%	82	90	80	91	88	82
Sonnenscheindauer (Monatssumme)	h	36,8	56,1	163,2	40,8	28,1	142,8
Gewittertage	Anzahl	-	-	-	-	-	-
Frost- / Sommertage 1)	Anzahl	4 / 0	12 / 0	1 / 3	29 / 0	9 / 0	1 / 0
1) Frosttage: Tagesminimum der Lufttemperatur unter 0°C , Sommertage: Tagesmaximum der Lufttemperatur mindestens 25°C							
Schadstoffkonzentration in der Luft							
(Gemessen mit dem automatischen Luftüberwachungssystem des Landes Sachsen-Anhalt, vorgeprüfte Messdaten der Messstation Magdeburg / West Stadtfeld - Hans-Löschner-Straße)							
Schwefeldioxid - Monatsmittelwert	µg / cbm	1,2 1)	1,2 1)	1,2 1)	3,0	1,3	2,3
Stickstoffmonoxid - Monatsmittelwert	µg / cbm	2,8	23,0	12,0	14,0	7,6	8,3
Stickstoffdioxid - Monatsmittelwert	µg / cbm	18,0	27,0	21,0	34,0	24,0	24,0
Kohlenmonoxid - Monatsmittelwert	mg / cbm	.	.	.	.	.	.
Ozon - Monatsmittelwert	µg / cbm	38,0	11,0	30,0	24,0	25,0	27,0
Feinstaub PM 10 ** - Monatsmittelwert	µg / cbm	11,0	40,0	23,0	29,0	19,0	23,0
PM 10 - Partikel mit einem Durchmesser kleiner als 10 µm							
1) Kenngröße kleiner als die Nachweisgrenze des Gerätes, deshalb lt. Definition gleich der halben Nachweisgrenze gesetzt.							
** Nach Abschluss der Vergleichsmessungen wurden die Messwerte zur Anpassung an das Referenzverfahren mit folgenden Korrekturfaktoren behandelt.							
Monat	Faktor	Monat	Faktor	Monat	Faktor	Monat	Faktor
Januar	1,25	April	1,38	Juli	1,45	Oktober	1,32
Februar	1,25	Mai	1,45	August	1,45	November	1,25
März	1,32	Juni	1,45	September	1,38	Dezember	1,25
Hinweis: Informationen zu Auswirkungen von Luftschadstoffen auf die Gesundheit und zu Bewertungsmaßstäben für Immissionsmessungen sind auf den Internetseiten des LÜSA unter http://www.mu.sachsen-anhalt.de/lau/luesa/ veröffentlicht.							

Merkmal	Maß- einheit	September 2011	August 2011	Juli 2011	September 2010	August 2010	Juli 2010
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; Verarbeitendes Gewerbe (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt)							
Erfaßte Betriebe	Anzahl	38	38	38	37	37	37
Beschäftigte	Personen	5 992	5 963	5 898	5 947	5 886	5 806
Gesamtumsatz	1000 EUR	131 857	116 145	120 692	109 696	96 532	90 284
dar. Ausland	1000 EUR	45 180	30 306	44.461	32 474	26 613	27 021
Eurozone	1000 EUR	9 914	7 939	9.372	18 464	14 918	15 290
Nicht-Eurozone	1000 EUR	35 266	22 367	35.089	14 010	11 694	11 731
geleistete Arbeitsstunden	1000 h	857	837	768	853	815	772
Bruttoentgelte	1000 EUR	15 311	15 225	15 291	13 989	14 140	14 471
Berichtskreis: Betriebe des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden sowie des Verarbeitenden Gewerbes von Unternehmen mit 50 und mehr Beschäftigten							
Baugewerbe (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt)		September 2011	August 2011	Juli 2011	September 2010	August 2010	Juli 2010
Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau							
erfaßte Betriebe	Anzahl	35	35	35	35	35	35
tätige Personen	Personen	2 528	2 448	2 356	2 403	2 412	2 386
geleistete Arbeitsstunden	1000 h	329	329	335	294	291	277
Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme	1000 EUR	5 892	6 058	6 093	5 588	5 490	5 529
Gesamtumsatz	1000 EUR	36 900	34 442	33 305	33 533	31 873	32 949
Auftragseingang	1000 EUR	28 105	36 472	27 159	34 455	38 794	25 189
Bauplanung und sonstiges Baugewerbe		III. Quartal 2011	II. Quartal 2011	I. Quartal 2011	III. Quartal 2010	II. Quartal 2010	I. Quartal 2010
erfaßte Betriebe	Anzahl	35	35	35	32	32	32
tätige Personen	Personen	1 194	1 151	1 143	1 149	1 108	1 111
geleistete Arbeitsstunden	1000 h	403	386	389	379	344	343
Bruttolohn- und Bruttogehaltssumme	1000 EUR	7 434	7 429	7 278	7 138	7 062	6 905
Gesamtumsatz	1000 EUR	40 899	38 528	33 092	38 455	35 095	33 267
Berichtskreis: Die Angaben beziehen sich auf Betriebe von Unternehmen des Baugewerbes mit im allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen, auf Betriebe anderer Wirtschaftsbereiche mit 20 und mehr tätigen Personen sowie auf alle Arbeitsgemeinschaften des Baugewerbes.							
Beherbergungsstätten - alle Angaben einschließlich Camping (Betriebe mit mehr als 8 Betten, Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt)		September 2011	August 2011	Juli 2011	September 2010	August 2010	Juli 2010
Betriebe insgesamt	Anzahl	39	39	38	38	38	38
darunter geöffnete	Anzahl	39	39	38	38	38	38
Schlafgelegenheiten insgesamt 1) 2)		5 310	5 306	5 284	5 063	5 063	5 056
darunter angebotene 1)	Anzahl	5 274	5 274	5 252	5 050	5 052	5 049
durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 1)	%	35,4	28,7	25,6	38,1	31,2	24,3
Ankünfte insgesamt	Anzahl	33 087	24 985	24 007	35 885	30 411	23 726
darunter Ausländer	Anzahl	3 522	4 221	4 821	5 174	4 555	5 214
Übernachtungen insgesamt	Anzahl	55 999	46 969	41 693	57 688	48 826	37 959
darunter Ausländer	Anzahl	6 506	9 256	8 309	9 765	7 972	7 805
durchschnittliche Aufenthaltsdauer insgesamt	Tage	1,7	1,9	1,7	1,6	1,6	1,6
darunter Ausländer	Tage	1,8	2,2	1,7	1,9	1,8	1,5
1) Doppelbetten zählen als 2 Schlafgelegenheiten. Für Camping wird 1 Stellplatz in 4 Schlafgelegenheiten umgerechnet. 2) maximales Angebot an Schlafgelegenheiten in den letzten 13 Monaten (einschl. lfd. Monat)							

Merkmal	Maß- einheit	Stand am 31.03.2011	Stand am 31.12.2010	Stand am 30.09.2010	Stand am 31.03.2010	Stand am 31.12.2009	Stand am 30.09.2009
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort (Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt))							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	Personen	103 505	104 026	104 786	101 821	103 447	104 399
Veränderung zum vorherigen Quartal - absolut -	Personen	- 521	- 760	2 119	-1 626	- 952	1 463
Veränderung zum vorherigen Quartal - relativ -	%	-0,5	-0,7	2,1	-1,6	-0,9	1,4
Veränderung zum Vorjahr - absolut -	Personen	1 684	579	387	-1 332	-1 530	- 930
Veränderung zum Vorjahr - relativ -	%	1,7	0,6	0,4	-1,3	-1,5	-0,9
Männer	Personen	47 307	47 582	48 241	46 090	47 198	47 895
Frauen	Personen	56 198	56 444	56 545	55 731	56 249	56 504
Deutsche	Personen	103 505	102 412	103 156	100 260	101 905	102 791
Ausländer	Personen	1 618	1 601	1 620	1 551	1 532	1 599
Vollzeitbeschäftigte	Personen	80 592	80 944	81 924	79 750	81 276	82 209
Teilzeitbeschäftigte	Personen	22 846	23 020	22 797	22 030	22 139	22 157
Beschäftigte nach Wirtschaftsabschnitten							
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Personen	76	75	83	77	80	89
Produzierendes Gewerbe	Personen	16 811	16 863	17 252	16 304	16 910	17 331
darunter:	Personen						
Verarbeitendes Gewerbe,	Personen	8 070	8 016	7 992	7 700	7 905	8 137
Baugewerbe	Personen	6 277	6 315	6 683	6 046	6 332	6 612
Dienstleistungsbereiche	Personen	86 617	87 087	87 449	85 439	86 456	86 977
darunter:	Personen						
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	Personen	19 818	19 962	20 001	19 775	20 015	20 010
Information und Kommunikation	Personen	2 622	2 602	2 609	2 709	2 711	2 714
Finanz- u. Versicherungsdienstleistung	Personen	2784	2 817	2 827	2 867	2 855	2 828
Grundstücks-, Wohnungswesen		1 686	1 690	1 043	1 674	1 668	1 750
Freiberufl., wissenschaftl., techn. Dienstleistg.;	Personen	22 477	22 091	12 087	20 522	20 503	21 173
sonst. wirtschaftl. Dienstleistg.							
Öff. Verwaltung, Verteidigung, Sozialvers.;	Personen	31 855	32 351	22 916	32 169	32 725	32 523
Erzieh. u. Unterr.; Gesundh.- u. Sozialw.							
Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonst. Dienstleistg.;	Personen	5 378	5 574	4 089	5 723	5 979	5 979
Priv. Haushalte; Exterr. Org.							

Merkmal	Maß- einheit	Quartal IV 2011	Quartal III 2011	Quartal II 2011	Quartal IV 2010	Quartal III 2010	Quartal II 2010
Einzahlungen gesamt	1000 €	234 128	207 719	199 698	278 034	305 948	361 971
darunter:							
Steuereinnahmen (netto)	1000 €	54 787	37 917	38 734	56 445	36 091	38 646
davon:							
Grundsteuer A und B	1000 €	6 352	7 327	6 089	6 354	7 049	6 826
Gewerbsteuer (brutto)	1000 €	22 981	18 466	19 214	27 026	17 521	18 747
Gewerbsteuerumlage	1000 €	2 878	1 494	1 839	2 726	1 500	1 113
Gewerbsteuer (netto)	1000 €	20 103	16 972	17 375	24 300	16 021	17 364
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	1000 €	20 841	9 276	11 303	19 017	8 876	10 560
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	1000 €	7 175	3 460	3 563	6 509	3 251	3 250
Sonstige Steuern	1000 €	316	883	404	265	894	376
darunter:							
Hundesteuer	1000 €	61	650	128	75	661	138
Zweitwohnsitzsteuer	1000 €	31	44	76	16	31	70
Vergnügungssteuer	1000 €	203	189	199	176	202	168
Auszahlungen gesamt	1000 €	223 161	218 886	202 282	270 092	313 182	356 671
darunter:							
Baumaßnahmen	1000 €	6 180	18 865	7 863	14 809	8 660	8 962
Soziale Leistungen							
darunter:							
Soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen	1000 €	6 389	6 168	5 697	6 878	6 650	5 412
Soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen	1000 €	3 584	3 243	2 491	3 349	3 377	2 326
Leistungsbeteiligung bei Leist. für Unterkunft und Heizung (§22 SGB II)	1000 €	17 497	17 962	17 716	17 941	17 464	18 122
Leistungsbeteiligung bei einmaligen Leistungen an Arbeitssuchende	1000 €	175	191	293	140	286	178
Schulden							
Schuldenstand am Ende des Berichtszeitraums	1000 €	249 784	229 110	173 623	180 667	190 290	194 121
Schulden je Einwohner	Euro/Einwohner	1 078	992	752	784	825	842

Alle Tabellen ohne Quellenangaben beruhen auf den Unterlagen der Ämter der Stadtverwaltung.

Bestandszahlen sind jeweils Angaben vom Ende des angegebenen Berichtsmonats. Angaben je Einwohner beziehen sich, sofern nicht anders angegeben, auf die Einwohnerzahl zum Ende des Vormonats.

- anstelle einer Zahl entspricht dem Wert Null;

. anstelle einer Zahl - keine Angabe oder nicht zutreffend

0 Wert ist kleiner als die Hälfte der verwendeten Einheit;

R berichtigte, S geschätzte Zahl, P vorläufiger Wert

Redaktion: Landeshauptstadt Magdeburg, Amt für Statistik, Postanschrift: 39090 Magdeburg, Hausanschrift: Julius-Bremer-Straße 10, 39104 Magdeburg

Tel. (0391) 540 2808; Fax (0391) 540 2807 <http://www.magdeburg.de> E-mail: statistik@magdeburg.de

Sonderbericht zum Arbeitsmarkt

Carola Moch

Durch die Bundesagentur für Arbeit werden dem Amt für Statistik Magdeburg halbjährlich kleinräumige Arbeitsmarkt- und Sozialdaten nach Statistischen Bezirken zur Verfügung gestellt, die entsprechend der städtischen Gliederung den Stadtteilen zugeordnet werden. Die Tabellen beinhalten die aktuell vorliegenden Strukturdaten zur Anzahl der Arbeitslosen nach SGB III und SGB II im Juni 2011, die Anzahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort Magdeburg im Dezember 2010 und Angaben zu den Leistungsempfängern nach SGB III und den Bedarfsgemeinschaften im Monat März 2011.

Begriffserläuterungen

Arbeitslose sind Arbeitssuchende bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die beschäftigungslos sind, eine versicherungspflichtige Beschäftigung (mindestens 15 Stunden wöchentlich) suchen und dabei den Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit zur Verfügung stehen. Teilnehmer an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik gelten als nicht arbeitslos. Arbeitslose müssen sich persönlich bei ihrer zuständigen Agentur für Arbeit gemeldet haben.

Unter dem Sammelbegriff „**Leistungsempfänger**“ werden statistisch die Bezieher von Arbeitslosengeld I sowie Teilarbeitslosengeld nachgewiesen.

Das Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitsförderung eine Entgeltersatzleistung. Sie soll demjenigen, der eine Arbeit verloren hat und vorübergehend keine neue Arbeitsstelle finden kann, teilweise den Lohnausfall ersetzen.

Arbeitslosengeld II (Alg II) bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. Die Geldleistungen dienen der Sicherung des eigenen Lebensunterhalts und setzen sich zusammen aus:

- Regelleistung (§ 20 SGB II) - für Alg II und Sozialgeld gelten einheitliche, pauschalisierte Regelsätze,
- ggf. Leistungen für Mehrbedarfe beim Lebensunterhalt (§ 21 SGB II),
- Leistungen für Unterkunft und Heizung (§ 22 SGB II),
- befristeter Zuschlag (§ 24 SGB II).

Eine **Bedarfsgemeinschaft (BG)** bezeichnet Personen, die im selben Haushalt leben und gemeinsam wirtschaften. Eine Bedarfsgemeinschaft hat mindestens einen erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, außerdem zählen dazu:

- a) weitere erwerbsfähige Hilfebedürftige,
- b) die im Haushalt lebenden Eltern oder der im Haushalt lebende Elternteil eines unverheirateten erwerbsfähigen Kindes, welches das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet hat und der im Haushalt lebende Partner dieses Elternteils,
- c) als Partner des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen
 - der nicht dauernd getrennt lebende Ehegatte,
 - der nicht dauernd getrennt lebende Lebenspartner,
 - eine Person, die mit dem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in einem gemeinsamen Haushalt so zusammenlebt, dass nach verständiger Würdigung der wechselseitige Wille anzunehmen ist, Verantwortung füreinander zu tragen und füreinander einzustehen,
- d) die dem Haushalt angehörenden unverheirateten Kinder der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen, wenn sie das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, soweit sie die Leistungen zur Sicherung ihres Lebensunterhalts nicht aus eigenem Einkommen oder Vermögen beschaffen können.

Der Begriff der Bedarfsgemeinschaft ist enger gefasst als derjenige der Haushaltsgemeinschaft, zu der alle Personen gehören, die auf Dauer mit einer Bedarfsgemeinschaft in einem Haushalt leben. So zählen z. B. Großeltern und Enkelkinder sowie sonstige Verwandte und Verschwägerter nicht zur Bedarfsgemeinschaft. Von jedem Mitglied der Bedarfsgemeinschaft wird erwartet, dass es sein Einkommen und Vermögen zur Deckung des Gesamtbedarfs aller Angehörigen der Bedarfsgemeinschaft einsetzt (Ausnahme minderjährige Kinder). Zweckgemeinschaften (wie z. B. Studenten-WGs) fallen nicht unter die Definition der Bedarfsgemeinschaft.

Als **erwerbsfähige Hilfebedürftige (eHb)** gelten gem. § 7 SGB II Personen, die

- das 15. Lebensjahr vollendet und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
- erwerbsfähig sind,
- hilfebedürftig sind und
- ihren gewöhnlichen Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben.

Als erwerbsfähig gilt gem. § 8 SGB II, wer nicht durch Krankheit oder Behinderung auf absehbare Zeit außerstande ist, unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden täglich erwerbstätig zu sein. Hilfebedürftig ist gem. § 9 SGB II, wer seine Eingliederung in Arbeit sowie seinen Lebensunterhalt und den Lebensunterhalt der mit ihm in Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, v. a. nicht durch Aufnahme einer zumutbaren Arbeit oder dem zu berücksichtigenden Einkommen oder Vermögen sichern kann und die erforderliche Hilfe auch nicht von anderen (Angehörige, andere Leistungsträger) erhält. Hierzu gehören z. B. auch Jugendliche unter 18 Jahren, die eine Schule besuchen und in einer Bedarfsgemeinschaft leben.

Nicht erwerbsfähige Hilfebedürftige

Alle Personen innerhalb einer Bedarfsgemeinschaft, die noch nicht im erwerbsfähigen Alter sind (unter 15 Jahren) oder aufgrund ihrer gesundheitlichen Leistungsfähigkeit und evt. rechtlicher Einschränkungen nicht in der Lage sind, mindestens 3 Stunden täglich unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes zu arbeiten, können (bei Hilfebedürftigkeit) als nicht erwerbsfähige Mitglieder einer Bedarfsgemeinschaft Leistungen erhalten.

In Abgrenzung zum nicht erwerbsfähigen Hilfebedürftigen nach SGB II erhalten die nicht erwerbsfähigen Personen, die nicht in Bedarfsgemeinschaft mit einem erwerbsfähigen Hilfebedürftigen leben, Leistungen im Rahmen der Sozialhilfe gem. SGB XII.

Sozialgeld - Es handelt sich um die Geldleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts für nicht erwerbsfähige hilfebedürftige Angehörige und Partner, die mit dem Alg II-Bezieher in einer Bedarfsgemeinschaft leben und keinen Anspruch auf Grundsicherung für Ältere oder wegen Erwerbsminderung haben (§ 28 SGB II). Sie setzt sich zusammen aus:

- Regelleistung (§ 20 SGB II) - für Alg II und Sozialgeld gelten einheitliche, pauschalisierte Regelsätze,
- ggf. Leistungen für Mehrbedarfe beim Lebensunterhalt (§ 21 SGB II),
- Leistungen für Unterkunft und Heizung (§ 22 SGB II).

Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU)

Dies sind alle der Bedarfsgemeinschaft zu erbringenden Leistungen für Unterkunft und Heizung, im Rahmen der Gewährung von Leistungen zum Lebensunterhalt (§ 22 SGB II). Darin enthalten sind auch einmalige Kosten für Wohnungsbeschaffung sowie die Übernahme von Mietschulden (§ 22 Abs. 3 und 5).

Sozialversicherungsbeiträge

Sozialversicherungsbeiträge sind Beiträge zur Sozialversicherung der Empfänger von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (Krankenversicherung, Pflegeversicherung, Rentenversicherung) sowie die entsprechenden Zuschüsse zu Beiträgen bei Befreiung von der Versicherungspflicht.

Sonstige Leistungen SGB II

Als sonstige Leistungen werden insbesondere die nicht von der Regelleistung umfassten kommunalen Leistungen zusammengefasst. Hierunter fallen insbesondere:

- Erstausrüstung für die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten
- Erstausrüstung für Bekleidung einschließlich bei Schwangerschaft und Geburt
- mehrtägige Klassenfahrt im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen.

Arbeitslose in der Stadt Magdeburg nach Stadtteilen, Stand: Juni 2011

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit Nürnberg)

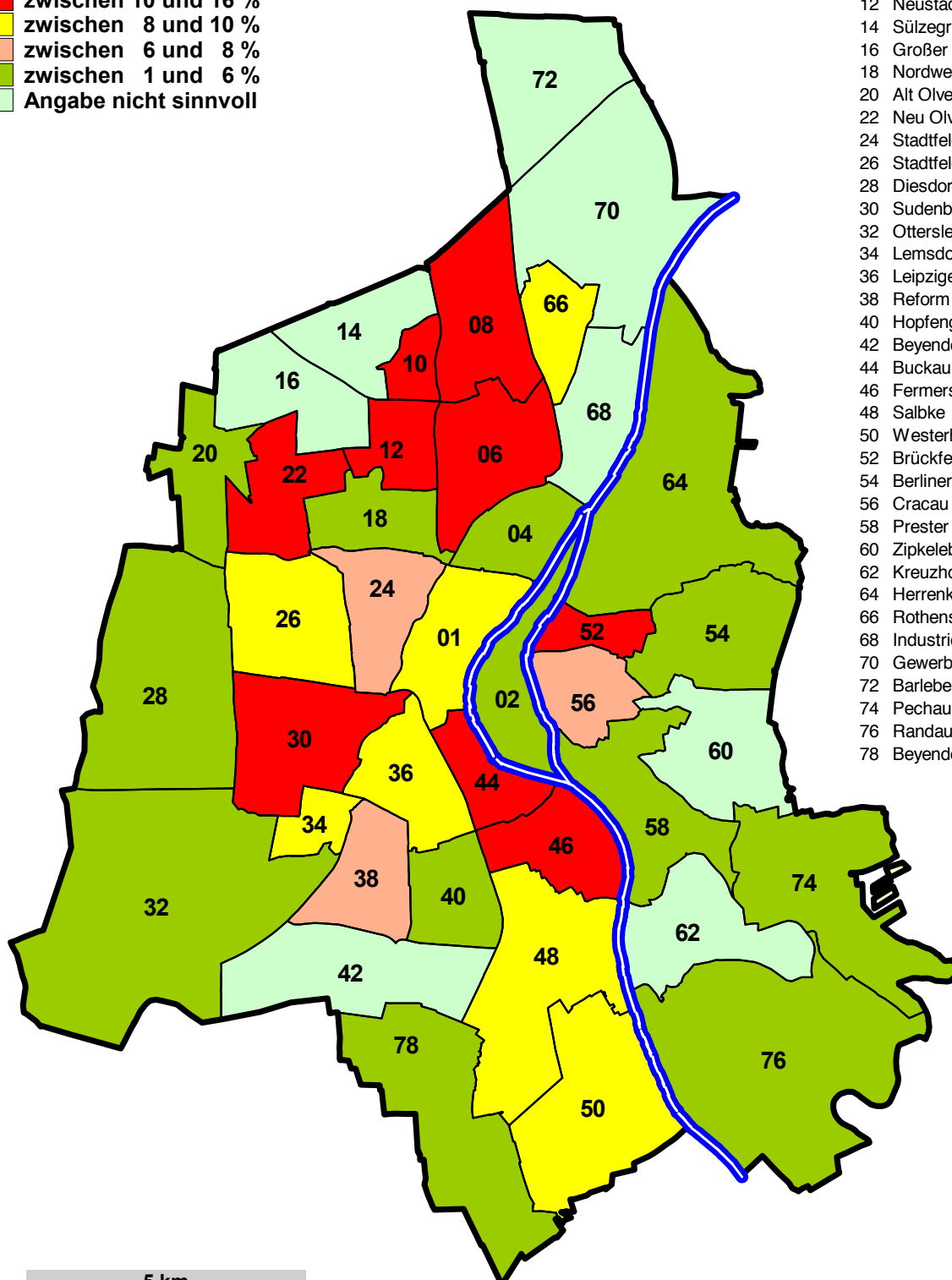
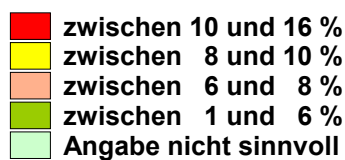
STT-Nr.	Stadtteil	Erwerbsfähige Bevölkerung ¹⁾			Arbeitslose			Anteil in % an 1)		
		Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen	Gesamt	Männer	Frauen
01	Altstadt	9 226	4 926	4 300	777	453	324	8,4	9,2	7,5
02	Werder	1 911	1 001	910	72	35	37	3,8	3,5	4,1
04	Alte Neustadt	7 123	3 862	3 261	377	219	158	5,3	5,7	4,8
06	Neue Neustadt	9 044	4 741	4 303	1 066	553	513	11,8	11,7	11,9
08	Neustädter See	6 744	3 384	3 360	803	420	383	11,9	12,4	11,4
10	Kannensstieg	3 730	1 769	1 961	481	240	241	12,9	13,6	12,3
12	Neustädter Feld	6 599	3 340	3 259	749	385	364	11,4	11,5	11,2
14	Sülzegrund	8	3	5	-	-	-	-	-	-
18	Nordwest	3 193	1 576	1 617	129	63	66	4,0	4,0	4,1
20	Alt Orlenstedt	2 910	1 464	1 446	108	67	41	3,7	4,6	2,8
22	Neu Orlenstedt	7 680	4 045	3 635	1 207	703	504	15,7	17,4	13,9
24	Stadtfeld Ost	17 362	8 617	8 745	1 183	640	543	6,8	7,4	6,2
26	Stadtfeld West	9 103	4 497	4 606	741	395	346	8,1	8,8	7,5
28	Diesdorf	2 358	1 203	1 155	100	54	46	4,2	4,5	4,0
30	Sudenburg	11 765	5 954	5 811	1 381	788	593	11,7	13,2	10,2
32	Ottersleben	7 202	3 648	3 554	302	159	143	4,2	4,4	4,0
34	Lemsdorf	1 445	756	689	120	64	56	8,3	8,5	8,1
36	Leipziger Straße	8 689	4 243	4 446	803	440	363	9,2	10,4	8,2
38	Reform	6 945	3 336	3 609	539	258	281	7,8	7,7	7,8
40	Hopfengarten	3 109	1 597	1 512	136	81	55	4,4	5,1	3,6
42	Beyendorfer Grund	12	8	4	-	-	-	-	-	-
44	Buckau	3 555	1 833	1 722	398	227	171	11,2	12,4	9,9
46	Fermersleben	2 264	1 182	1 082	354	203	151	15,6	17,2	14,0
48	Salbke	2 648	1 398	1 250	218	121	97	8,2	8,7	7,8
50	Westerhüsen	1 969	1 004	965	166	98	68	8,4	9,8	7,0
52	Brückfeld	2 095	1 100	995	236	139	97	11,3	12,6	9,7
54	Berliner Chaussee	1 441	722	719	58	34	24	4,0	4,7	3,3
56	Cracau	5 696	2 845	2 851	450	238	212	7,9	8,4	7,4
58	Prester	1 421	708	713	50	31	19	3,5	4,4	2,7
60	Zipkeleben	16	8	8	-	-	-	-	-	-
64	Herrenkrug	662	327	335	25	13	12	3,8	4,0	3,6
66	Rothensee	2 035	1 114	921	189	111	78	9,3	10,0	8,5
68	Industriehafen	32	19	13	8	5	3	-	-	-
70	Gewerbegebiet Nord	3	-	-	-	-	-	-	-	-
72	Barleber See	48	26	22	3	-	-	-	-	-
74	Pechau	389	191	198	16	9	7	4,1	4,7	3,5
76	Randau-Calenberge	367	202	165	10	3	7	2,7	1,5	4,2
78	Beyendorf-Sohlen	935	443	492	56	34	22	6,0	7,7	4,5
	keine Zuordnung möglich	-	-	-	32	18	14	-	-	-
	Magdeburg	151 639	77 093	74 546	13 394	7 345	6 049	8,8	9,5	8,1

1) Erwerbsfähige Bevölkerung zwischen 15 und unter 65 Jahren mit Hauptwohnsitz in Magdeburg
(Stand: 31.12.2010, Quelle: Einwohnermelderegister)

Arbeitslose in der Stadt Magdeburg nach Stadtteilen

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Stand Juni 2011

Anteil der Arbeitslosen an der erwerbsfähigen Bevölkerung



- 01 Altstadt
- 02 Werder
- 04 Alte Neustadt
- 06 Neue Neustadt
- 08 Neustädter See
- 10 Kannenstieg
- 12 Neustädter Feld
- 14 Sülzgrund
- 16 Großer Silberberg
- 18 Nordwest
- 20 Alt Olvenstedt
- 22 Neu Olvenstedt
- 24 Stadtfeld Ost
- 26 Stadtfeld West
- 28 Diesdorf
- 30 Sudenburg
- 32 Ottersleben
- 34 Lemsdorf
- 36 Leipziger Straße
- 38 Reform
- 40 Hopfengarten
- 42 Beyendorfer Grund
- 44 Buckau
- 46 Fermersleben
- 48 Salbke
- 50 Westerhüsen
- 52 Brückfeld
- 54 Berliner Chaussee
- 56 Cracau
- 58 Prester
- 60 Zipkeleben
- 62 Kreuzhorst
- 64 Herrenkrug
- 66 Rothensee
- 68 Industriehafen
- 70 Gewerbegebiet Nord
- 72 Barleber See
- 74 Pechau
- 76 Randau-Calenberge
- 78 Beyendorf-Sohlen



Arbeitslose in der Stadt Magdeburg nach Sozialgesetzbuch III nach Stadtteilen Stand: Juni 2011

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit Nürnberg)

STT-Nr.	Stadtteil	Arbeitslose nach SGB III	Arbeitslose										
			Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer	unter 20 Jahre	20 bis 24 Jahre	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter	Schwerbe- hinderte	die Vollzeit- beschäftigung suchen	die Teilzeitbe- schäftigung suchen
01	Altstadt	149	68	81	124	24	.	.	20	31	3	139	8
02	Werder	25	7	18	.	.	.	.	.	8	.	.	.
04	Alte Neustadt	94	52	42	84	10	.	12	12	31	8	78	11
06	Neue Neustadt	166	82	84	161	5	.	.	24	58	14	153	9
08	Neustädter See	140	67	73	136	4	.	21	21	60	12	122	14
10	Kannenstieg	85	41	44	.	.	.	9	9	55	3	74	8
12	Neustädter Feld	150	77	73	144	6	4	12	16	74	12	133	10
14	Sülzegrund	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
18	Nordwest	61	27	34	.	.	.	.	5	25	.	55	5
20	Alt Olvenstedt	63	38	25	.	.	.	.	13	21	7	57	4
22	Neu Olvenstedt	141	82	59	136	5	.	.	20	62	15	129	7
24	Stadtfeld Ost	255	119	136	247	8	.	.	18	70	10	236	12
26	Stadtfeld West	155	75	80	152	3	.	9	9	67	13	131	18
28	Diesdorf	48	23	25	48	.	.	4	4	22	.	42	5
30	Sudenburg	170	83	87	155	15	.	.	26	53	7	146	12
32	Ottersleben	130	61	69	130	.	.	.	12	62	8	111	18
34	Lemsdorf	26	15	11	26	.	.	.	.	8	3	22	4
36	Leipziger Straße	156	78	78	145	11	.	.	20	49	12	139	13
38	Reform	144	69	75	.	.	3	14	17	72	7	124	16
40	Hopfengarten	45	17	28	.	.	.	.	3	22	3	.	.
42	Beyendorfer Grund	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
44	Buckau	52	24	28	48	4	.	4	4	5	4	.	.
46	Fermersleben	50	26	24	47	3	.	11	11	13	3	46	3
48	Salbke	52	23	29	52	.	.	.	6	17	4	45	5
50	Westerhüsen	43	23	20	43	.	.	.	6	19	3	38	4
52	Brückfeld	49	26	23	46	3	.	.	9	13	4	46	3
54	Berliner Chaussee	32	16	16	32	.	.	.	.	19	3	25	5
56	Cracau	89	39	50	.	.	.	.	12	34	6	74	9
58	Prester	28	18	10	28	.	.	5	5	13	.	23	4
60	Zipkeleben	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
64	Herrenkrug	7	.	.	.	.	.	.	.	3	.	6	.
66	Rothensee	32	20	12	.	.	.	4	4	17	.	29	.
68	Industriehafen	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
70	Gewerbegebiet Nord	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
72	Barleber See	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
74	Pechau	10	4	6	10	.	.	.	.	.	.	9	.
76	Randau-Calenberge	6	.	6	6	.	.	.	.	.	.	4	.
78	Beyendorf-Sohlen	19	10	9	19	.	.	.	.	11	.	17	.
	keine Zuordnung möglich	19	14	5	.	.	.	.	.	4	.	.	.
	Magdeburg	2 701	1 330	1 371	2 587	113	24	293	317	1 023	172	2 388	221

Die geringfügigen Abweichungen zwischen der Anzahl der Arbeitslosen insgesamt und der Summe arbeitsloser Deutscher und Ausländer basieren auf fehlenden Werten in den Strukturdaten.

Arbeitslose in der Stadt Magdeburg nach Sozialgesetzbuch II nach Stadtteilen Stand: Juni 2011

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit Nürnberg)

STT-Nr.	Stadtteil	Arbeitslose nach SGB II	Arbeitslose										
			Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer	unter 20 Jahre	20 bis 24 Jahre	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter	Schwerbe- hinderte	die Vollzeit- beschäftigung suchen	die Teilzeitbe- schäftigung suchen
01	Altstadt	628	385	243	456	171	6	52	58	73	16	600	18
02	Werder	47	28	19	.	.	-	3	3	10	.	46	.
04	Alte Neustadt	283	167	116	266	17	6	21	27	40	19	269	9
06	Neue Neustadt	900	471	429	836	63	6	66	72	108	19	869	23
08	Neustädter See	663	353	310	616	47	6	45	51	96	28	634	20
10	Kannensstieg	396	199	197	375	21	3	29	32	58	13	379	13
12	Neustädter Feld	599	308	291	583	16	8	28	36	97	18	575	16
14	Sülzegrund	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
18	Nordwest	68	36	32	68	-	-	-	3	13	.	63	3
20	Alt Olvenstedt	45	29	16	.	.	-	4	4	4	-	44	-
22	Neu Olvenstedt	1 066	621	445	1 019	47	13	58	71	174	51	1 021	30
24	Stadtfeld Ost	928	521	407	853	75	11	74	85	97	29	873	47
26	Stadtfeld West	586	320	266	568	18	6	49	55	67	24	548	33
28	Diesdorf	52	31	21	52	-	-	3	3	6	.	50	.
30	Sudenburg	1 211	705	506	1 116	95	15	106	121	115	27	1 148	55
32	Ottersleben	172	98	74	163	9	.	.	13	30	5	162	7
34	Lemsdorf	94	49	45	91	3	.	.	9	7	-	90	3
36	Leipziger Straße	647	362	285	597	50	8	61	69	84	15	625	15
38	Reform	395	189	206	379	16	7	38	45	68	10	376	12
40	Hopfengarten	91	64	27	.	.	-	.	8	13	4	91	-
42	Beyendorfer Grund	.	.	-	.	-	-	-	-	-	-	.	-
44	Buckau	346	203	143	319	27	9	39	48	26	9	332	6
46	Fermersleben	304	177	127	297	7	4	33	37	31	5	294	6
48	Salbke	166	98	68	159	7	.	.	13	22	4	164	.
50	Westerhüsen	123	75	48	120	3	.	.	13	22	.	119	.
52	Brückfeld	187	113	74	184	3	.	.	17	27	6	176	5
54	Berliner Chaussee	26	18	8	26	-	-	.	.	7	-	.	.
56	Cracau	361	199	162	345	16	4	21	25	42	6	351	5
58	Prester	22	13	9	22	-	-	-	-	9	.	.	.
60	Zipkeleben	.	.	-	.	-	-	-	-	-	-	.	.
64	Herrenkrug	18	11	7	.	-	-	-	-	7	.	18	-
66	Rothensee	157	91	66	152	5	-	9	9	17	4	151	3
68	Industriehafen	7	.	.	7	-	-	-	-	-	-	7	-
70	Gewerbegebiet Nord	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
72	Barleber See	.	.	-	.	-	-	-	-	-	-	-	-
74	Pechau	6	5	.	6	-	-	-	-	-	-	-	-
76	Randau-Calenberge	4	3	.	4	-	-	-	-	3	.	3	.
78	Beyendorf-Sohlen	37	24	13	36	.	-	.	.	6	.	35	.
	keine Zuordnung möglich	13	4	9	10	3	.	3	3	.	.	9	3
	Magdeburg	10 693	6 015	4 678	9 965	726	127	819	946	1 387	323	10 215	344

Die geringfügigen Abweichungen zwischen der Anzahl der Arbeitslosen insgesamt und der Summe arbeitsloser Deutscher und Ausländer basieren auf fehlenden Werten in den Strukturdaten.

Arbeitslose in der Stadt Magdeburg Insgesamt nach Stadtteilen Stand: Juni 2011

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit Nürnberg)

STT-Nr.	Stadtteil	Arbeitslose insgesamt	Arbeitslose										
			Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer	unter 20 Jahre	20 bis 24 Jahre	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter	Schwerbehinderte	die Vollzeitbeschäftigung suchen	die Teilzeitbeschäftigung suchen
01	Altstadt	777	453	324	580	195	7	71	78	104	19	739	26
02	Werder	72	35	37	69	3	-	5	5	18	-	67	3
04	Alte Neustadt	377	219	158	350	27	6	33	39	71	27	347	20
06	Neue Neustadt	1 066	553	513	997	68	7	89	96	166	33	1 022	32
08	Neustädter See	803	420	383	752	51	6	66	72	156	40	756	34
10	Kannenberg	481	240	241	459	22	3	38	41	113	16	453	21
12	Neustädter Feld	749	385	364	727	22	12	40	52	171	30	708	26
14	Sülzegrund	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
18	Nordwest	129	63	66	-	-	4	4	8	38	3	118	8
20	Alt Olvenstedt	108	67	41	-	-	-	-	17	25	7	101	4
22	Neu Olvenstedt	1 207	703	504	1 155	52	14	77	91	236	66	1 150	37
24	Stadtfeld Ost	1 183	640	543	1 100	83	12	91	103	167	39	1 109	59
26	Stadtfeld West	741	395	346	720	21	6	58	64	134	37	679	51
28	Diesdorf	100	54	46	100	-	-	7	7	28	-	92	7
30	Sudenburg	1 381	788	593	1 271	110	16	131	147	168	34	1 294	67
32	Ottersleben	302	159	143	293	9	3	22	25	92	13	273	25
34	Lemsdorf	120	64	56	117	3	-	-	10	15	3	112	7
36	Leipziger Straße	803	440	363	742	61	9	80	89	133	27	764	28
38	Reform	539	258	281	522	17	10	52	62	140	17	500	28
40	Hopfengarten	136	81	55	-	-	-	-	11	35	7	134	-
42	Beyendorfer Grund	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
44	Buckau	398	227	171	367	31	9	43	52	31	13	379	8
46	Fermersleben	354	203	151	344	10	4	44	48	44	8	340	9
48	Salbke	218	121	97	211	7	3	16	19	39	8	209	6
50	Westerhüsen	166	98	68	163	3	-	-	19	41	5	157	5
52	Brückfeld	236	139	97	230	6	3	23	26	40	10	222	8
54	Berliner Chaussee	58	34	24	58	-	-	-	-	26	3	49	7
56	Cracau	450	238	212	432	18	5	32	37	76	12	425	14
58	Prester	50	31	19	50	-	-	5	5	22	-	44	5
60	Zipkeleben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
64	Herrenkrug	25	13	12	23	-	-	-	-	10	-	24	-
66	Rothensee	189	111	78	183	6	-	13	13	34	6	180	4
68	Industriehafen	8	5	3	8	-	-	-	-	-	-	8	-
70	Gewerbegebiet Nord	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
72	Barleber See	3	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-	-
74	Pechau	16	9	7	16	-	-	-	-	-	-	9	-
76	Randau-Calenberge	10	3	7	10	-	-	-	-	5	-	7	3
78	Beyendorf-Sohlen	56	34	22	55	-	-	-	3	17	3	52	4
	keine Zuordnung möglich	32	18	14	27	5	-	5	5	5	-	25	5
	Magdeburg	13 394	7 345	6 049	12 552	839	151	1 112	1 263	2 410	495	12 603	565

Die geringfügigen Abweichungen zwischen der Anzahl der Arbeitslosen insgesamt und der Summe arbeitsloser Deutscher und Ausländer basieren auf fehlenden Werten in den Strukturdaten.

Leistungsempfänger nach SGB III im März 2011

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit Nürnberg)

STT-Nr.	Stadtteil	Empfänger von Arbeitslosengeld		alle Leistungsempfänger, die monatlich bis zu 300,- Euro an ALG beziehen
		Gesamt	darunter Frauen	
01	Altstadt	156	64	25
02	Werder	26	16	4
04	Alte Neustadt	114	51	13
06	Neue Neustadt	230	91	36
08	Neustädter See	182	80	24
10	Kannenstieg	116	51	15
12	Neustädter Feld	189	89	24
14	Sülzegrund	.	.	.
18	Nordwest	67	34	6
20	Alt Olvenstedt	57	23	.
22	Neu Olvenstedt	218	80	33
24	Stadtfeld Ost	324	153	47
26	Stadtfeld West	177	67	9
28	Diesdorf	45	18	.
30	Sudenburg	305	120	34
32	Ottersleben	152	68	15
34	Lemsdorf	35	16	6
36	Leipziger Straße	219	94	29
38	Reform	174	82	29
40	Hopfengarten	70	29	7
42	Beyendorfer Grund	.	.	.
44	Buckau	81	40	16
46	Fermersleben	74	29	12
48	Salbke	85	32	7
50	Westerhüsen	42	13	5
52	Brückfeld	69	19	9
54	Berliner Chaussee	33	12	.
56	Cracau	132	69	7
58	Prester	23	8	.
64	Herrenkrug	9	7	.
66	Rothensee	130	40	12
72	Barleber See	3	.	.
74	Pechau	4	.	.
76	Randau-Calenberge	8	5	.
78	Beyendorf-Sohlen	21	10	.
	keine Zuordnung möglich	18	6	3
	Magdeburg	3 524	1 500	428

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort Magdeburg, Stand: Dezember 2010

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit Nürnberg)

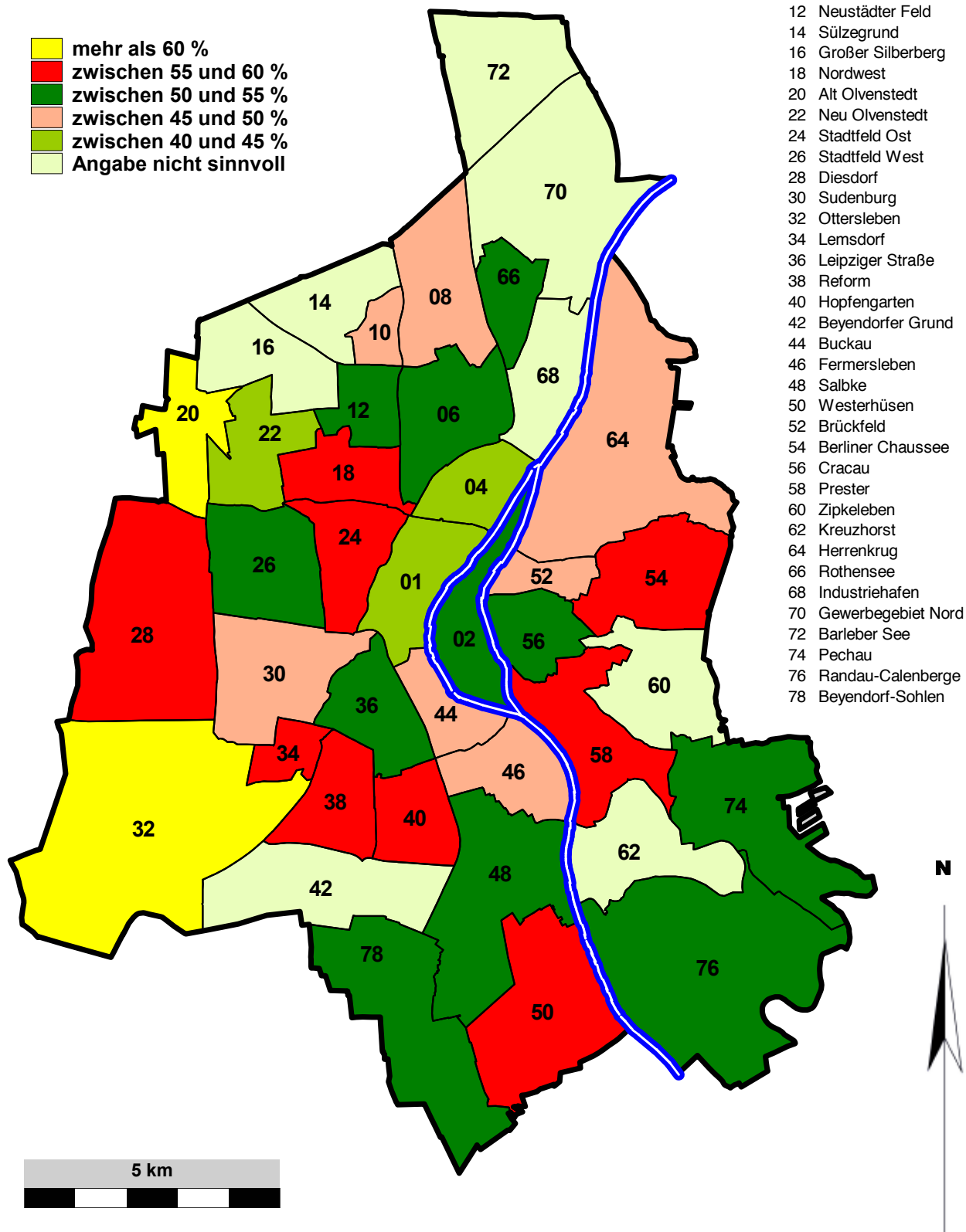
STT Nr.	Stadtteil	Erwerbsfähige Bevölkerung 1)			Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte							Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in % an 1)		
		Gesamt	Männlich	Weiblich	Insgesamt	Männer	Frauen	Deutsche	Ausländer und Sonstige	unter 20 Jahre	von 20 - 24 Jahre	Gesamt	Männer	Frauen
01	Altstadt	9 226	4 926	4 300	4 132	2 167	1 965	3 825	307	45	494	44,8	44,0	45,7
02	Werder	1 911	1 001	910	975	471	504	954	21	8	70	51,0	47,1	55,4
04	Alte Neustadt	7 123	3 862	3 261	3 120	1 599	1 521	2 958	162	44	397	43,8	41,4	46,6
06	Neue Neustadt	9 044	4 741	4 303	4 687	2 418	2 269	4 576	111	89	549	51,8	51,0	52,7
08	Neustädter See	6 744	3 384	3 360	3 105	1 593	1 512	3 060	45	89	290	46,0	47,1	45,0
10	Kannenstieg	3 730	1 769	1 961	1 738	850	888	1 713	25	38	160	46,6	48,0	45,3
12	Neustädter Feld	6 599	3 340	3 259	3 444	1 745	1 699	3 415	29	57	324	52,2	52,2	52,1
14	Sülzegrund	8	3	5	3	.	.	3	-	-	-	.	.	.
18	Nordwest	3 193	1 576	1 617	1 905	913	992	1 896	9	28	96	59,7	57,9	61,3
20	Alt Olvenstedt	2 910	1 464	1 446	1 800	859	941	1 796	4	39	122	61,9	58,7	65,1
22	Neu Olvenstedt	7 680	4 045	3 635	3 448	1 854	1 594	3 403	45	97	382	44,9	45,8	43,9
24	Stadtfeld Ost	17 362	8 617	8 745	9 778	4 723	5 055	9 593	185	120	1 007	56,3	54,8	57,8
26	Stadtfeld West	9 103	4 497	4 606	4 770	2 317	2 453	4 738	32	71	373	52,4	51,5	53,3
28	Diesdorf	2 358	1 203	1 155	1 398	688	710	1 396	.	13	103	59,3	57,2	61,5
30	Sudenburg	11 765	5 954	5 811	5 799	2 813	2 986	5 679	120	99	672	49,3	47,2	51,4
32	Ottersleben	7 202	3 648	3 554	4 336	2 106	2 230	4 317	19	88	280	60,2	57,7	62,7
34	Lemsdorf	1 445	756	689	831	431	400	826	5	11	82	57,5	57,0	58,1
36	Leipziger Straße	8 689	4 243	4 446	4 426	2 167	2 259	4 284	142	96	473	50,9	51,1	50,8
38	Reform	6 945	3 336	3 609	3 876	1 854	2 022	3 849	27	85	282	55,8	55,6	56,0
40	Hopfengarten	3 109	1 597	1 512	1 843	903	940	1 830	13	28	142	59,3	56,5	62,2
42	Beyendorfer Grund	12	8	4	8	5	3	8	-	-	-	.	.	.
44	Buckau	3 555	1 833	1 722	1 695	832	863	1 654	41	34	205	47,7	45,4	50,1
46	Fermersleben	2 264	1 182	1 082	1 068	561	507	1 055	13	19	115	47,2	47,5	46,9
48	Salbke	2 648	1 398	1 250	1 433	733	700	1 422	11	28	120	54,1	52,4	56,0
50	Westerhüsen	1 969	1 004	965	1 120	568	552	1 115	5	23	74	56,9	56,6	57,2
52	Brückfeld	2 095	1 100	995	1 046	526	520	1 023	23	22	116	49,9	47,8	52,3
54	Berliner Chaussee	1 441	722	719	807	411	396	804	3	19	36	56,0	56,9	55,1
56	Cracau	5 696	2 845	2 851	2 965	1 415	1 550	2 937	28	52	243	52,1	49,7	54,4
58	Prester	1 421	708	713	847	409	438	842	5	16	56	59,6	57,8	61,4
60	Zipkeleben	16	8	8	13	5	8	13	-	.	-	.	.	.
64	Herrenkrug	662	327	335	323	152	171	317	6	.	21	48,8	46,5	51,0
66	Rothensee	2 035	1 114	921	1 073	560	513	1 063	10	13	99	52,7	50,3	55,7
68	Industriehafen	32	19	13	15	7	8	15	-	-	.	46,9	36,8	61,5
70	Gewerbegebiet Nord	3	.	.	9	5	4	6	3	.	-	.	.	.
72	Barleber See	48	26	22	31	18	13	31	-	-	.	.	.	.
74	Pechau	389	191	198	212	94	118	211	.	4	11	54,5	49,2	59,6
76	Randau-Calenberge	367	202	165	201	102	99	200	.	.	8	54,8	50,5	60,0
78	Beyendorf-Sohlen	935	443	492	485	242	243	483	-	6	22	51,9	54,6	49,4
	keine Zuordnung möglich	-	-	-	650	325	325	641	9	8	65	-	-	-
	Magdeburg	151 639	77 093	74 546	79 415	39 443	39 972	77 951	1 464	1 394	7 491	52,4	51,2	53,6

1) Erwerbsfähige Bevölkerung zwischen 15 und unter 65 Jahren mit Hauptwohnsitz in Magdeburg (Stand: 31.12.2010, Quelle: Einwohnermelderegister)

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort Magdeburg

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Stand Dezember 2010

Anteil Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte an der erwerbsfähigen Bevölkerung



Bedarfsgemeinschaften nach dem Sozialgesetzbuch II im März 2011 in der Stadt Magdeburg nach Stadtteilen

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit Nürnberg)

STT-Nr.	Stadtteil	Bedarfsgemeinschaften											Personen insgesamt
		Anzahl insgesamt	mit 1 Person	mit 2 Personen	mit 3 und mehr Personen	mit 1 erwerbsfähigen Hilfebedürftigen	mit 2 und mehr erwerbsfähigen Hilfebedürftigen	mit 1 Kind	mit 2 und mehr Kindern	mit Leistungen zum Lebensunterhalt (ALGII)	mit Leistungen für Unterkunft	mit Sozialgeld	
01	Altstadt	1 161	748	197	216	858	298	142	126	1 050	1 139	155	2 023
02	Werder	102	66	22	14	82	20	14	9	97	98	8	161
04	Alte Neustadt	589	358	133	98	433	150	82	61	513	566	52	1 001
06	Neue Neustadt	1 757	1 131	378	248	1 356	398	231	131	1 547	1 717	152	2 791
08	Neustädter See	1 276	756	212	308	922	353	154	182	1 157	1 256	182	2 330
10	Kannenstieg	756	408	192	156	533	222	119	89	673	743	89	1 359
12	Neustädter Feld	1 103	614	282	207	800	302	185	105	955	1 087	117	1 908
14	Sülzgrund	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
18	Nordwest	131	.	31	12	96	35	14	.	118	127	7	189
20	Alt Olvenstedt	107	63	21	23	79	28	15	13	98	97	9	188
22	Neu Olvenstedt	1 973	1 203	420	350	1 436	536	240	182	1 790	1 937	225	3 331
24	Stadtfeld Ost	1 858	1 137	376	345	1 393	455	306	182	1 624	1 820	205	3 175
26	Stadtfeld West	1 157	667	271	219	870	281	208	120	1 018	1 131	124	1 975
28	Diesdorf	104	71	18	15	81	23	13	7	92	96	6	159
30	Sudenburg	2 191	1 337	457	397	1 665	520	355	215	1 937	2 150	253	3 695
32	Ottersleben	324	182	85	57	227	94	58	25	285	297	34	557
34	Lemsdorf	192	142	27	23	155	36	18	12	168	185	10	273
36	Leipziger Straße	1 343	852	277	214	1 032	308	181	124	1 171	1 317	124	2 178
38	Reform	858	478	230	150	633	221	156	84	753	840	96	1 465
40	Hopfengarten	181	149	22	10	159	22	9	5	157	170	4	228
42	Beyendorfer Grund	3	.	.	.	.	.	.	.	.	3	.	4
44	Buckau	650	428	119	103	499	151	79	57	591	635	62	1 051
46	Fermersleben	578	399	103	76	470	105	74	44	514	568	44	880
48	Salbke	311	196	69	46	243	68	50	23	280	298	26	496
50	Westerhüsen	208	123	43	42	148	60	33	20	181	199	21	358
52	Brückfeld	312	179	71	62	218	94	49	32	283	309	38	557
54	Berliner Chaussee	45	24	13	8	25	19	8	.	43	39	6	79
56	Cracau	782	497	160	125	603	176	129	59	681	767	64	1 248
59	Presten	40	24	11	5	28	12	.	.	35	36	.	63
60	Zipkeleben	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
64	Herrenkrug	40	21	14	5	26	14	4	3	32	39	5	65
66	Rothensee	285	179	63	43	219	65	31	24	255	268	21	448
68	Industriehafen	10	9	.	.	9	.	.	.	10	10	.	13
70	Gewerbegebiet Nord	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	4
72	Barleber See	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.	.
74	Pechau	17	10	5	.	12	5	.	.	16	17	.	30
76	Randau-Calenberge	14	8	.	4	9	5	3	.	13	11	3	25
78	Beyendorf-Sohlen	56	35	13	8	40	16	7	5	51	53	7	93
	keine Zuordnung möglich	111	100	9	.	103	8	5	.	96	49	.	124
	Magdeburg	20 631	12 688	4 349	3 594	15 468	5 104	2 977	1 948	18 292	20 079	2 154	34 528

Erwerbsfähige Hilfebedürftige Sozialgesetzbuch II im März 2011 in der Stadt Magdeburg nach Stadtteilen

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit Nürnberg)

Quelle: Bundesagentur für Arbeit Nürnberg													
STT-Nr.	Stadtteil	Erwerbsfähige Hilfebedürftige											Nichterwerbsfähige Hilfebedürftige
		Insgesamt	Arbeitslose erwerbsfähige Hilfebedürftige	Allein-erziehende	Deutsche				Ausländer				
					Männer		Frauen		Männer		Frauen		
					Jugendliche unter 25 Jahren	Erwachsene 25 Jahre und älter	Jugendliche unter 25 Jahren	Erwachsene 25 Jahre und älter	Jugendliche unter 25 Jahren	Erwachsene 25 Jahre und älter	Jugendliche unter 25 Jahren	Erwachsene 25 Jahre und älter	
01	Altstadt	1 532	572	130	78	492	72	373	33	215	51	203	491
02	Werder	124	48	16	7	57	6	45	-	-	-	7	37
04	Alte Neustadt	770	276	88	55	309	52	278	7	29	9	24	231
06	Neue Neustadt	2 212	909	257	167	891	166	805	20	72	8	77	579
08	Neustädter See	1 719	630	192	133	661	137	654	11	52	10	58	611
10	Kannenstieg	1 025	370	136	58	382	95	428	5	28	6	21	334
12	Neustädter Feld	1 455	519	207	100	576	119	616	5	18	-	18	453
14	Sülzegrund	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
18	Nordwest	169	62	10	8	77	8	75	-	-	-	-	20
20	Alt Olvenstedt	144	49	16	5	72	10	51	-	-	-	-	44
22	Neu Olvenstedt	2 633	976	277	198	1 156	194	985	7	41	5	45	698
24	Stadtfeld Ost	2 385	870	310	159	916	185	892	23	86	23	101	790
26	Stadtfeld West	1 473	486	237	102	607	128	589	-	14	-	30	502
28	Diesdorf	130	46	16	7	67	9	47	-	-	-	-	29
30	Sudenburg	2 795	1 075	368	159	1 142	278	971	17	114	13	99	900
32	Ottersleben	432	152	53	24	194	24	177	-	7	-	5	125
34	Lemsdorf	230	80	17	10	107	13	94	-	4	-	-	43
36	Leipziger Straße	1 701	565	206	122	630	132	663	3	66	7	66	477
38	Reform	1 107	361	170	67	423	90	487	-	14	-	21	358
40	Hopfengarten	207	79	10	13	111	11	68	-	-	-	-	21
42	Beyendorfer Grund	4	-	-	-	3	-	-	-	-	-	-	-
44	Buckau	832	304	77	55	339	79	275	4	37	3	38	219
46	Fermersleben	696	264	74	40	315	64	262	-	4	-	9	184
48	Salbke	386	154	51	25	187	22	138	-	8	-	5	110
50	Westerhüsen	274	108	33	14	133	25	98	-	-	-	-	84
52	Brückfeld	424	157	46	34	184	28	161	-	9	-	7	133
54	Berliner Chaussee	67	21	3	4	32	4	25	-	-	-	-	12
56	Cracau	977	353	116	63	395	82	380	-	28	5	23	271
59	Prester	54	22	-	-	29	-	20	-	-	-	-	9
60	Zipkeleben	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
64	Herrenkrug	54	18	5	6	23	-	21	-	-	-	-	11
66	Rothensee	360	143	45	19	170	28	134	-	4	-	5	88
68	Industriehafen	12	8	-	-	8	-	3	-	-	-	-	-
70	Gewerbegebiet Nord	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
72	Barleber See	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
74	Pechau	23	8	-	-	10	-	10	-	-	-	-	7
76	Randau-Calenberge	20	8	-	-	10	-	7	-	-	-	-	5
78	Beyendorf-Sohlen	75	33	7	5	38	-	28	-	-	-	-	18
	keine Zuordnung	119	65	3	27	59	11	18	-	3	-	-	5
	Magdeburg	26 628	9 796	3 182	1 769	10 811	2 080	9 880	144	866	151	873	7 900

SGBII-Leistungen in EURO in der Stadt Magdeburg nach Stadtteilen, Stand: März 2011

(Quelle: Bundesagentur für Arbeit Nürnberg)

STT-Nr.	Stadtteil	SGBII-Leistungen insgesamt	Leistungen zum Lebensunterhalt	Leistungen für Unterkunft	Sozialgeld	Sozialversiche- rungsbeiträge	Sonstige Leistungen
in EURO							
01	Altstadt	924 253,71	398 146,34	360 456,07	13 273,68	144 535,51	4 296,46
02	Werder	78 580,30	33 742,28	30 421,30	411,27	13 649,30	-
04	Alte Neustadt	439 594,98	189 551,47	171 725,53	4 531,49	72 331,39	588,60
06	Neue Neustadt	1 302 244,18	550 054,05	513 183,40	13 393,91	218 783,96	4 335,45
08	Neustädter See	1 004 106,73	433 377,93	385 096,97	15 013,92	164 622,31	4 802,63
10	Kannenstieg	580 813,71	250 445,23	223 377,55	6 586,11	97 198,82	1 997,98
12	Neustädter Feld	811 108,08	343 780,20	319 137,13	8 100,20	136 593,58	2 834,97
14	Sülzegrund	275,67	175,14	100,53	-	-	-
18	Nordwest	91 823,35	39 866,46	35 374,04	620,79	14 954,22	-
20	Alt Olvenstedt	76 246,77	34 141,13	27 211,55	541,69	14 058,93	-
22	Neu Olvenstedt	1 511 369,52	676 610,14	555 530,10	16 624,66	256 755,05	4 826,82
24	Stadtfeld Ost	1 405 057,91	585 978,18	560 613,46	16 561,49	229 563,85	3 497,53
26	Stadtfeld West	878 547,10	373 297,86	343 745,78	8 532,12	144 755,37	4 653,24
28	Diesdorf	68 643,97	32 298,43	22 922,53	582,57	11 765,27	-
30	Sudenburg	1 695 338,54	720 227,17	663 897,29	21 271,42	276 491,73	6 589,21
32	Ottersleben	230 438,51	102 286,98	83 518,34	2 489,79	38 836,05	1 014,97
34	Lemsdorf	131 898,98	54 507,74	53 340,48	608,53	22 542,85	-
36	Leipziger Straße	1 010 208,92	425 343,65	400 748,75	10 209,32	166 275,59	5 133,13
38	Reform	625 532,05	259 485,42	253 275,48	6 684,20	103 132,19	763,96
40	Hopfengarten	124 214,88	52 679,67	49 086,75	511,01	20 753,98	710,20
42	Beyendorfer Grund	1 504,67	519,28	757,40	-	227,99	-
44	Buckau	500 723,24	214 538,81	195 819,42	5 062,78	81 512,55	2 374,45
46	Fermersleben	424 142,30	178 005,38	168 324,87	2 719,71	72 880,07	937,00
48	Salbke	223 283,04	96 183,43	84 856,84	1 863,56	39 294,76	336,96
50	Westerhüsen	148 652,18	64 741,47	54 852,26	1 519,99	26 223,62	258,00
52	Brückfeld	239 148,23	105 082,06	91 584,40	2 691,86	39 343,03	297,50
54	Berliner Chaussee	31 006,76	16 708,94	8 003,00	339,07	5 806,37	-
56	Cracau	570 598,27	232 627,97	236 031,89	4 446,76	93 411,99	3 081,99
58	Prester	26 967,10	12 132,69	10 448,51	192,00	3 836,93	-
60	Zipkeleben	624,25	364,00	110,87	-	149,38	-
64	Herrenkrug	30 438,58	11 826,45	12 230,76	643,09	5 389,52	50,00
66	Rothensee	208 474,48	88 888,47	78 617,70	1 163,50	35 594,81	3 555,11
68	Industriehafen	7 367,82	3 183,01	2 782,27	48,54	1 354,00	-
70	Gewerbegebiet Nord	1 171,17	459,15	82,65	-	149,38	479,99
72	Barleber See	1 255,29	728,00	228,53	-	298,76	-
74	Pechau	12 165,96	5 596,76	4 217,74	275,59	2 075,87	-
76	Randau-Calenberge	10 537,63	4 887,22	4 224,43	102,00	1 174,60	-
78	Beyendorf-Sohlen	41 280,87	19 709,87	13 667,07	540,05	7 363,88	-
	keine Zuordnung möglich	53 757,31	28 874,51	12 935,61	-	10 810,40	606,99
	Magdeburg	15 523 397,01	6 641 052,94	6 032 539,25	168 156,67	2 574 497,86	58 023,14

6 Private Haushalte – Einkommen, Ausgaben, Ausstattung

6.1 Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung privater Haushalte, private Überschuldung

Claudia Finke
Kristina Kott

Wie hoch sind die Einkommen und Einnahmen der privaten Haushalte in Deutschland? Aus welchen Quellen beziehen die Haushalte ihre Einnahmen? Wofür verwenden die Haushalte ihr Geld? In welcher Höhe sind sie mit Abgaben an den Staat belastet? Inwieweit unterscheiden sich die Einkommens- und Ausgabenstrukturen unterschiedlicher Haushaltsgruppierungen? Wie ist die Ausstattung der Haushalte mit traditionellen technischen Gütern und neuen Technologien? Die Einnahmen, Ausgaben und Ausstattung der privaten Haushalte in Verbindung mit sozioökonomischen Merkmalen zeichnen ein Bild der unterschiedlichen Lebensbedingungen in Deutschland.

Im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Im Rahmen dieser amtlichen Erhebung werden die privaten Haushalte alle fünf Jahre unter anderem zu ihren Einnahmen und Ausgaben sowie zu ihrer Ausstattung mit Gebrauchsgütern befragt. Es werden die aktuell vorliegenden Ergebnisse der EVS 2008 sowie für Zeitreihenvergleiche die der Jahre 1993, 1998 und 2003 herangezogen. In der Erhebung sind nur solche Haushalte vertreten, die sich auf Grund von Werbemaßnahmen der Statistischen Landesämter und des Statistischen Bundesamtes bereit erklärten, freiwillig Angaben zu machen sowie Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 18 000 Euro. An der EVS nehmen rund 60 000 Haushalte teil. Zum Stichtag am 1. Januar geben die Haus-

halte Auskunft über ihre Ausstattung mit ausgewählten Gebrauchsgütern. Zur Anschreibung der Einnahmen und Ausgaben führen sie drei Monate hintereinander ein Haushaltsbuch.

Aktuelle Angaben zur Anzahl der Personen, die von Überschuldung betroffen sind, gibt es nicht. Die amtliche Statistik liefert jedoch Informationen zur Anzahl der privaten Schuldner, die ein Insolvenzverfahren in Anspruch nehmen. Dieses Verfahren eröffnet Privatpersonen seit

1999 die Möglichkeit, nach einer »Wohlverhaltensphase« von ihren Restschulden befreit zu werden. Die Überschuldungsstatistik stellt darüber hinaus Informationen zu den sozioökonomischen Strukturen überschuldeter Personen bereit. Zudem gibt die Erhebung einen Überblick über die Auslöser der finanziellen Notlage sowie über die Art und Anzahl der Hauptgläubiger. Die Daten in Abschnitt 6.1.6 beruhen auf den Angaben der Schuldnerberatungsstellen und den Auskünften der Insolvenzgerichte.

Haushaltsbruttoeinkommen, Haushaltsnettoeinkommen

Haushaltsbruttoeinkommen

Die Einnahmen eines Haushalts aus

- > selbstständiger und unselbstständiger Erwerbstätigkeit,
- > Vermögen,
- > öffentlichen und nichtöffentlichen Transferzahlungen (z.B. Arbeitslosengeld) und
- > Untervermietung

bilden das Haushaltsbruttoeinkommen.

Das Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit sowie die öffentlichen Transferzahlungen (z.B. Renten, Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Kindergeld) werden personenbezogen erfasst, das heißt für jedes Haushaltsmitglied einzeln. Zum Bruttoeinkommen aus Erwerbstätigkeit zählen auch Sonderzahlungen, Weihnachtsgeld, zusätzliche Monatsgehälter sowie Urlaubsgeld. Das Einkommen aus unselbstständiger Erwerbstätigkeit enthält keine Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Einkünfte aus nichtöffentlichen Transferzahlungen (außer Betriebs- und Werksrenten), Einkünfte aus Vermögen sowie aus Vermietung und Verpachtung werden nicht personenbezogen, sondern für den Haushalt insgesamt erfasst. Die Einnahmen aus Vermögen beinhalten (nach internationalen Konventionen) eine so genannte unterstellte Eigentütermiete (Nettowert). Aufwendungen für die Instandhaltung des selbstgenutzten Wohneigentums werden von der errechneten Eigentütermiete abgezogen.

Haushaltsnettoeinkommen

Das Haushaltsnettoeinkommen errechnet sich, indem vom Haushaltsbruttoeinkommen Einkommensteuer, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag sowie die Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung (Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, zur gesetzlichen Rentenversicherung sowie zur gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung) abgezogen werden.

6.1.1 Bruttoeinkommen privater Haushalte

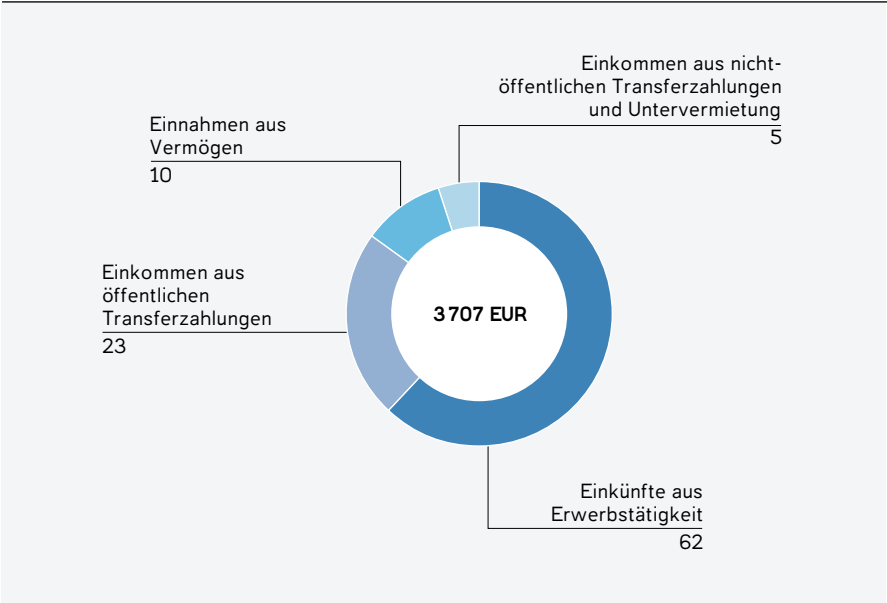
Ein erster Indikator für die Darstellung der Einkommens- und Ausgabensituation privater Haushalte ist das Haushaltsbruttoeinkommen, das sich aus verschiedenen Einkommensarten zusammensetzt.



Haushaltsbruttoeinkommen – Struktur, Entwicklung und regionaler Vergleich

Das durchschnittliche monatliche Bruttoeinkommen der Privathaushalte in Deutschland belief sich 2008 auf 3 707 Euro. Wichtigste Einnahmequelle waren mit einem Anteil von 62 % die Einkünfte aus Erwerbstätigkeit: Durchschnittlich 2 295 Euro im Monat stammten aus unselbstständiger und selbstständiger Tätigkeit. Dabei machten mit knapp 56 % die Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit (2 056 Euro) den Großteil aus, der Anteil der Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit belief sich auf gut 6 % (239 Euro). Etwa 23 % ihres Bruttoeinkommens beziehungsweise durchschnittlich 842 Euro im Monat erhielten die privaten Haushalte in Deutschland durch öffentliche Transferleistungen wie Renten der gesetzlichen Rentenversicherung, staatliche Pensionen, Kindergeld, Arbeitslosengeld (ALG) I und II sowie Sozialhilfe. Etwas mehr als 10 % vom Bruttoeinkommen stammten aus Vermögens-

Abb. 1: Struktur des Haushaltsbruttoeinkommens privater Haushalte 2008, in %



einnahmen (385 Euro). Den geringsten Anteil mit durchschnittlich zusammen 5 % hatten Einnahmen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen (183 Euro) und aus Untervermietung (1 Euro). ➔ Abb. 1

Das monatliche Haushaltsbruttoeinkommen war 2008 im Vergleich zu 2003 (3 561 Euro) um 4,1 % höher. Die verschiedenen Einkommensarten haben sich unterschiedlich entwickelt: Während der Einkommensanteil aus unselbstständiger Tätigkeit im Vergleich zu 2003 um mehr als drei Prozentpunkte (+ 194 Euro) ge-

stiegen ist, blieb der Anteil der Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit nahezu unverändert (+ 0,5 Prozentpunkte beziehungsweise + 29 Euro). Leicht rückläufig waren 2008 die Einnahmen aus öffentlichen Transferleistungen: Im Jahr 2003 stammte noch durchschnittlich gut ein Viertel des monatlichen Bruttoeinkommens aus öffentlicher Hand. 2008 waren es knapp drei Prozentpunkte (– 64 Euro) weniger. Einnahmen aus Vermögen und aus nichtöffentlichen Transferzahlungen wiesen 2008 anteilig kaum Veränderungen gegenüber 2003 auf. ➔ Tab. 1

Tab. 1: Bruttoeinkommen privater Haushalte

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)	
	2003	2008	2003	2008	2003	2008
Anzahl der erfassten Haushalte	53 432	55 110	42 710	42 341	10 722	12 769
Hochgerechnete Haushalte (1000)	38 110	39 409	31 018	32 087	7 092	7 322
Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR						
Haushaltsbruttoeinkommen	3 561	3 707	3 729	3 899	2 825	2 867
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	1 862	2 056	1 961	2 165	1 428	1 580
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	210	239	230	261	124	143
Einnahmen aus Vermögen	399	385	438	425	225	211
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	906	842	897	846	946	825
Einkommen aus nichtöffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung	185	184	203	202	103	107

Der regionale Vergleich zeigt, dass sowohl die Höhe als auch die Struktur des Haushaltsbruttoeinkommens bei den Haushalten im früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern und Berlin-Ost unterschiedlich sind: Zum einen verfügten die Haushalte im Westen über ein monatliches Bruttoeinkommen von 3 899 Euro, im Osten aber standen lediglich 74 % (2 867 Euro) des Westniveaus zur Verfügung. Zum anderen war im Osten der Anteil der Einnahmen aus öffentlichen Transferzahlungen am gesamten Bruttoeinkommen mit fast 29 % um sieben Prozentpunkte höher als im früheren Bundesgebiet. Dagegen waren in den neuen Ländern die Einnahmen aus selbstständiger Arbeit (5 %) und aus Vermögen (rund 7 %) niedriger als im Westen (knapp 7 % bzw. knapp 11 %).

Haushaltsbruttoeinkommen nach Haushaltstyp

Die Höhe des Bruttoeinkommens privater Haushalte hängt auch vom Haushaltstyp ab. Den größten Anteil der Privathaushalte stellten 2008 mit 39 % die Alleinlebenden, 29 % waren Paarhaushalte. In 15 % der Haushalte lebten Paare mit Kindern unter 18 Jahren und 3 % der Haushalte waren die von Alleinerziehenden. Die höchsten Bruttoeinkommen fanden sich 2008 in den Haushalten von Paaren mit Kind(ern) (5 441 Euro) und Paaren ohne Kind (4 230 Euro). Alleinerziehende bezogen monatlich ein Haushaltsbruttoeinkommen von durchschnittlich 2 327 Euro. Alleinlebende verfügten mit durchschnittlich 2 193 Euro über das geringste Bruttoeinkommen.  → **Tab. 2**

Vor allem in Bezug auf die Zusammensetzung des Haushaltsbruttoeinkommens zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den einzelnen Haushaltstypen – hier spiegeln sich die jeweiligen demografischen Besonderheiten wider. Bei den Paarhaushalten mit Kind(ern) sind die Eltern fast ausnahmslos im erwerbsfähigen Alter. In 97 % der Haushalte war die Haupteinkommensperson unter 55 Jahre alt. In der Regel gehen meist ein oder

Haushaltstyp

Die EVS weist Ergebnisse für folgende Haushaltstypen nach: Alleinlebende, Alleinerziehende, Paare mit und ohne Kind(er) sowie sonstige Haushalte.

Der Haushaltstyp Paare umfasst Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften einschließlich gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften.

Bei Alleinerziehenden und Paaren mit Kind(ern) stehen die Ergebnisse auch nach Anzahl der in diesen Haushalten lebenden Kinder zur Verfügung. Als Kinder zählen alle ledigen Kinder unter 18 Jahren der Haupteinkommensbezieherinnen und -bezieher oder deren (Ehe-)Partner und Partnerinnen beziehungsweise von deren gleichgeschlechtlichen Lebenspartner(innen).

Leben weitere Personen (z. B. Schwiegereltern, volljährige Kinder) in den Haushalten, werden diese Haushalte stets der Gruppe »sonstige Haushalte« zugeordnet. Wegen der Vielfalt bei der Zusammensetzung der »sonstigen Haushalte« wird dieser Haushaltstyp bei der Betrachtung hier nicht mitberücksichtigt.

beide Elternteile einer Erwerbstätigkeit nach: In 93 % der Haushalte war die Haupteinkommensperson erwerbstätig, nur in 5 % der Haushalte dieses Typs war sie arbeitslos. Diese Haushalte bezogen 2008 dementsprechend mit rund 75 % (4 090 Euro) den Großteil ihres Bruttoeinkommens aus selbstständiger oder unselbstständiger Arbeit. Bei den Haushalten von Alleinlebenden, Paaren ohne Kind und Alleinerziehenden war dieser Anteil deutlich geringer und lag bei etwas mehr als der Hälfte des Bruttoeinkommens: Bei Alleinlebenden stammten knapp 56 % (1 220 Euro) des Bruttoeinkommens aus unselbstständiger oder

selbstständiger Arbeit. Bei Alleinerziehenden waren es mit knapp 55 % (1 275 Euro) etwas weniger. Paarhaushalte ohne Kind bezogen mit etwas weniger als 53 % (2 227 Euro) den geringsten Anteil ihres Bruttoeinkommens aus Erwerbstätigkeit. Dafür spielten bei diesen drei Haushaltstypen Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen eine wesentlich größere Rolle als bei den anderen Haushaltstypen. Während die Paarhaushalte mit Kindern weniger als 12 % ihres Einkommens aus solchen Transfers bezogen, waren es bei Paaren ohne Kind knapp 30 %, bei Alleinlebenden mehr als 29 % und bei Alleinerziehenden rund 26 %. → **Tab. 3**

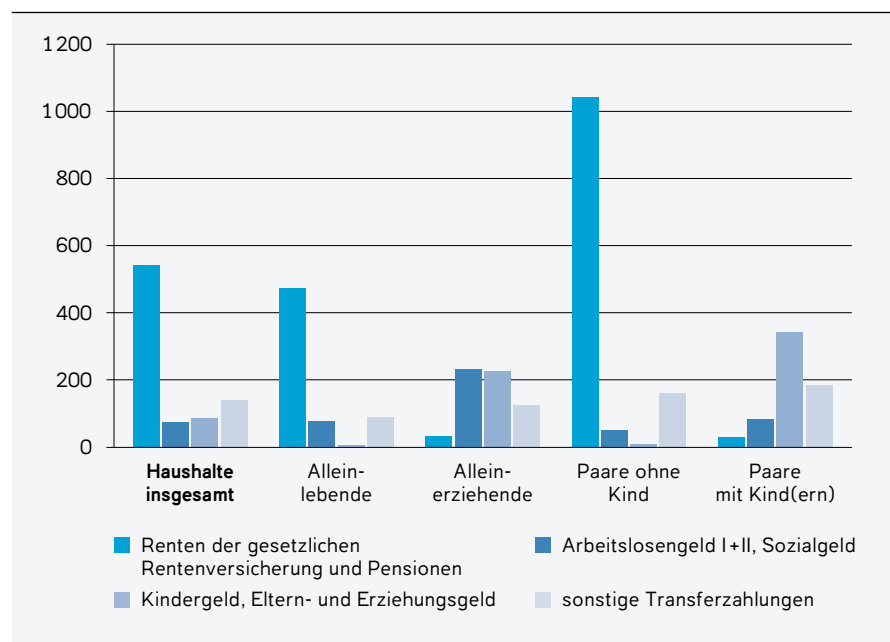
Tab. 2: Einnahmen nach dem Haushaltstyp 2008

	Alleinlebende	Alleinerziehende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind(ern)
	Durchschnitt je Haushalt und Monat in EUR			
Bruttoeinkommen aus unselbstständiger Arbeit	1 104	1 171	1 984	3 602
Bruttoeinkommen aus selbstständiger Arbeit	116	104	243	488
Einnahmen aus Vermögen	190	137	509	540
Einkommen aus öffentlichen Transferzahlungen	645	614	1 261	640
Einkommen aus nicht-öffentlichen Transferzahlungen und aus Untervermietung	137	301	233	171
Haushaltsbruttoeinkommen	2 193	2 327	4 230	5 441
- Steuern und Abgaben	467	384	843	1 250
Haushaltsnettoeinkommen	1 726	1 943	3 387	4 191

Tab. 3: Soziodemografische und -ökonomische Strukturen privater Haushalte 2008

	Hochgerechnete Haushalte	
	Anzahl in 1000	Anteil in %
Haushalte insgesamt	39 409	100
Haushaltstyp		
Alleinlebende	15 537	39,4
Alleinerziehende	1 339	3,4
Paare ohne Kind	11 441	29,0
Paare mit Kind(ern)	5 940	15,1
Sonstige Haushalte	5 152	13,1
Soziale Stellung der Haupteinkommensperson		
Selbstständige	2 459	6,2
Arbeitnehmer/-innen	20 748	52,6
Arbeitslose	3 064	7,8
Nichterwerbstätige	13 138	33,3
darunter:		
Rentner/-innen	10 419	26,4
Pensionäre/ Pensionärinnen	1 443	3,7
Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR		
unter 900	3 437	8,7
900-1 300	4 513	11,5
1 300-1 500	2 273	5,8
1 500-2 000	5 807	14,7
2 000-2 600	5 666	14,4
2 600-3 600	6 806	17,3
3 600-5 000	5 744	14,6
5 000-18 000	5 163	13,1

Abb. 2: Öffentliche Transferzahlungen 2008 in EUR



In der Zusammensetzung der öffentlichen Transfereinkommen gab es bei den drei zuletzt genannten Haushaltstypen deutliche Unterschiede. Bei den Paarhaushalten ohne Kind und bei den Alleinlebenden war der Anteil der Personen im Rentenalter beträchtlich. Mit 37 % bezogen mehr als ein Drittel der Alleinlebenden Renten und Pensionen. Entsprechend bestanden ihre öffentlichen Transfereinkommen (645 Euro) zum allergrößten Teil aus diesen Einnahmequellen (474 Euro). 46 % der Alleinlebenden standen im Berufsleben, 11 % waren arbeitslos. Die Alleinerziehenden hingegen befanden sich überwiegend im Erwerbsalter: 98 % der Alleinerziehenden waren jünger als 55 Jahre. Aufgrund ihrer Lebenssituation sind Alleinerziehende häufig nur eingeschränkt oder gar nicht berufstätig. Mehr als 28 % von ihnen waren arbeitslos. Deshalb stellten innerhalb der öffentlichen Transfers (614 Euro) bei ihnen vor allem Arbeitslosengeld I und II, Sozialgeld (232 Euro) aber auch Kinder- und Erziehungsgeldzahlungen (226 Euro) mit zusammen knapp 75 % die wichtigsten Einnahmepositionen dar. Zu geringen Teilen kamen noch Einnahmen, unter anderem aus Sozialhilfe, Wohngeld und Pflegegeld dazu. Renten und Pensionen spielten bei Alleinerziehenden kaum eine Rolle. In fast der Hälfte (48 %) der Paarhaushalte ohne Kind bezogen die Haupteinkommenspersonen Renten und Pensionen, 42 % waren Arbeitnehmer beziehungsweise Arbeitnehmerinnen. In 3 % der kinderlosen Paarhaushalte war die Haupteinkommensperson arbeitslos. Bei Paaren ohne Kind stammte der überwiegende Teil (1 042 Euro) der öffentlichen Transfers aus Rentenzahlungen und Pensionen. Der Anteil an Kinder- und Erziehungsgeld war hier genauso unbedeutend wie bei den Alleinlebenden. Bei Paarhaushalten mit Kind(ern) bestanden die öffentlichen Transfereinkommen im Wesentlichen aus Kindergeld sowie Eltern- und Erziehungsgeld (342 Euro). Renten und Pensionen (30 Euro) sowie ALG I, II und Sozialgeld (83 Euro) spielten nur eine untergeordnete Rolle. ➔ Abb. 2

6.1.2 Nettoeinkommen privater Haushalte

Die Bruttoeinkommen lassen nur begrenzt Aufschlüsse über die den Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehenden Einkommen zu, da sie noch abzuführende Steuern und Sozialversicherungsbeiträge enthalten.

Steuern und Sozialabgaben

Für Steuern und Abgaben wurden 2008 monatlich im Durchschnitt 793 Euro je Privathaushalt abgezogen. Mehr als die Hälfte davon entfiel auf Einkommen- und Kirchensteuer sowie Solidaritätszuschlag (zusammen 416 Euro). Beiträge zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung, zur sozialen Pflegeversicherung und zur Arbeitslosenversicherung machten durchschnittlich 377 Euro je Haushalt und Monat aus.

Für Steuern und Sozialabgaben kamen den Privathaushalten 2008 insgesamt 21 % ihres Bruttoeinkommens in Abzug. Das waren zwei Prozentpunkte mehr als 15 Jahre zuvor (1993: 19 %).

Die Steuer- und Abgabenbelastung war 2008 im früheren Bundesgebiet mit 22 % beziehungsweise 843 Euro höher als in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit 20 % beziehungsweise 576 Euro. Ursache dafür ist vor allem, dass die im Westen höheren Erwerbseinkommen aufgrund der Steuerprogression stärker mit Einkommensteuer und Solidaritätszuschlag belastet sind: Der Anteil der Steuern am Haushaltsbruttoeinkommen lag im Westen bei 12 % (454 Euro), im Osten bei 9 % (250 Euro). → Tab. 4

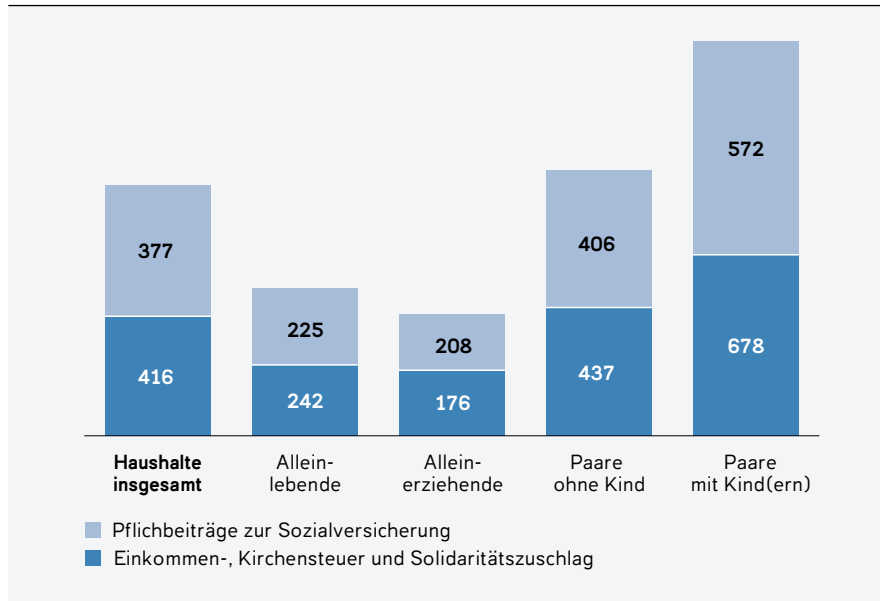
Haushalte, in denen die Haupteinkommenspersonen Angestellte sind, hatten mit einem Anteil von 29 % (1 392 Euro) des Bruttoeinkommens die höchsten Abzüge für Steuern und Sozialabgaben im Vergleich mit Haushalten anderer sozialer Stellungen. Bei den Arbeiterhaushalten betrug dieser Anteil 25 % (1 007 Euro) und bei den Selbstständigenhaushalten 22 % (1 178 Euro). Bei den Haushalten mit beamteten Haupteinkommenspersonen machte der Anteil 17 % (890 Euro) vom Bruttoeinkommen aus. Nichterwerbstätigenhaushalte hatten durchschnittlich

8 % (199 Euro) des Bruttoeinkommens an Steuern und Sozialabgaben abzuführen: Auch wenn die Anteile bei den Haushalten von Pensionären und Pensionärinnen (9 %) sowie Rentnern und Rentnerinnen (8 %) praktisch gleich hoch waren, waren die Abzüge mit 415 Euro bei den Pensionären und Pensionärinnen mehr als doppelt so hoch wie bei den Rentnern und Rentnerinnen mit 187 Euro. Arbeitslose hatten mit 2 % bzw. 20 Euro die geringsten Abzüge für Steuern und Sozialabgaben.

Die höchste Steuer- und Abgabenlast hatten Paarhaushalte mit Kind(ern) zu tragen: Sie zahlten monatlich durchschnittlich 1 250 Euro beziehungsweise einen Anteil von 23 % ihres Bruttoeinkommens. Aufgrund der höheren Einkommen aus Erwerbstätigkeit im Vergleich zu anderen Haushaltstypen waren auch ihre Steuerabgaben mit 678 Euro wert- und anteilmäßig (12 % vom Bruttoeinkommen) am größten. Bei Paaren ohne Kind betrug der Anteil der Steuern und Abgaben 20 % (843 Euro) und bei den Alleinlebenden 21 % (467 Euro).

Tab. 4: Struktur der Steuer- und Abgabenlast privater Haushalte

	1993		1998		2003		2008	
	EUR	Anteil am Bruttoeinkommen in %	EUR	Anteil am Bruttoeinkommen in %	EUR	Anteil am Bruttoeinkommen in %	EUR	Anteil am Bruttoeinkommen in %
Deutschland								
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	315	10,7	355	10,8	370	10,4	416	11,2
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	256	8,7	328	9,9	358	10,1	377	10,2
Insgesamt	571	19,4	683	20,7	728	20,4	793	21,4
Früheres Bundesgebiet								
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	353	11,2	385	11,2	404	10,8	454	11,6
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	267	8,5	334	9,7	368	9,9	389	10,0
Insgesamt	620	19,6	719	20,8	772	20,7	843	21,6
Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)								
Einkommen-, Kirchensteuer und Solidaritätszuschlag	155	7,4	216	8,3	221	7,8	250	8,7
Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung	218	10,4	307	11,8	311	11,0	326	11,4
Insgesamt	373	17,7	522	20,1	532	18,8	576	20,1

Abb. 3: Steuer- und Abgabenlast privater Haushalte 2008, in EUR

Die niedrigsten Abgaben hatten die Haushalte von Alleinerziehenden mit 17 % beziehungsweise 384 Euro zu leisten. Im Gegensatz zu den anderen Haushaltstypen waren hier die Steuerabgaben niedriger (8 % beziehungsweise 176 Euro) als die Sozialversicherungsbeiträge (9 % beziehungsweise 208 Euro). → Abb. 3

2003 ist dies eine Zunahme um 2,9 % (2003: 2 833 Euro). Damit fiel der Anstieg geringer aus als bei den durchschnittlichen Bruttoeinkommen (+ 4,1 %). Ursache dafür ist, dass die Steuern und Abgaben mit + 8,9 % deutlich stärker gestiegen sind als die Bruttoeinkommen. Obwohl das Nettoeinkommen von 2003

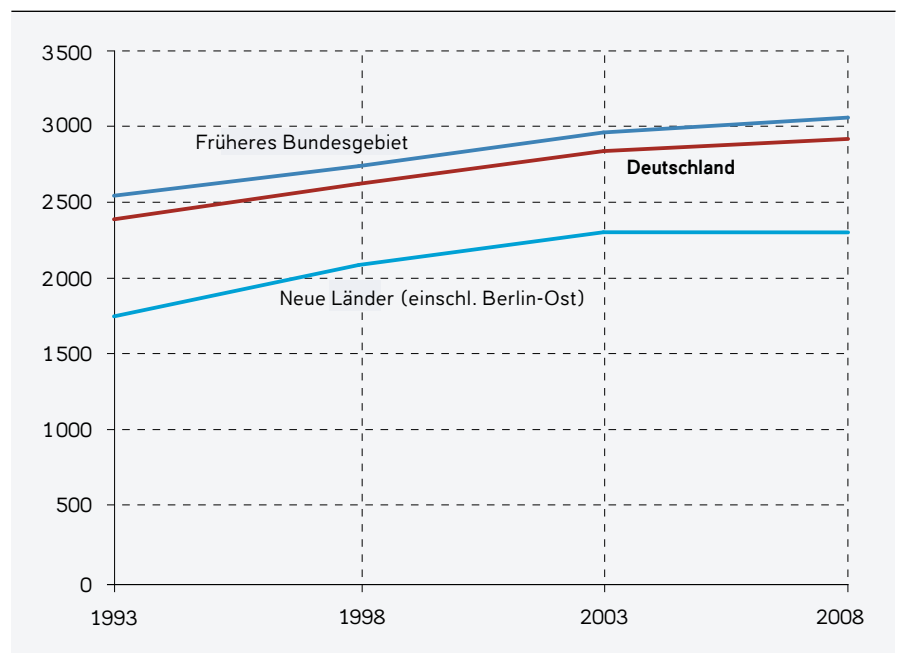
zu 2008 um 2,9 % gestiegen ist, bedeutet das nicht automatisch, dass den Haushalten mehr Geld zur Verfügung stand. Real – das heißt unter Berücksichtigung der Preissteigerung für die Lebenshaltung – hatten die Haushalte im Jahr 2008 einen Einkommensrückgang zu verzeichnen: Der Verbraucherpreisindex ist in diesem Zeitraum um 10,0 % gestiegen. (siehe Kapitel 4.3).

Im längerfristigen Zeitvergleich fällt auf, dass sich die Schere zwischen Ost und West in Bezug auf die Haushaltsnettoeinkommen im Jahr 2008 wieder geöffnet hat. Im Jahr 1993 lag das Haushaltsnettoeinkommen in den neuen Bundesländern bei durchschnittlich 68 % des Nettoeinkommens der Haushalte im früheren Bundesgebiet. Bis zum Jahr 2003 näherten sich die Nettoeinkommen der ostdeutschen Haushalte bis auf 78 % an das Westniveau an. Im Jahr 2008 hat sich der Einkommensabstand aber wieder vergrößert: Das Durchschnittsniveau des Nettoeinkommens der Haushalte in den neuen Ländern ist auf 75 % des Einkommens der Haushalte im früheren Bundesgebiet zurückgegangen. Während die

Verteilung und Entwicklung des Haushaltsnettoeinkommens

Nach den Ergebnissen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2008 lag in 26 % aller privaten Haushalte das durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen unter 1 500 Euro, allein 9 % der Haushalte mussten mit weniger als 900 Euro monatlich auskommen. 29 % aller Haushalte standen zwischen 1 500 bis unter 2 600 Euro im Monat zur Verfügung. 17 % der Privathaushalte befanden sich in der Einkommensklasse von 2 600 bis unter 3 600 Euro und 15 % in der Klasse von 3 600 bis unter 5 000 Euro. 13 % aller Privathaushalte verfügten über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro.

Durchschnittlich verfügte ein Privathaushalt 2008 über ein monatliches Nettoeinkommen von 2 914 Euro. Im Vergleich zu

Abb. 4: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen, in EUR

Haushaltsnettoeinkommen im Westen im Vergleich zu 2003 um 3,3 % anstiegen, stagnierten sie in den neuen Ländern.

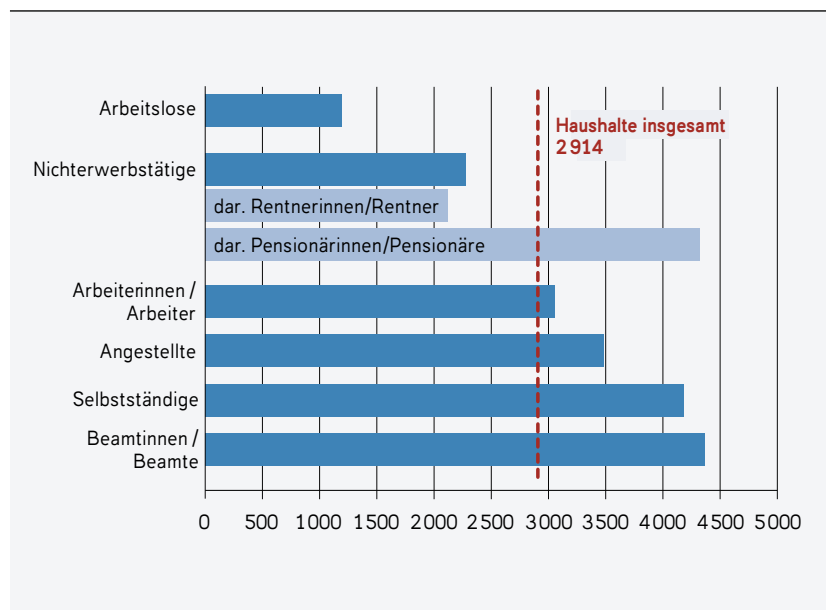
→ Abb. 4

Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung

Die Höhe des Nettoeinkommens privater Haushalte variiert in starkem Maße mit der sozialen Stellung der Person mit dem höchsten Nettoeinkommen im Haushalt. 2008 war die Haupteinkommensperson in mehr als der Hälfte aller Haushalte (53 %) Arbeitnehmer oder Arbeitnehmerin: 33 % waren Angestellte, 16 % Arbeiter bzw. Arbeiterinnen und 4 % Beamte bzw. Beamtinnen. 6 % aller Haushalte bezogen ihr Einkommen überwiegend aus selbstständiger Tätigkeit. Ein Drittel der privaten Haushalte (33 %) waren Nichterwerbstätige: In 26 % der privaten Haushalte war die Haupteinkommensperson Rentner oder Rentnerin. Der Anteil der Haushalte mit Pensionsbezug als Haupteinkommensquelle lag unter 4 %. Arbeitslose Haupteinkommensbezieher und -bezieherinnen waren in 8 % der Haushalte vorhanden.

Die höchsten Monatsnettoeinkommen erzielten 2008 die Haushalte von Beamten und Beamtinnen sowie von Pensionären und Pensionärinnen mit durchschnittlich 4 366 Euro beziehungsweise 4 322 Euro. Knapp darunter lagen die Haushalte von Selbstständigen mit 4 181 Euro. Haushalte mit angestellten Haupteinkommenspersonen verfügten über ein monatliches Nettoeinkommen von 3 484 Euro. Bei Haushalten von Arbeitern und Arbeiterinnen lag das Haushaltsnettoeinkommen mit 3 058 Euro knapp über dem Bundesdurchschnitt. Das mit Abstand niedrigste Nettoeinkommen hatten Arbeitslosenhaushalte mit 1 194 Euro im Monat. Sie bezogen nur 41 % des Durchschnittseinkommens aller Haushalte. Relativ groß war die Einkommensspanne innerhalb der Gruppe der Nichterwerbstätigen, die insgesamt ein durchschnittliches Nettoeinkommen von 2 280 Euro erzielten. Hier war das Nettoeinkommen der Pen-

Abb. 5: Monatliches Haushaltsnettoeinkommen nach sozialer Stellung der Haupteinkommensperson 2008, in EUR



sionäre (4 322 Euro) doppelt so hoch wie das der Rentnerhaushalte (2 117 Euro).

→ Abb. 5

Haushaltsnettoeinkommen nach dem Haushaltstyp

Die geringsten durchschnittlichen Nettoeinkommen fanden sich 2008 in den Haushalten von Alleinlebenden (1 726 Euro). Alleinerziehenden stand mit 1 943 Euro durchschnittlich zwar mehr Geld zur Verfügung. Hier – und ebenso bei den anderen Haushaltstypen – müssen aber mehrere Personen im Haushalt mit dem Geld auskommen: Bei den Alleinerziehenden waren das 2008 durchschnittlich 2,3 Personen und bei den Paaren mit Kind(ern) durchschnittlich 3,8 Personen. Paarhaushalten ohne Kind standen monatlich 3 387 Euro und Paaren mit Kind(ern) 4 191 Euro zur Verfügung (vgl. Tab. 2).

Eine reine Pro-Kopf-Betrachtung würde jedoch der Tatsache nicht gerecht werden, dass sich die Kosten für die allgemeine Lebenshaltung nicht proportional zur Zahl der Personen im Haushalt entwickeln (siehe hierzu Infokasten Kapitel 6.2, S. 151).

6.1.3 Einkommensverwendung privater Haushalte

Die Geldeinkünfte, die den privaten Haushalten in Deutschland zum Wirtschaften und zur Lebensführung zur Verfügung stehen, sind im Einzelnen ihre Nettoeinkommen zuzüglich geringfügiger Zusatzeinkünfte aus dem Verkauf von Waren (z. B. Gebrauchtwagen) und sonstiger Einnahmen (z. B. Dosen- und Flaschenpfand, Energiekostenrückerstattungen). Diese ausgabefähigen Einkommen und Einnahmen werden auch als verfügbares Einkommen bezeichnet.

Den Haushalten standen im Jahr 2008 durchschnittlich 2 965 Euro im Monat für ihre Ausgaben zur Verfügung. Gegenüber 2003 (2 885 Euro) war das ein Anstieg von 2,8 %.

Das verfügbare Einkommen fließt in drei Verwendungsmöglichkeiten: Ausgaben für den privaten Konsum, Ausgaben für nicht-konsumtive Zwecke sowie die Ersparnisbildung. Mehr als drei Viertel (75,7 %) des ausgabefähigen Einkommens gaben die Haushalte im Jahr 2008 für den Konsum, das heißt für Ernäh-

Tab. 5: Verwendung der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen privater Haushalte

	Deutschland		Früheres Bundesgebiet		Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)	
	2003	2008	2003	2008	2003	2008
	je Haushalt und Monat in EUR					
Ausgabenfähige Einkommen und Einnahmen	2 885	2 965	3 013	3 111	2 325	2 328
Private Konsumausgaben	2 177	2 245	2 257	2 333	1 828	1 857
Übrige Ausgaben	386	408	411	443	279	258
Ersparnis	321	312	344	335	219	213
	Anteil in %					
Ausgabenfähige Einkommen und Einnahmen	100	100	100	100	100	100
Private Konsumausgaben	75,5	75,7	74,9	75,0	78,6	79,8
Übrige Ausgaben	13,4	13,8	13,6	14,2	12,0	11,1
Ersparnis	11,1	10,5	11,4	10,8	9,4	9,1

zung, Wohnen, Bekleidung, Reisen und anderes aus. Durchschnittlich waren das 2 245 Euro im Monat. Im Vergleich zum Jahr 2003 (75,5 % beziehungsweise 2 177 Euro) ist die Konsumquote praktisch gleich geblieben. ➔ Tab. 5

Zu den Ausgaben für Nicht-Konsumzwecke – auch übrige Ausgaben genannt – gehören unter anderem Versicherungsbeiträge, bestimmte Steuern sowie Zinszahlungen für Kredite. Auch Geldgeschenke und Unterhaltszahlungen sind Bestandteil der übrigen Ausgaben, ebenso eventuell in den Haushaltsbüchern aufgetretene statistische Differenzen zwischen den Einnahmen und Ausgaben.

Im Jahr 2008 verwendeten die privaten Haushalte in Deutschland durchschnittlich 13,8 % ihrer ausgabenfähigen Einkommen für die übrigen Ausgaben, das waren 408 Euro monatlich. Im Vergleich zu 2003 (13,4 % beziehungsweise 386 Euro) ist der Anteil der übrigen Ausgaben am ausgabenfähigen Einkommen nur leicht gestiegen.

Wenn die Haushalte ihre Konsumbedürfnisse befriedigt und auch die Ausgaben für Nicht-Konsumzwecke getätigt haben, verbleibt der Rest des ausgabenfähigen Einkommens für die Ersparnisbildung.

Durchschnittlich 312 Euro im Monat sparten die Haushalte im Jahr 2008. Das waren 10,5 % des ausgabenfähigen Einkommens. Gegenüber 2003 (321 Euro oder 11,1 %) war die Sparquote rückläufig.

Das niedrigere Einkommensniveau der Haushalte in den neuen Ländern gegenüber dem früheren Bundesgebiet führt auch zu Unterschieden bei der Einkommensverwendung. Anteilig setzten die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost mehr Geld für Konsumzwecke ein. Mit 79,8 % lag die Konsumquote in Ostdeutschland um 4,8 Prozentpunkte höher als im früheren Bundesgebiet.

Während die Konsumquote sich im früheren Bundesgebiet im Vergleich zu 2003 praktisch nicht verändert hat, ist sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost um 1,2 Prozentpunkte gestiegen.

Der Anteil der ausgabenfähigen Einkommen, den die Haushalte im früheren Bundesgebiet für die übrigen Ausgaben verwendeten, war mit 14,2 % höher als in den neuen Ländern (11,1 %). Im Vergleich zu 2003 hat dieser Anteil im früheren Bundesgebiet um 0,6 Prozentpunkte zugenommen, in den neuen Ländern dagegen ist er leicht zurückgegangen (–0,9 Prozentpunkte).

Unterschiede zwischen Ost und West ergeben sich auch beim Sparen: Im Jahr 2008 legten die Haushalte im früheren Bundesgebiet durchschnittlich 335 Euro im Monat auf die hohe Kante, in den neuen Ländern und Berlin-Ost waren es 213 Euro. Die Sparquote in Ostdeutschland (9,1 %) fiel damit im Jahr 2008 deutlich niedriger aus als in Westdeutschland (10,8 %).

6.1.4 (Konsum-)Ausgaben privater Haushalte

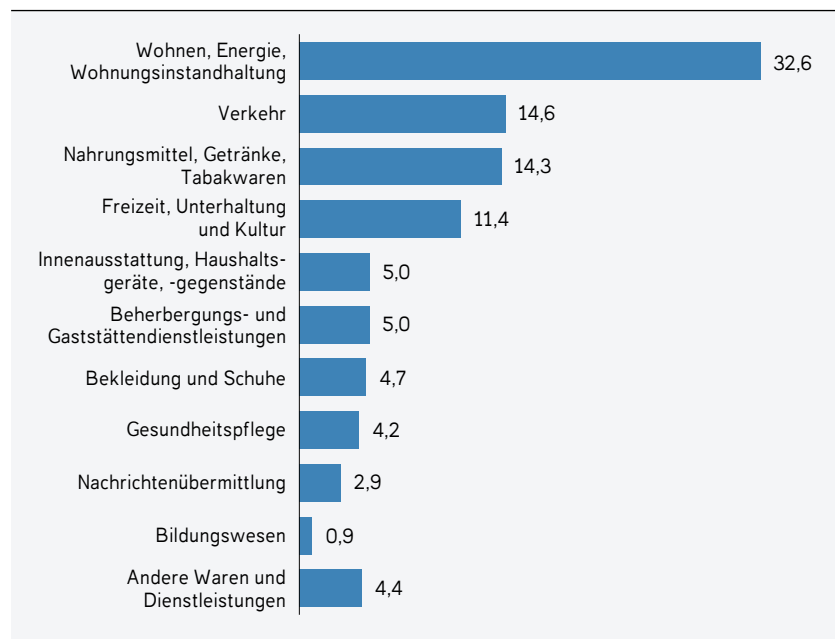
Den größten Teil der ausgabenfähigen Einkommen und Einnahmen verwendeten die Haushalte für den Privaten Konsum, das heißt für Essen, Wohnen, Verkehr, Gesundheit, Bekleidung und anderes. 2008 gaben deutsche Haushalte für Konsumzwecke im Durchschnitt monatlich 2 245 Euro aus.

Die mit Abstand höchsten Ausgaben tätigten die Privathaushalte für den Bereich Wohnen, Wohnungsinstandhaltung und Energie: Dafür wurde 2008 fast ein Drittel (33 %) des Konsumbudgets ausgegeben. Den zweitgrößten Ausgabenbereich bildeten die Verkehrsausgaben mit einem Anteil von knapp 15 % an den privaten Konsumausgaben, dicht gefolgt von den Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (14 %). Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (siehe auch Kapitel 13.1.3 »Private Ausgaben für Freizeitaktivitäten«) wurden anteilig rund 11 % aufgewendet.

Mit deutlicherem Abstand folgten dann die Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen, Innenausstattung, Haushaltsgeräte und Haushaltsgegenstände sowie für Bekleidung und Schuhe mit je 5 %. Die Ausgaben für die Gesundheitspflege hatten einen Anteil von 4 % und die Ausgaben für die Nachrichtenübermittlung von 3 %. Das Schlusslicht bildeten die Ausgaben für das Bildungswesen mit unter einem Prozent.

➔ Abb. 6

Abb. 6: Struktur der Konsumausgaben privater Haushalte 2008, in %



Obwohl die privaten Haushalte 2008 in den neuen Ländern und Berlin-Ost im Monat durchschnittlich 476 Euro weniger als die westlichen Haushalte für den Konsum ausgaben, teilten die Haushalte ihre Konsumbudgets ähnlich auf die einzelnen Ausgabenbereiche auf. Größere Unterschiede ergaben sich bei den Ausgabenanteilen für Wohnen, Verkehr und die Gesundheitspflege. Für den Bereich Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung setzten die Haushalte in den neuen Ländern und Berlin-Ost mit knapp 32 % einen etwas kleineren Anteil ein als die Haushalte im früheren Bundesgebiet (33 %). Das dürfte sowohl am niedrigeren Mietniveau als auch an den durchschnittlich kleineren Mietwohnungen in den neuen Ländern liegen.

Dem vergleichsweise niedrigeren Gesamtbudget war es geschuldet, dass die Ausgaben für Ernährung in den neuen Ländern und Berlin-Ost – anders als im Westen – den zweitgrößten Ausgabenbereich darstellten. Hier setzten die Haushalte mit durchschnittlich 15 % einen größeren Anteil ein als die Haushalte im früheren Bundesgebiet (14 %). Die absoluten Ausgaben für Ernährung lagen da-

gegen mit 283 Euro monatlich in den neuen Ländern niedriger als im früheren Bundesgebiet (330 Euro). Die Ausgaben für Verkehr machten mit durchschnittlich 15 % den drittgrößten Block in den neuen Ländern und Berlin-Ost aus, während sie im früheren Bundesgebiet mit knapp 15 % den zweitgrößten Block stellten.

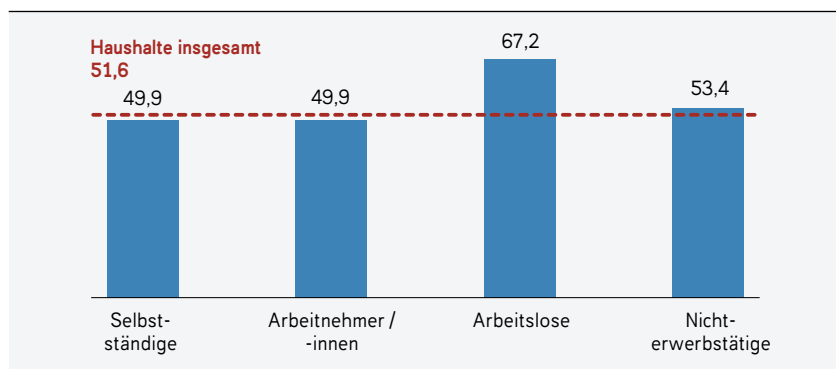
Private Konsumausgaben nach sozialer Stellung

Neben den regionalen Unterschieden werden die Verbrauchsstrukturen auch

von der sozialen Stellung der Haupteinkommenspersonen, dem Haushaltstyp sowie dem Haushaltsnettoeinkommen bestimmt. Während die Unterschiede der Konsumniveaus im Vergleich nach den sozialen Stellungen der Haupteinkommenspersonen zum Teil beträchtlich sind, ist die Konsumstruktur praktisch identisch. Mit zunehmender Höhe der Konsumausgaben nimmt der Anteil der Aufwendungen für die Grundbedürfnisse Ernährung, Bekleidung und Wohnen ab.

Die Gruppe der Selbstständigenhaushalte, die 2008 mit durchschnittlich 2 949 Euro im Monat die höchsten Konsumausgaben aufwies, gab zwar am meisten für die Grundbedürfnisse Ernährung, Bekleidung und Wohnen aus (1 472 Euro); anteilig am Konsumbudget waren das aber nur 50 %. Gleich hoch war der Anteil, den die Arbeitnehmerhaushalte für die Grundbedürfnisse ausgaben, obwohl ihre nominalen Ausgaben mit 1 246 Euro etwas geringer waren. Bei den Haushalten von Nichterwerbstätigen machte dieser Anteil 53 % an den gesamten Konsumausgaben in Höhe von 1 052 Euro aus. Die Haushalte von arbeitslosen Haupteinkommenspersonen hatten mit 1 130 Euro zwar die geringsten monatlichen Konsumausgaben, dafür war der Ausgabenanteil für Ernährung, Bekleidung und Wohnen mit 67 % (758 Euro) am höchsten. ➔ Tab. 6

Abb. 7: Ausgaben privater Haushalte für Grundbedürfnisse nach sozialer Stellung der Haupteinkommensperson 2008, in %



Grundbedürfnisse: Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung, Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sowie Bekleidung und Schuhe. Siehe auch Fußnoten zur Tabelle 6.

Tab. 6: Konsumausgaben privater Haushalte nach sozialer Stellung der Haupteinkommensperson 2008

	Selbstständige ¹		Arbeitnehmer ²		Arbeitslose		Nichterwerbstätige ³	
	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %
Private Konsumausgaben	2 949	100	2 500	100	1 130	100	1 969	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	389	13,2	357	14,3	230	20,4	272	13,8
Bekleidung und Schuhe	153	5,2	130	5,2	41	3,7	73	3,7
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	930	31,5	759	30,4	487	43,1	707	35,9
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	159	5,4	131	5,2	38	3,4	93	4,7
Gesundheitspflege	99	3,3	79	3,2	25	2,2	131	6,7
Verkehr	474	16,1	419	16,8	94	8,3	212	10,8
Nachrichtenübermittlung	84	2,8	76	3,0	52	4,6	48	2,4
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	323	11,0	284	11,4	83	7,4	237	12,1
Bildungswesen	37	1,2	29	1,1	6	0,5	7	0,4
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	155	5,3	130	5,2	30	2,6	97	4,9
Andere Waren und Dienstleistungen	146	4,9	107	4,3	42	3,7	89	4,5

¹ Gewerbetreibende, freiberuflich Tätige und Landwirte/-wirtinnen.

² Beamte/Beamtinnen, Angestellte, und Arbeiter(innen).

³ Pensionäre/Pensionärinnen, Rentner(innen), Sozialhilfeempfänger(innen), Altenteiler(innen), nicht mehr im Erwerbsleben stehende Personen, Studierende mit eigenem Haushalt.

Rund ein Drittel (33 % oder 731 Euro) ihrer Konsumausgaben wendeten die privaten Haushalte in Deutschland für den Ausgabenbereich Wohnen, Wohnungsinstandhaltung und Energie auf. Mit durchschnittlich 759 Euro im Monat gaben die Arbeitnehmerhaushalte 30 % ihrer Ausgaben für diesen Bereich aus. Die Selbstständigenhaushalte hatten mit 930 Euro zwar höhere Wohnausgaben, bezogen auf ihr Konsumbudget entsprach das jedoch einem Anteil von nur knapp 32 %. Bei den Haushalten von Nichterwerbstätigen machten diese Ausgaben mit 707 Euro bereits einen Anteil von 36 % aus. Die Arbeitslosenhaushalte gaben für das Wohnen mit 487 Euro zwar am wenigsten aus, der Anteil an deren gesamten Konsumausgaben war mit 43 % jedoch am höchsten. Die Verkehrsausgaben der Selbstständigenhaushalte waren mit 474 Euro rund fünf Mal so hoch wie bei den Haushalten von Arbeitslosen (94 Euro). Nichterwerbstätige hatten Verkehrsausgaben in Höhe von 212 Euro und Arbeitnehmerhaushalte in Höhe von durchschnittlich 419 Euro im Monat.

➔ Abb. 7

Private Konsumausgaben nach dem Haushaltstyp

Deutliche Unterschiede in Niveau und Struktur zeigen dagegen die Konsumausgaben ausgewählter Haushaltstypen. Die höchsten monatlichen Konsumausgaben tätigten im Jahr 2008 Paarhaushalte mit Kind(ern) mit durchschnittlich 3 017 Euro gefolgt von den Paaren ohne Kind mit 2 622 Euro monatlich. Unter dem Bundesdurchschnitt von 2 245 Euro lagen die Konsumausgaben der Haushalte von Alleinerziehenden (1 740 Euro) und Alleinlebenden (1 418 Euro). Berücksichtigt man, dass in Alleinerziehendenhaushalten im Durchschnitt 2,3 Personen leben und in Paarhaushalten mit Kind(ern) durchschnittlich 3,8 Personen, so haben Alleinerziehende mit 757 Euro die niedrigsten Pro-Kopf-Konsumausgaben. Im Vergleich dazu hatten die Alleinlebenden mit 1 418 Euro die höchsten Pro-Kopf-Konsumausgaben. Alleinerziehende wendeten mit 57 % den größten Teil ihres Konsumbudgets für Ernährung, Bekleidung und Wohnen auf. Am niedrigsten lag der Grundversorgungsanteil bei den Paarhaushalten ohne Kind (49 %).

In der anteilmäßigen Zusammensetzung der Grundbedürfnisse weisen die einzelnen Haushaltstypen folgende Unterschiede auf: Während Paarhaushalte mit Kind(ern) rund 16 % ihres gesamten Konsums für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren ausgaben, waren es bei den Alleinlebenden nur 13 %. Diese hatten aber mit knapp 38 % den höchsten Ausgabenanteil für Wohnen, gefolgt von den Alleinerziehenden mit 35 %. Dagegen hatten Paarhaushalte mit 31 % den geringsten Wohnkostenanteil.

Mit 15 % hatten Paarhaushalte für den Bereich Verkehr den höchsten Ausgabenanteil. Alleinlebende und Alleinerziehende wiesen hier nur 12 % auf. Die Unterschiede in den Ausgabenanteilen für den Bereich Freizeit, Unterhaltung und Kultur waren zwischen den einzelnen Haushaltstypen vergleichsweise gering: Alleinerziehende hatten mit durchschnittlich 10 % den niedrigsten Anteil während kinderlose Paare mit 12 % den höchsten Anteil aufwiesen. Alleinlebende und Paare mit Kind(ern) gaben von ihrem Konsumbudget 11 % für den Freizeitbereich aus.

Tab. 7: Konsumausgaben privater Haushalte nach ausgewählten Haushaltstypen 2008

	Alleinlebende		Alleinerziehende		Paare					
	EUR	in %	EUR	in %	insgesamt		ohne Kind		mit Kind(ern)	
					EUR	in %	EUR	in %	EUR	in %
Private Konsumausgaben	1 418	100	1 740	100	2 757	100	2 622	100	3 017	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	182	12,9	281	16,1	400	14,5	360	13,7	478	15,9
Bekleidung und Schuhe	58	4,1	94	5,4	133	4,8	115	4,4	167	5,5
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	532	37,5	614	35,3	853	30,9	817	31,2	923	30,6
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	62	4,4	84	4,8	148	5,4	141	5,4	162	5,4
Gesundheitspflege	60	4,3	45	2,6	121	4,4	139	5,3	86	2,9
Verkehr	172	12,1	213	12,2	416	15,1	392	15,0	463	15,3
Nachrichtenübermittlung	50	3,5	69	4,0	70	2,5	64	2,4	82	2,7
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	161	11,4	174	10,0	322	11,7	315	12,0	335	11,1
Bildungswesen	6	0,5	28	1,6	25	0,9	11	0,4	52	1,7
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	69	4,8	58	3,3	147	5,3	152	5,8	138	4,6
Andere Waren und Dienstleistungen	65	4,6	80	4,6	121	4,4	116	4,4	131	4,3

Restaurant- und Hotelbesuche standen bei kinderlosen Paaren am höchsten im Kurs. Für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen verwendeten sie knapp 6 % ihres Konsumbudgets. Alleinerziehende hatten hier mit 3 % den niedrigsten Ausgabenanteil.

Für die Gesundheitspflege waren die Ausgabenanteile bei kinderlosen Paaren und Alleinlebenden mit 5 % bzw. 4 % höher als bei den Alleinerziehenden und Paaren mit Kind(ern) (knapp 3 %). Die Gründe dürften hauptsächlich in den höheren Anteilen älterer Personen in den Haushalten von Alleinlebenden und kinderlosen Paaren liegen.

Der Konsumbereich Nachrichtenübermittlung hat bei Alleinerziehenden einen vergleichsweise hohen Stellenwert: Ihr Budgetanteil für diesen Bereich war mit 4 % am größten. → Tab. 7

Private Konsumausgaben nach Haushaltsnettoeinkommen

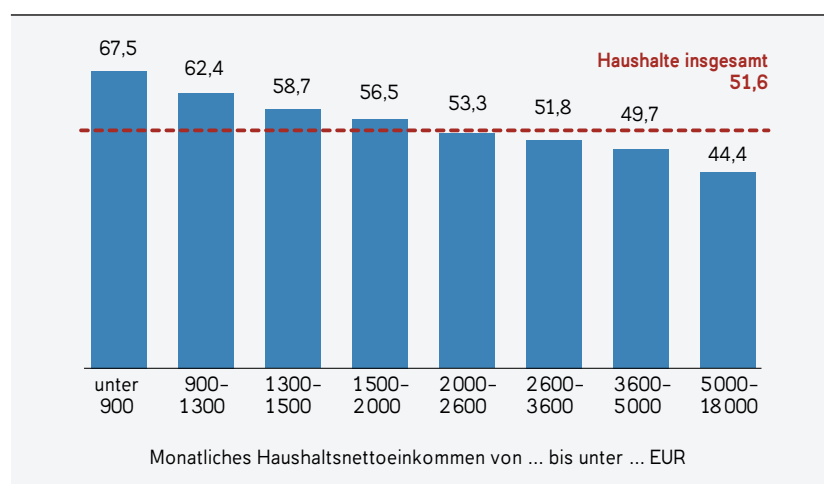
Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 900 Euro gaben im Jahr 2008 durchschnittlich 846 Euro im Monat für den privaten Konsum aus.

Fast fünfmal so viel (4 257 Euro) wendete die Einkommensgruppe mit dem höchsten Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro für ihren Konsum auf.

Je höher das Nettoeinkommen ist, desto mehr geben die Haushalte in den einzelnen Konsumbereichen aus. Grundsätzlich nehmen auch die Anteile der Ausgaben

für die jeweiligen Konsumbereiche bezogen auf das gesamte Konsumbudget mit steigendem Einkommen zu. Allerdings mit drei Ausnahmen: Die Ausgabenanteile für Wohnen, Ernährung und Nachrichtenübermittlung sinken mit steigendem Haushaltsnettoeinkommen.

Der Ausgabenanteil für die Grundbedürfnisse Ernährung, Wohnen und

Abb. 8: Ausgaben der privaten Haushalte für Grundbedürfnisse nach dem Haushaltsnettoeinkommen 2008, in %

Grundbedürfnisse: Wohnen, Energie und Wohnungsinstandhaltung, Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren sowie Bekleidung und Schuhe.

Tab. 8: Konsumausgaben privater Haushalte nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen 2008

	Monatliches Haushaltsnettoeinkommen von ... bis unter ... EUR							
	unter 900	900–1 300	1 300–1 500	1 500–2 000	2 000–2 600	2 600–3 600	3 600–5 000	5 000–18 000
Private Konsumausgaben	846	1 115	1 342	1 596	2 010	2 486	3 118	4 257
Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	156	194	217	252	302	368	431	503
Bekleidung und Schuhe	30	43	55	70	87	114	153	228
Wohnen, Energie, Wohnungsinstandhaltung	385	459	515	580	684	805	968	1 157
Innenausstattung, Haushaltsgeräte und -gegenstände	27	42	53	67	98	123	156	267
Gesundheitspflege	25	34	42	53	71	92	126	251
Verkehr	55	103	144	198	289	374	509	717
Nachrichtenübermittlung	38	47	52	58	63	71	79	92
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	68	103	141	172	224	286	365	529
Bildungswesen	6	6	7	9	14	21	32	52
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	25	38	52	70	94	123	163	261
Andere Waren und Dienstleistungen	31	47	63	69	84	107	137	199

Bekleidung nimmt mit steigenden Einkommen ab: Während die Haushalte der untersten Einkommensgruppe durchschnittlich knapp 68 % (571 Euro) ihrer monatlichen Konsumausgaben zur Deckung der Grundbedürfnisse aufwendeten, machten diese Ausgaben bei den Haushalten der höchsten Einkommensgruppe anteilig lediglich 44 % (1 888 Euro) aus. Innerhalb der Grundbedürfnisse weist allein der Bereich Bekleidung und Schuhe mit zunehmenden Einkommen auch steigende Ausgabenanteile auf. Höhere Einkommen bieten hier möglicherweise größere Spielräume für Luxuskäufe. → **Abb. 8**

Auch die Ausgaben für Nachrichtenübermittlung waren prozentual gesehen mit steigendem Einkommen rückläufig. So wendeten die Haushalte mit weniger als 900 Euro Nettoeinkommen dafür anteilig im Durchschnitt knapp 5 % (38 Euro monatlich) auf, während Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 5 000 und 18 000 Euro 2 % (92 Euro monatlich) dafür ausgaben.

Für Freizeit, Unterhaltung und Kultur gaben die Haushalte mit dem höchsten

monatlichen Nettoeinkommen mehr als das Siebenfache (529 Euro, 12 %) dessen aus, was die Haushalte mit dem geringsten monatlichen Einkommen (68 Euro, 8 %) aufwendeten. Gegenüber den Haushalten mit einem Einkommen zwischen 1 500 und 2 000 Euro (172 Euro, 11 %) war es mehr als das Dreifache.

→ **Tab. 8**

6.1.5 Ausstattung privater Haushalte mit Gebrauchsgütern

Aussagen über den erreichten materiellen Lebensstandard der privaten Haushalte in Deutschland lassen sich auch aus der Verfügbarkeit ausgewählter Gebrauchsgüter gewinnen. Dazu gehört z. B. die Ausstattung mit Haushaltsgeräten, der Besitz von Fahrzeugen sowie von Geräten der Unterhaltungselektronik (unter anderem Videokamera/Camcorder, CD-Player, DVD-Player). Auch die Ausstattung mit Produkten der Informations- und Kommunikationstechnik (IKT) wie Personalcomputer, Mobiltelefon oder Internetzugang lassen wichtige Rückschlüsse auf die Lebensverhältnisse der Haushalte zu. **i**

Ausstattung mit elektrischen Haushaltsgeräten

Elektrische bzw. elektronische Haushaltsgeräte zählen zu den klassischen Ausstattungsgegenständen, die seit vielen Jahren im Rahmen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) erfragt werden. »Traditionelle« Haushaltsgeräte wie der Kühlschrank sind in nahezu jedem Haushalt vorhanden. Hier lag der Ausstattungsgrad Anfang 2008 bei 99 %. Mikrowellengeräte standen in 70 % der Haushalte. Knapp 63 % der privaten Haushalte konnten ihr verschmutztes Geschirr in eine Geschirrspülmaschine stellen. Mit Ausstattungsgraden von 64 % für das frühere Bundesgebiet und 55 % für die neuen Länder und Berlin-Ost gibt es bei den Geschirrspülmaschinen allerdings ein größeres regionales Gefälle. Ein noch größeres Gefälle zeigte sich bei den Wäschetrocknern: Bei einem Ausstattungsgrad von knapp 39 % im Bundesdurchschnitt standen sich hier Anfang 2008 Werte von 42 % in Westdeutschland und 22 % in Ostdeutschland gegenüber. → **Tab. 9**

Bestimmend für die Ausstattung mit elektrischen Haushaltsgeräten ist unter ande-

rem die Haushaltsgröße. In Einpersonenhaushalten lag der Ausstattungsgrad für die drei genannten Güter Anfang 2008 deutlich unter den ermittelten Durchschnittswerten. Mit zunehmender Zahl der Haushaltsmitglieder werden technische Haushaltshilfen verstärkt in Anspruch genommen. Die Ausstattungsgrade für Mikrowellengeräte, Geschirrspülmaschinen und Wäschetrockner lagen bereits ab einer Haushaltsgröße von zwei Personen deutlich über den Durchschnittswerten für alle Haushalte. Geschirrspülmaschinen standen beispielsweise in 93 % aller Haushalte mit fünf und mehr Personen, verglichen mit dem durchschnittlichen Ausstattungsgrad von knapp 63 %. In 81 % dieser Haushalte gab es Mikrowellengeräte (Bundesdurchschnitt: 70 %) und in 70 % gab es Wäschetrockner (Bundesdurchschnitt: 39 %).

Ausstattung mit Gütern der Unterhaltungselektronik

Im Rahmen der EVS wird der technologische Wandel erfasst, indem auch der Besitz relativ neuer Produkte wie CD-Player/-Recorder, DVD-Player/-Recorder sowie MP3-Player erfragt und bei Videokamera (Camcorder) und Fotoapparat zwischen analogen und digitalen Geräten unterschieden wird. In der EVS 2008 wurde erstmals der Besitz von Flachbildfernsehern und Spielkonsolen erfasst.

Tab. 9: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit ausgewählten Haushaltsgeräten 2008

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)
Anzahl der erfassten Haushalte	58 984	45 652	13 332
Hochgerechnete Haushalte (1000)	39 077	31 771	7 306
Ausstattungsgrad je 100 Haushalte			
Geschirrspülmaschine	62,5	64,2	55,0
Mikrowellengerät	69,6	69,5	70,2
Wäschetrockner	38,5	42,3	22,1

Anfang 2008 besaßen 94 % der privaten Haushalte in Deutschland mindestens einen Fernseher. 41 % dieser Haushalte besaßen mehr als einen Fernsehapparat. Die erstmalige Frage nach dem Besitz von Flachbildfernsehern ergab, dass in 16 % aller privaten Haushalte bereits ein solches Gerät stand.

69 % der Haushalte besaßen Anfang 2008 einen DVD-Player/-Recorder. 2003 waren es erst 27 % gewesen. Der Ausstattungsbestand hat sich im gleichen Zeitraum noch stärker verändert: Fanden sich 2003 rund 32 DVD-Player in 100 Haushalten, so waren es Anfang 2008 mit 109 Geräten je 100 Haushalte mehr als drei Mal so viel DVD-Player. Anfang 2008 besaßen rund 85 % der Haushalte einen Fotoapparat. Der Aus-

stattungsgrad mit digitalen Geräten lag mit 58 % nur wenig unter dem Ausstattungsgrad mit analogen Geräten (61 %). Obwohl ost- wie westdeutsche Haushalte grundsätzlich gleichermaßen Fotoapparate besaßen, gab es noch deutliche Unterschiede bei der Ausstattung mit analoger und digitaler Technik: Während im früheren Bundesgebiet der Ausstattungsgrad mit analogen (61 %) und digitalen Fotoapparaten (60 %) nahezu gleich war, lag der Ausstattungsgrad mit digitalen Geräten in den östlichen Bundesländern zwölf Prozentpunkte (53 %) unter dem mit analogen Geräten (65 %).

Einen Camcorder (Videokamera) besaß jeder fünfte Haushalt (20 %) in Deutschland. Über Camcorder mit analoger Technik verfügten 11 % der Haushalte, knapp 10 % konnten digital filmen. Den technischen Neuerungen entsprechend ist der Ausstattungsgrad mit digitalen Camcordern um knapp drei Prozentpunkte gestiegen (2003: 7 %), während die analogen Geräte gleichzeitig einen stärkeren Rückgang um sechs Prozentpunkte zu verzeichnen hatten (2003: 17 %). Aus diesem Grund ist der Ausstattungsgrad mit Camcordern insgesamt seit dem Jahr 2003 leicht rückläufig.

Geräte der modernen Unterhaltungselektronik finden sich vor allem in Haushalten mit Kindern. Während im Bundesdurchschnitt 80 % aller privaten Haushalte Anfang 2008 einen CD-Player/-Recorder besaßen, besaßen 88 % der

Ausstattungsgrad und Ausstattungsbestand

Der Ausstattungsgrad ist das statistische Maß dafür, wie viele Haushalte ein bestimmtes Gebrauchsgut besitzen. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsgrad von 73 % Mobiltelefonen, dass 73 von 100 Haushalten mindestens ein Mobiltelefon haben. Rechnerisch wird der Ausstattungsgrad ermittelt durch die Anzahl der Haushalte, in denen ein entsprechendes Gebrauchsgut vorhanden ist, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.

Der Ausstattungsbestand ist das statistische Maß dafür, wie viele Gebrauchsgüter in 100 Haushalten vorhanden sind. Beispielsweise bedeutet ein Ausstattungsbestand von 114 Mobiltelefonen je 100 Haushalte, dass einige Haushalte mehr als ein Handy besitzen. Bei einer solchen Mehrfachausstattung ist der Ausstattungsbestand größer als der Ausstattungsgrad. Rechnerisch wird der Ausstattungsbestand ermittelt durch die Anzahl des in den Haushalten vorhandenen jeweiligen Gebrauchsgutes, bezogen auf die Zahl der hochgerechneten Haushalte multipliziert mit 100.



Alleinerziehenden- und 93 % der Paarhaushalte mit Kind(ern) ein solches Gerät. Bei MP3-Playern ist der überdurchschnittliche Ausstattungsgrad bei Haushalten mit Kindern noch auffälliger: Während Anfang 2008 im Bundesdurchschnitt 37 % der Haushalte einen MP3-Player besaßen, konnte bereits in 55 % der Alleinerziehendenhaushalte und in 59 % der Paarhaushalte mit Kindern Musik über dieses Medium abgespielt werden. Spielkonsolen waren im Schnitt in nur 19 % der privaten Haushalte in Deutschland vorhanden. Aber rund 44 % der Haushalte mit Kindern besaßen ein solches Gerät. ➔ Tab. 10

Ausstattung mit Telefon und Navigationssystem

In den privaten Haushalten in Deutschland nahm die Ausstattung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) in den zurückliegenden Jahren deutlich zu. Die privaten Haushalte partizipierten jedoch unterschiedlich an den neuen Technologien. Die Ausstattung der Haushalte mit Computer und Internetzugang sowie deren Nutzung wird ausführlich in Kapitel 13.1 beschrieben.

Was heute selbstverständlich ist, hatte vor fast einem halben Jahrhundert eher Seltenheitswert: Gerade mal 14 % aller Haushalte verfügten 1962/63 im früheren Bundesgebiet über ein Telefon. Knapp zehn Jahre später konnte immerhin in der Hälfte und 1988 in bereits 93 % aller westdeutschen Haushalte privat telefoniert werden. Nach der Wiedervereinigung ist der Ausstattungsgrad für Deutschland allerdings zunächst auf 87 % gesunken, da zu diesem Zeitpunkt nur knapp die Hälfte (49 %) der ostdeutschen Haushalte über ein Telefon verfügte. 2008 fand sich in 99 % aller privaten Haushalte mindestens ein Telefon. ➔ Abb. 9

Das Handy gehört heute bereits ganz selbstverständlich zum Leben dazu. Während Anfang 1998 nahezu alle privaten Haushalte in Deutschland über ein Festnetztelefon (97 %) verfügten, konnte nur

Tab. 10: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Unterhaltungselektronik nach dem Haushaltstyp 2008

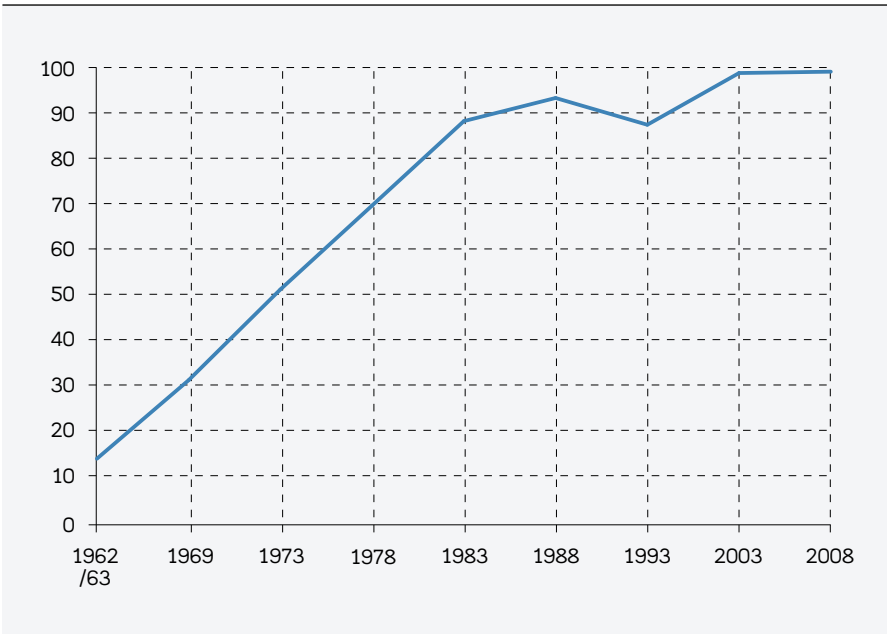
	Haushalte insgesamt	Alleinlebende	Alleinerziehende	Paare ohne Kind	Paare mit Kind(ern)
	in %				
Spielkonsolen	19,4	7,1	42,8	10,7	44,1
MP3-Player	37,3	22,2	54,7	27,3	59,3
CD-Player/Recorder	79,7	71,2	87,8	78,2	93,2
DVD-Player/Recorder	69,1	52,9	83,2	68,7	91,8

jeder neunte Haushalt (11 %) mobil, das heißt mit dem Handy telefonieren. Dieses Bild hat sich in den letzten zehn Jahren stark gewandelt. Besaßen Anfang 2003 bereits 73 % der privaten Haushalte mindestens ein Mobiltelefon, so wurde Anfang 2008 bereits in 86 % aller privaten Haushalte mit dem Handy telefoniert. Die Gesamtzahl der in den Privathaushalten vorhandenen Mobiltelefone ist von 4,5 Mill. (1998) auf 60 Mill. Mobiltelefone Anfang 2008 gestiegen. Das waren durchschnittlich 1,5 Mobiltelefone je Privathaushalt. Das Mobiltelefon verdrängt zunehmend den traditionellen Festnetzanschluss: Je höher der Ausstattungsgrad mit Mobiltelefonen, umso rückläufiger ist die Zahl der Festnetzanschlüsse. So sank

der Ausstattungsgrad bei Festnetztelefonen im Bundesdurchschnitt von 95 % (2003) auf 90 % Anfang 2008. Am markantesten war diese Entwicklung in den neuen Ländern und Berlin-Ost, denn hier sank der Ausstattungsgrad im gleichen Zeitraum von 94 % auf 86 %. Dagegen war der Rückgang im früheren Bundesgebiet von 95 % auf 91 % vergleichsweise gering. ➔ Tab. 11

Der technologische Wandel in der Telekommunikation zeigt sich insbesondere in der Entwicklung des Ausstattungsbestandes. Kamen 1998 auf durchschnittlich 110 Festnetztelefone je 100 Haushalte nur 12 Mobiltelefone, so hatten sich in 2003 die Ausstattungsbestände mit 121

Abb. 9: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Telefon, in %



Bis 1988 früheres Bundesgebiet, ab 1993 Deutschland. Für 1998 kein Wert verfügbar.

Tab. 11: Ausstattung privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefon

	Festnetztelefon		Mobiltelefon	
	Ausstattungs- grad	Ausstattungs- bestand	Ausstattungs- grad	Ausstattungs- bestand
	je 100 Haushalte			
1998	96,8	109,5	11,2	12,2
2003	94,5	120,5	72,5	114,2
2008	89,7	114,5	86,3	153,8

Festnetztelefonen und 114 Handys je 100 Haushalte nahezu angeglichen. Anfang 2008 hatte sich das Ausstattungsverhältnis dann umgekehrt: Auf durchschnittlich 115 Festnetztelefone in 100 Haushalten kamen 154 Handys.

Deutliche Unterschiede zeigten sich in der Altersstruktur der Nutzer mobiler und stationärer Telefone. Während der Anteil der Haushalte, die mit Festnetztelefon ausgestattet sind, mit zunehmendem Alter der Haupteinkommenspersonen leicht anstieg – in 97 % der »ältesten« Haushalte gab es Festnetztelefone – gehen die Ausstattungszahlen an mobilen Telefonen gleichzeitig so stark zurück, dass diese nicht einmal mehr in der Hälfte der

Haushalte (47 %) mit 80-Jährigen und Älteren zu finden sind. In den »jungen Haushalten« verhält es sich praktisch umgekehrt: Fast alle Haushalte (97 %) in den Altersklassen »bis unter 35 Jahre« verfügten über ein oder mehrere Mobiltelefone, aber nur 65 % der Haushalte von unter 25-Jährigen und 80 % der 25- bis unter 35-Jährigen besaßen noch ein stationäres Telefon. ➔ Abb. 10

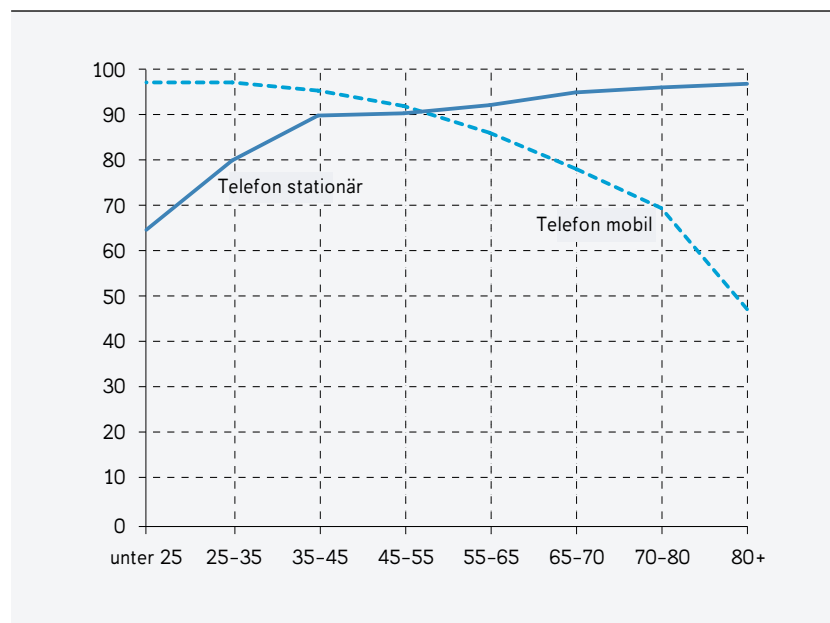
Ob und wie viele Mobil- bzw. stationäre Telefone in den Haushalten vorhanden sind, wird deutlich vom Haushaltstyp beeinflusst, das heißt ob eine oder mehrere Personen und ob Kinder in den Haushalten leben. Alle Haushaltstypen – mit Ausnahme der allein lebenden Männer –

zeigten Anfang 2008 einen Ausstattungsgrad mit Festnetztelefonen von deutlich über 80 %. Allerdings unterschied sich die Verfügbarkeit von Mobiltelefonen bei den einzelnen Haushaltstypen erheblich. Haushalte mit Kindern erreichten die höchsten Ausstattungsgrade mit Mobiltelefonen: Paare mit Kindern waren zu 97 % mit Handys ausgerüstet. Bei den Alleinerziehenden waren es 95 %. Selbst die Paare ohne Kind besaßen zu 87 % ein Handy und waren damit überdurchschnittlich ausgestattet. Deutlich unterdurchschnittlich war dagegen die Verbreitung von Mobiltelefonen bei den Alleinlebenden. Rund 82 % der allein lebenden Männer verfügten Anfang 2008 über ein Mobiltelefon, bei den allein lebenden Frauen waren es 72 %.

➔ Tab. 12

Haushalte mit Kindern besaßen generell mehr als ein Handy. Bei den Paarhaushalten mit Kind(ern) kamen Anfang 2008 durchschnittlich 226 Geräte auf 100 Haushalte, das heißt in jedem dieser mit Mobiltelefonen ausgestatteten Haushalte gab es im Durchschnitt 2,3 Handys. Ähnlich hoch war der Ausstattungsbestand bei den Alleinerziehenden mit durchschnittlich 157 Mobiltelefonen je 100 Haushalte.

Abb. 10: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Telefon nach dem Alter der Haupteinkommensperson 2008, in %



Anfang 2008 besaßen knapp 21 % der privaten Haushalte in Deutschland ein Navigationssystem. Obwohl Navigationssysteme als Aktionsangebote mittlerweile auch von Lebensmitteldiscountmärkten angeboten werden, ist für den Besitz eines Navigationsgerätes immer noch die Höhe des Haushaltseinkommens von Bedeutung. Die Ausstattung mit Navigationssystemen steigt mit zunehmendem Einkommen kontinuierlich an. Während Anfang 2008 der Anteil der Haushalte mit Navigationssystem in den beiden untersten Einkommensklassen bei unter 8 % lag, waren zwischen 12 % und 17 % der Haushalte mit einem Einkommen von monatlich 1 300 Euro bis unter 2 000 Euro im Besitz eines Navigationssystems. Jeder dritte Haushalt der Nettoeinkommensklasse von 2 600 bis unter 3 600 Euro

Tab. 12: Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Festnetz- und Mobiltelefon nach dem Haushaltstyp 2008

	Haushalte insgesamt	Alleinlebende		Allein- erziehende	Paare	
		Frauen	Männer		ohne Kind	mit Kind(ern)
Anzahl der erfassten Haushalte	58 984	9 862	6 105	1 869	19 903	11 184
Hochgerechnete Haushalte (1000)	39 077	9 187	5 801	1 265	11 210	5 975
Ausstattungsgrad je 100 Haushalte						
Festnetztelefon	89,7	86,8	78,2	82,7	94,1	93,7
Mobiltelefon	86,3	72,3	82,4	95,2	88,6	96,8
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte						
Festnetztelefon	114,5	91,9	89,9	96,3	120,9	133,7
Mobiltelefon	153,8	77,9	96,7	157,0	150,8	226,2

konnte sich ein solches Geräte leisten, und 57 % der Haushalte mit mehr als 5 000 Euro monatlichem Einkommen ließen sich von einem eigenen Navigationssystem leiten. → Abb. 11

Ausstattung mit Fahrzeugen

Die Einkommens- und Verbrauchsstichproben liefern Informationen über die Ausstattung der privaten Haushalte mit Fahrrädern und Personenkraftwagen und damit auch über die Mobilitätsmöglichkeiten der Haushalte.

Das Fahrradfahren erfreut sich nach wie vor großer Beliebtheit. Die Ausstattung

der privaten Haushalte mit Fahrrädern nimmt weiterhin zu. Zu Beginn des Jahres 2008 standen 69,7 Mill. Fahrräder in den privaten Haushalten in Deutschland. Im Vergleich zum Jahr 2003 (67,4 Mill.) war das ein Plus von rund 3 %. Der Ausstattungsgrad liegt dagegen seit dem Jahr 1998 konstant bei knapp 80 %. → Abb. 12

Haushalte, in denen Kinder leben, sind am besten mit Fahrrädern ausgestattet. Der Ausstattungsgrad lag 2008 bei den Alleinerziehenden bei 90 % und bei Paarhaushalten mit Kind(ern) bei 94 %. Von den Einpersonenhaushalten waren nur 67 % mit Fahrrädern ausgestattet (Män-

ner: 72 %, Frauen: 64 %). Paare ohne Kind lagen mit 82 % leicht über dem Bundesdurchschnitt.

Fahrräder sind in den Haushalten meist mehrfach vorhanden. Anfang 2008 besaß der Durchschnittshaushalt rein rechnerisch 2,2 Fahrräder. Von den 31,1 Mill. Haushalten mit Fahrrädern verfügte mehr als ein Drittel (35 %) über ein Fahrrad, ein weiteres Drittel (33 %) über zwei Fahrräder. Und ein knappes Drittel (32 %) besaß drei und mehr Fahrräder.

Überdurchschnittlich mit Fahrrädern ausgestattet waren Anfang 2008 die Haushalte der 25- bis unter 55-Jährigen. Mit einem Ausstattungsgrad von 90 % war der Anteil bei den 35- bis unter 45-Jährigen am höchsten. Selbst in den Haushalten der 70- bis unter 80-Jährigen betrug der Anteil noch 67 %. Der Besitz eines Fahrrads ist auch in den Haushalten von 80-Jährigen und Älteren durchaus keine Seltenheit; knapp 43 % besaßen mindestens ein Fahrrad – wobei die Ausstattung nichts über die tatsächliche Nutzung verrät.

Anfang 2008 hatten 77 % der privaten Haushalte in Deutschland mindestens einen Pkw, in den neuen Ländern und Berlin-Ost lag der Anteil bei 73 %, während im früheren Bundesgebiet 78 % der Haushalte über ein Auto verfügten. Im Vergleich zu 2003 ist der Ausstattungsgrad in den neuen Ländern um rund einen Prozentpunkt gestiegen. → Tab. 13

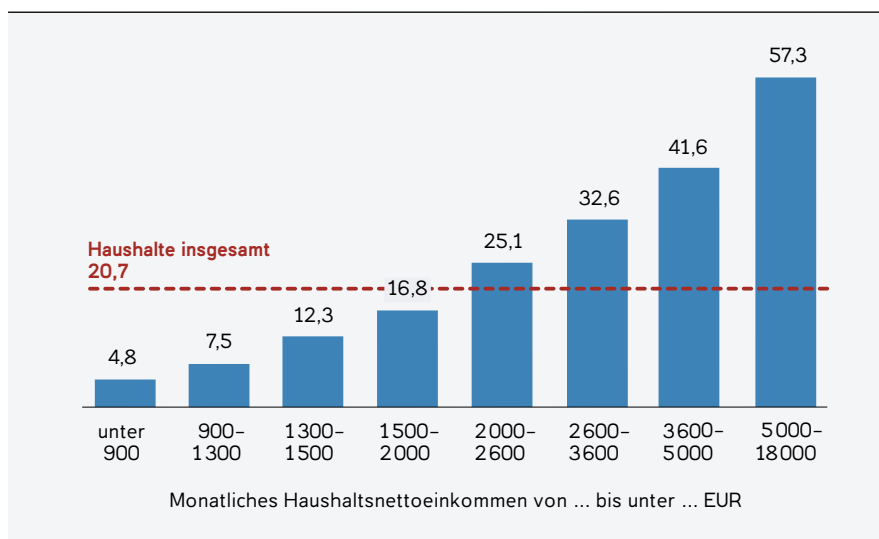
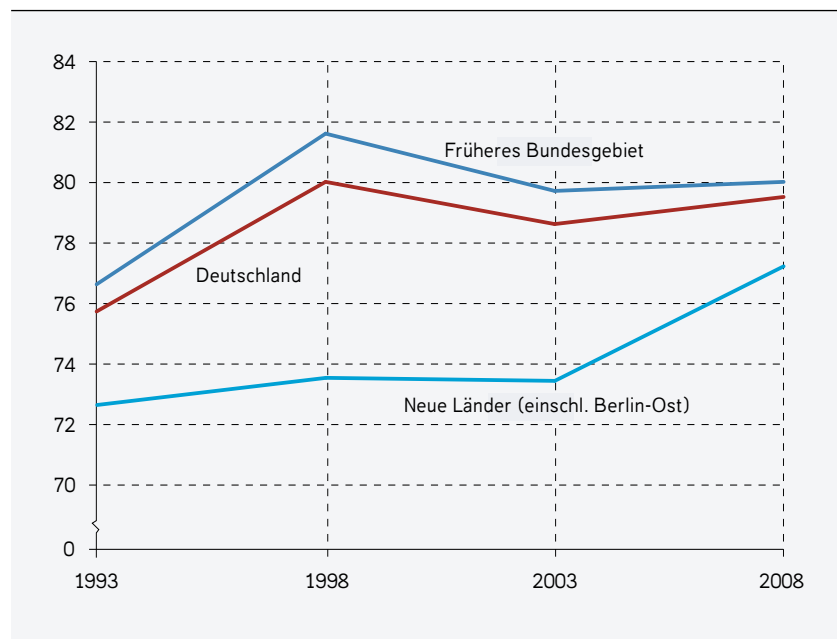
Abb. 11: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Navigationssystem nach Haushaltsnettoeinkommensklassen 2008, in %

Abb. 12: Ausstattungsgrad privater Haushalte mit Fahrrädern, in %



Tab. 13: Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Personenkraftwagen 2008

	Deutschland	Früheres Bundesgebiet	Neue Länder (einschl. Berlin-Ost)
Ausstattungsgrad je 100 Haushalte			
Personenkraftwagen	77,1	77,9	73,3
fabrikneu gekauft	31,3	31,5	30,3
gebraucht gekauft	50,3	51,0	47,5
geleast ¹	4,3	4,6	3,2
Ausstattungsbestand je 100 Haushalte			
Personenkraftwagen	102,4	103,9	95,8
fabrikneu gekauft	35,1	35,5	33,1
gebraucht gekauft	62,6	63,4	59,1
geleast ¹	4,8	5,0	3,6

¹ Auch vom Arbeitgeber oder vom eigenen Unternehmen zur Verfügung gestellt. Keine Ratenkäufe.

Die meisten Haushalte besitzen einen Gebrauchtwagen. Und diese Tendenz ist steigend. Anfang 2008 verfügte die Hälfte (50 %) der Privathaushalte über einen oder sogar mehrere Gebrauchtwagen,

2003 waren es noch 47 %. Gleichzeitig ging der Anteil der Haushalte mit Neuwagen von 35 % (2003) auf 31 % (2008) zurück. Das ist der niedrigste Wert seit der ersten Befragung nach dem Besitz

eines Neuwagens vor 35 Jahren (1973: 33 %). Der Anteil der Haushalte mit einem geleastem Pkw hat zugenommen und zwar von 3 % 2003 auf 4 % 2008.

Die Entscheidung zwischen »neu« oder »gebraucht« beim Kauf eines Pkw wird entscheidend durch die Höhe des monatlichen Nettoeinkommens des Haushalts beeinflusst. Mit steigendem Nettoeinkommen nimmt auch der Ausstattungsgrad der Haushalte an Neuwagen zu. Dieser lag Anfang 2008 bei einem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro mit rund 57 % weit über dem Durchschnittswert aller privaten Haushalte von 31 %. Im Gegensatz dazu lag der Neuwagenanteil in den beiden untersten Einkommensgruppen (unter 900 Euro bzw. 900 bis unter 1 300 Euro) bei nur 9 % bzw. 18 %. Betrachtet man die Anzahl der Pkw in den privaten Haushalten werden die einkommensabhängigen Unterschiede noch deutlicher: Während in 100 Haushalten der untersten Einkommensklasse 38 Pkw zu finden waren, besaßen die Haushalte der höchsten Einkommensklasse mit 190 Pkw genau fünfmal so viele Autos.

Bei der Ausstattung mit Pkw gibt es ein Altersgefälle, das sich sowohl in Richtung der Haushalte mit älteren als auch jüngeren Haupteinkommenspersonen bemerkbar macht. Die 80-Jährigen und Älteren (52 %) bzw. die 70- bis unter 80-Jährigen (72 %) sowie auch die unter 25-Jährigen (57 %) waren deutlich geringer mit Pkw ausgestattet, als die Altersgruppen von 35 bis unter 65 Jahre. In diesen Altersgruppen wurden Anfang 2008 Ausstattungsgrade von über 79 % erreicht. ➔ Tab. 14

Tab. 14: Ausstattungsgrad und -bestand privater Haushalte mit Personenkraftwagen nach dem Alter der Haupteinkommensperson 2008

	Haushalte insgesamt	Alter der Haupteinkommensperson von ... bis unter ... Jahre							
		unter 25	25-35	35-45	45-55	55-65	65-70	70-80	80 u. mehr
Ausstattungsgrad (in %)	77,1	56,6	77,7	84,2	81,9	79,1	75,8	72,1	51,6
Ausstattungsbestand (Anzahl je 100 Haushalte)	102,4	70,0	101,1	116,6	122,2	111,0	89,1	79,9	54,4

Bei Paarhaushalten mit Kind(ern) lag 2008 der Ausstattungsgrad mit Pkw (94 %) sehr viel höher als bei Haushalten von Alleinerziehenden (67 %) und Alleinlebenden (57 %). 90 % der Paarhaushalte ohne Kind besaßen einen Pkw.

6.1.6 Überschuldung und Privatinsolvenz

Verlässliche Daten zur absoluten Überschuldung von Privatpersonen, nicht Haushalten, liefern die Gerichte. Bei Personen, die als absolut überschuldet gelten, sind die Zahlungsrückstände so gravierend, dass als letzter Ausweg nur die Privatinsolvenz bleibt.

Seit Einführung der neuen Insolvenzordnung im Jahr 1999 nutzten bis Ende 2009 rund 600 000 Privatpersonen ein Verbraucherinsolvenzverfahren, um nach einer Wohlverhaltensphase von ihren restlichen Schulden befreit zu werden. Die Zahlungsunfähigkeit von weiteren 370 000 Personen, die ebenfalls als absolut überschuldet gelten, ist auf das Scheitern einer selbstständigen Tätigkeit zurückzuführen. Diese Menschen haben die gleiche Möglichkeit wie die Verbraucher, ihre Schulden gerichtlich regulieren

zu lassen. Die Gesamtzahl der Privatinsolvenzen hat (mit Ausnahme von 2008) von Jahr zu Jahr zugenommen. 2009 gab es rund 101 000 Verbraucherinsolvenzen. Dabei muss der Auslöser nicht in der Gegenwart liegen, sondern kann viele Jahre zurückreichen. → Abb. 13

Die gerichtlichen Akten informieren zwar vollständig über die Zahl der Privatinsolvenzen, nicht jedoch über die Gesamtzahl aller überschuldeten Personen. Sie enthalten auch keine Informationen zum Personenkreis und zu den Umständen, die zur Überschuldung geführt haben. Um zumindest Aussagen zu den sozioökonomischen Strukturen der überschuldeten Personen treffen zu können sowie die Ursachen und Hauptgläubiger statistisch zu belegen, werden seit dem Jahr 2006 Schuldnerberatungsstellen nach ihrer Klientel befragt. Mit dieser freiwilligen Erhebung kann über die Insolvenzstatistik hinaus ein wesentlicher Beitrag zur Darstellung der Schuldsituation von Privatpersonen geleistet werden.

Schuldnerberatungsstellen haben die Aufgabe, Menschen, die in wirtschaftliche oder existenzielle Not geraten sind oder zu geraten drohen, eine angemessene Hilfestellung zu leisten. Diese zielt auf

eine Sanierung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Betroffenen ab. Darüber hinaus gehört auch die Erörterung von Präventionsmaßnahmen zum Beratungsangebot. Durch ihre Tätigkeit verfügen die Beratungsstellen über einen großen Datenpool zur Überschuldungssituation, der sich auch für statistische Zwecke nutzen lässt. Von 236 der rund 1 000 Beratungsstellen, die unter der Trägerschaft der Verbraucher- und Wohlfahrtsverbände sowie Kommunen stehen, wurden für das Jahr 2009 die Daten von etwa 74 400 Personen übermittelt. Allerdings müssen diese Personen nicht zwangsläufig überschuldet sein, teilweise ist auch nur eine vorübergehende Zahlungsstörung eingetreten, oder die Folgen einer Zahlungsunwilligkeit sind auszuräumen.

Menschen die – verschuldet oder unverschuldet – in finanzielle Not geraten sind, verlieren häufig ihren sozialen Status. Nicht selten kommt es zur gesellschaftlichen Ausgrenzung, denn Arbeitslosigkeit und unerwartete gravierende Änderungen der Lebensumstände stellen für sich genommen schon eine schwere Belastung dar, auch ohne die damit verbundenen finanziellen Folgen. Arbeitslosigkeit wurde für rund 28 % der beratenen Personen als Grund für ihre finanziellen Schwierigkeiten genannt. Bei einem Viertel waren kritische Lebensereignisse wie Scheidung, Trennung, Tod eines Partners oder Krankheit und Unfall Auslöser der Misere. Selbstverschuldete Zahlungsschwierigkeiten, beispielsweise wegen unwirtschaftlicher Haushaltsführung oder gescheiterter Immobilienfinanzierung waren bei etwa 14 % der beratenen Personen ausschlaggebend für die Inanspruchnahme des Dienstes einer Beratungsstelle. Bei rund 9 % der beratenen Personen war der Grund für die Überschuldung im Scheitern der Selbstständigkeit zu suchen.

→ Abb. 14

Gut ein Drittel aller beratenen Personen hatten nicht mehr als vier Gläubiger. Im Durchschnitt beliefen sich die Schulden aller einbezogenen Personen auf rund

Abb. 13: Verbraucherinsolvenzen, in 1 000

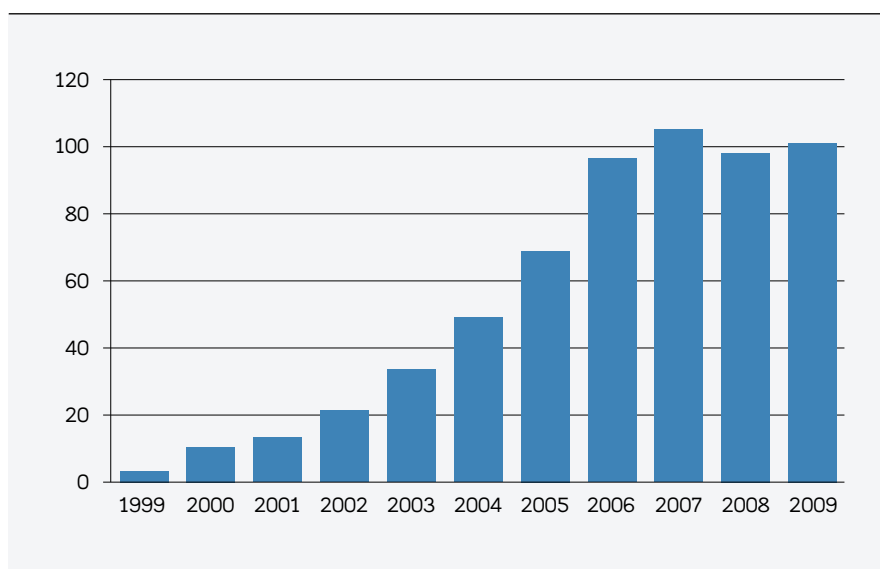
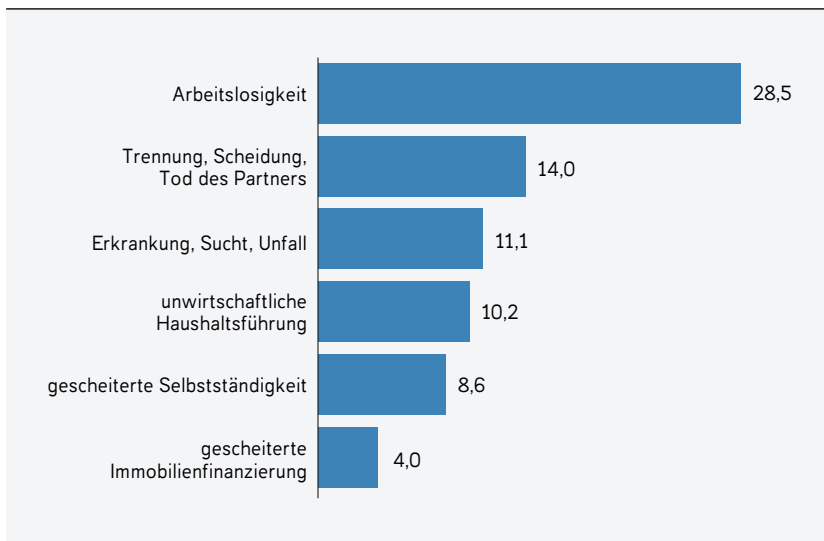


Abb. 14: Beratene Personen nach dem Hauptauslöser der Überschuldung, ausgewählte Ergebnisse 2009, in %



35 000 Euro. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in dieser Summe auch die hypothekarisch gesicherten Kredite für die Immobilienfinanzierung und die Verbindlichkeiten aus früherer Selbstständigkeit enthalten sind. Diese Schulden sind überwiegend höher als andere Schuldenarten.

Bei Ausschluss der Personen mit Hypothekenverbindlichkeiten und der ehemals Selbstständigen lässt sich eine Schuldenlast von durchschnittlich etwa 22 000 Euro errechnen. Wird an dieser Stelle statt des arithmetischen Mittels der Median berechnet, ergibt sich ein Wert von knapp 12 000 Euro. Somit liegen die Schulden von 50 % der Schuldner über 12 000 Euro, während die Zahlungsrückstände der übrigen 50 % unter diesem Wert liegen.

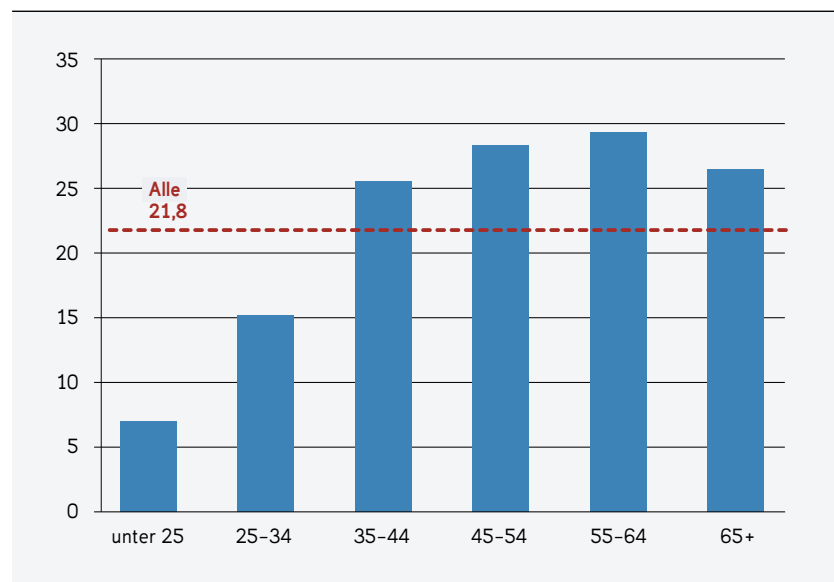
Auch bei Personen, die weder Verpflichtungen aus Hypothekenverbindlichkeiten haben noch früher selbstständig waren, entfallen knapp die Hälfte aller Schulden auf Banken in Form von Raten- und Dispositionskrediten. Mit großem Abstand folgen die Schulden bei öffentlichen Gläubigern wie Finanzämtern sowie nicht geleistete Mietzahlungen mit Anteilen von 8 % bzw. 4 %. Personen, die ihren Verpflichtungen für in Anspruch genomme-

ne Ratenkredite nicht mehr nachkommen können, stehen bei ihren Banken im Durchschnitt mit rund 23 000 Euro im Soll. Hat eine Person Schulden bei anderen Privatpersonen, so belaufen sich diese auf durchschnittlich etwa 12 000 Euro. Für nicht geleistete Unterhaltsverpflichtungen ergibt sich ein durch-

schnittlicher Rückstand von knapp 7 000 Euro.

Je nach Alter und Lebensform gibt es unterschiedliche Schwerpunkte, was die Art und die Höhe der Schulden anbelangt. Aus den Erkenntnissen, die die Überschuldungsstatistik bietet, sind einige beispielhaft herausgegriffen: So sind die unter 25-jährigen Überschuldeten zwar mit der niedrigsten Summe an Ratenkrediten in Rückstand (durchschnittlich rund 7 000 Euro), weisen allerdings mit durchschnittlich fast 2 000 Euro die höchsten nicht beglichenen Telefonrechnungen aller Altersklassen auf. Die über 65-jährigen Personen haben unter allen Altersklassen mit etwa 3 000 Euro die höchsten durchschnittlichen Schulden bei Versandhäusern. Die höchsten durchschnittlichen Mietrückstände besitzen die 55- bis 65-Jährigen sowie Personen, die in einer Ehe oder in einer Lebensgemeinschaft leben (jeweils rund 4 000 Euro). Ihren Unterhaltsverpflichtungen nicht nachgekommen sind vor allem allein lebende Männer. Sie sind im Durchschnitt mit etwa 7 000 Euro im Zahlungsverzug. → Abb. 15

Abb. 15: Durchschnittliche Schulden nach Altersklassen 2009, in 1 000 EUR



Ohne ehemals Selbstständige und Personen mit Hypothekarkrediten.

6.1.7 Zusammenfassung

62 % der Haushaltsbruttoeinkommen stammten 2008 aus Erwerbseinkünften. Im Osten war der Anteil der öffentlichen Transferleistungen mit 29 % am Bruttoeinkommen um sieben Prozentpunkte höher als im Westen.

Die Steuer- und Abgabenlast ist gestiegen: 21 % ihres Bruttoeinkommens führten die Haushalte im Jahr 2008 ab im Vergleich zu 19 % fünfzehn Jahre zuvor. In 26 % aller privaten Haushalte lag das durchschnittliche monatliche Haushaltsnettoeinkommen unter 1 500 Euro. Während 13 % aller Privathaushalte über ein monatliches Haushaltsnettoeinkommen von 5 000 bis unter 18 000 Euro verfügten. Die Schere zwischen Ost und West hat sich wieder etwas geöffnet: Das Nettoeinkommen im Osten betrug 75 % des Westniveaus.

Die Sparquote in Ostdeutschland fiel im Jahr 2008 mit 9 % deutlich niedriger aus als in Westdeutschland (knapp 11 %). Im Bundesdurchschnitt wurden knapp 76 % der ausgabefähigen Einnahmen für den privaten Konsum verwendet. Mit einem Drittel hatten die Wohnkosten den größten Anteil an den privaten Konsumausgaben. Die Ausgaben für Verkehr und Nahrungsmittel waren fast gleich hoch (15 bzw. 14 %). Je geringer das Haushaltseinkommen, desto größer war der

Anteil der Ausgaben für die Grundbedürfnisse Wohnen, Essen und Bekleidung. Kinderlose Haushalte gaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen sowie für Gesundheitspflege im Vergleich zu den anderen Haushaltstypen am meisten aus.

Die Ausstattung der Haushalte mit Gebrauchsgütern lässt Schlüsse auf den erreichten materiellen Wohlstand zu. Bei vielen elektrischen Haushaltsgeräten war Anfang 2008 Vollversorgung erreicht, ebenso bei herkömmlichen Unterhaltungsgeräten (wie z. B. bei Fernsehern). Mit neueren elektronischen Unterhaltungsgeräten sind Haushalte mit Kindern besser ausgestattet als der Durchschnittshaushalt. In vielen Haushalten sind mittlerweile mehrere Handys vorhanden. Ob mit dem Handy oder im Festnetz telefoniert wird, hängt stark vom Alter des Hauptverdieners ab.

77 % der Haushalte besaßen Anfang 2008 einen Pkw und 80 % der Haushalte mindestens ein Fahrrad. Im Osten lag der Ausstattungsgrad mit Autos um rund fünf Prozentpunkte niedriger als im Westen. Von zentraler Bedeutung für die Entscheidung, einen Neu- oder Gebrauchtwagen anzuschaffen, ist vor allem die Höhe des monatlichen Haushaltsnettoeinkommens. 31 % der Pkw der privaten Haushalte in Deutschland waren Anfang 2008 fabrikneu gekauft.

In 2009 gab es rund 101 000 Verbraucherinsolvenzen. Schuldner, die dieses Verfahren durchlaufen, gelten als absolut überschuldet. Die Privatinsolvenz eröffnet ihnen die Möglichkeit, nach einer Wohlverhaltensphase von ihren Restschulden befreit zu werden.

Hauptauslöser für Überschuldung waren 2009 Arbeitslosigkeit (28 %), Trennung bzw. Scheidung (14 %) und Erkrankung bzw. Sucht (11 %). Die durchschnittliche Last der Schuldner betrug (ohne Personen mit Hypothekenverbindlichkeiten und ehemals selbstständigen Schuldnern) rund 22 000 Euro. Je nach Alter und Lebenssituation unterscheiden sich die Schulden in der Höhe und im Verschuldungsgrund.

Sie benötigen weitere Informationen und Zahlenmaterial?

Dann besuchen Sie uns im Internet auf **www.magdeburg.de**

Über „Bürgerservice“ - „Geodaten“ - „zum Amt für Statistik“ gelangen Sie auf die Seiten des Amts für Statistik. Hier finden Sie Informationen über das Amt und einen Überblick unserer themenspezifischen Veröffentlichungen sowie kostenlose Downloads.

Start
Bürger

Verwaltung & Politik
Forschung & Bildung
Soziales & Gesundheit
Kinder, Jugend und Familie
Wohnen, Umwelt & Verkehr
Planen & Bauen
Aktuelles & Service

Aktuelles aus den Ausschüssen
Publikationen
Amtsblatt
Presse
Lokale Medien
Ausbildung/
Stellenangebote
Stellen-
Ausschreibungen
Ansprechpartner
Interaktiv
Verkehrsanbindung
Bürgerservice
Notrufnummern
Impressum
Veranstaltungen

Wirtschaft
Tourismus + Freizeit
Wissenschaft

Favoriten:
Wirtschaftsstandort
Ehrenamt
Notrufnummern
Bürgerservice
Veranstaltungen

► Jahr der Jugend
Jahr DER Jugend 2014

Amt für Statistik
Amtsleiter Dr. Tim Hoppe
Julius-Bremer-Straße 10
39104 Magdeburg

Telefon: +49 391 540 2808
FAX: +49 391 540 2807
E-Mail: statistik@magdeburg.de

Öffnungszeiten:

Montag, Mittwoch, Donnerstag	09:00 - 12:00 Uhr, 14:00 - 15:00 Uhr
Dienstag	09:00 - 12:00 Uhr, 14:00 - 17:00 Uhr
Freitag	09:00 - 12:00 Uhr

Verantwortliche Kommunalpolitik und rationelles Verwaltungshandeln setzen zuverlässige, unverzerrte, aktuelle, vergleichbare und schnell verfügbare Informationen voraus.

Dafür müssen u. a. über die Stadt, ihre Strukturen und ihre Beziehungen zum Umland Daten gewonnen, miteinander in Beziehung gesetzt und verständlich zur Verfügung gestellt werden.

Für diesen Aufgabenbereich ist das Amt für Statistik federführend verantwortlich.

Weitere Informationen:

- [Aufgaben des Amtes für Statistik](#)
- [Magdeburger Geografie](#)
- [Magdeburger Stadtteile](#)
- [Monatliche Statistische Zahlen](#)
- [Magdeburger Statistische Quartalsberichte](#)
- [Magdeburger Statistische Blätter](#)
- [Sonstige Veröffentlichungen](#)

Externe Links:

- [Städtestatistik](#)
- [Statistisches Landesamt](#)
- [Statistisches Bundesamt](#)



[Fotos und Videos](#) [Stadtplan](#) [Foren](#) [Gästebuch](#) [Kontakt](#) [Inhalt](#) [Impressum/Datenschutz](#)

Start
Bürger

Verwaltung & Politik
Forschung & Bildung
Soziales & Gesundheit
Kinder, Jugend und Familie
Wohnen, Umwelt & Verkehr
Planen & Bauen
Aktuelles & Service

Aktuelles aus den Ausschüssen
Publikationen
Amtsblatt
Presse

Wofür ist das Amt für Statistik zuständig?

Ziel seiner Arbeit ist es,

- dem Stadtrat für seine Entscheidungen benötigte Informationen zur Verfügung zu stellen,
- die Leistungsfähigkeit und die Planungssicherheit in der Stadtverwaltung zu erhöhen,
- Wirtschaftsunternehmen zur Erhöhung ihrer Investitionssicherheit statistische Informationen zu liefern,
- Bürger und Gäste mit Informationen über die Stadt zu versorgen,
- mit Methoden und Datenbasen zum Aufbau eines kommunalen Controllingsystems beizutragen, indem es
- zuverlässige, vergleichbare und aufbereitete Daten nutzerorientiert bereitstellt sowie
- durch zusätzliche verbale Beschreibungen die Beziehung zwischen ihnen erläutert.

Das Amt für Statistik arbeitet sowohl bei der Gewinnung als auch bei der Auswertung von Informationen

Inhaltsverzeichnisse der letzten 6 Statistischen Veröffentlichungen

Statistisches Jahrbuch 2011

Ausgewählte Inhalte	Stadtgebiet und Bevölkerung
	Gesundheit und Soziales
	Wirtschaft und Arbeitsmarkt
	Verkehr
	Energie und Umwelt
	Öffentliche Ordnung

Demografiebericht 2011

Ausgewählte Inhalte	Die demografische Gesamtsituation der Stadt Magdeburg
	Magdeburger Bürger mit ausländischer Staatsangehörigkeit
	Magdeburg bleibt ein attraktiver Studienstandort
	Bevölkerungsprognose

Quartalsheft 03/2011

Aktuelle Daten	Sommer im Vergleich Das Badewesen 2011 in Magdeburg Entwicklung der Arbeitslosenzahlen 3. Quartal 2011
Sonderberichte	Personenkraftwagen in der Landeshauptstadt Magdeburg Ausländische Bevölkerung in der Stadt Magdeburg
Wissenschaftlicher Beitrag	Regionale Rankings - ein geeignetes Instrument für eine vergleichende Bewertung regionaler Lebensverhältnisse?

Quartalsheft 02/2011

Aktuelle Daten	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen 2. Quartal 2011
Sonderberichte	Bautätigkeit Arbeitsmarkt, Soziales und Wohngeld
Wissenschaftlicher Beitrag	Stichprobendesign der Haushaltsstichprobe beim Zensus 2011

Monatsheft 03/2011

Aktuelle Daten	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen März 2011 Wohnungen in Magdeburg
----------------	--

Monatsheft 02/2011

Aktuelle Daten	Magdeburger Bürger nutzen vermehrt die Briefwahl Entwicklung der Arbeitslosenzahlen Februar 2011 und geringfügige Beschäftigung Studenten in Magdeburg
Sonderberichte	Kriminalität in der Stadt Magdeburg

